



11. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Februar 2014, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 478

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Max Gibis** und **Dr. Gerhard Hopp** 478

Erinnerung an den 225. Geburtstag des ersten bayerischen Parlamentsstenografen **Franz Xaver Gabelsberger** 478

Regierungserklärung des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr
"Starke Kommunen - Starkes Bayern - Starke Zukunft"

Staatsminister Joachim Herrmann..... 478
Dr. Paul Wengert (SPD)..... 483
Hans Herold (CSU)..... 488
Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER)..... 490
Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 494
Otto Lederer (CSU)..... 497
Klaus Adelt (SPD)..... 499 501
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 501
Markus Ganserer (GRÜNE)..... 503

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Über 60 verletzte bayerische Polizeibeamte in Hamburg - Keine Toleranz von Gewalt gegen Polizeibeamte"

Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 505
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 507
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 508
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 509
Manfred Ländner (CSU)..... 510

Peter Winter (CSU)..... 511
Staatsminister Joachim Herrmann..... 512

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 513

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen (Drs. 17/670)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften! (Drs. 17/686)

Martin Güll (SPD)..... 514 521
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 515 522
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)..... 516 517 518
Volkmar Halbleib (SPD)..... 518
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 518
Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 519
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 519 520 521
522 523

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 520

Michael Hofmann (CSU).....	523
Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/670.....	523
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/686.....	523
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/670 (s. a. Anlage 2)	540
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/686 (s. a. Anlage 3)	540
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen (Drs. 17/671)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik schützen - Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen! (Drs. 17/677)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern vor Genmais schützen! (Drs. 17/687)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU) Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern! (Drs. 17/688)	
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER).....	524
Horst Arnold (SPD).....	525 526 527 534
Klaus Steiner (CSU).....	526
Rosi Steinberger (GRÜNE).....	527 532
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....	528
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)....	529 530 531 534
Erwin Huber (CSU).....	530 531
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU).....	531 532
Staatsminister Dr. Marcel Huber.....	533 534
Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/671...	534
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/677..	534

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/687.....	534
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/688.	534
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Veröffentlichung von Einkünften aus Nebentätigkeit für kommunale Wahlbeamte und kommunale Wahlbeamtinnen jetzt! (Drs. 17/672)	
Thomas Gehring (GRÜNE).....	535
Max Gibis (CSU).....	537
Dr. Herbert Kränzlein (SPD).....	538
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	540
Beschluss.....	540
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU) Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Drs. 17/673)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) LEP: Komplett Neufassung statt Teilfortschreibung (Drs. 17/689)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD) Weiterentwicklung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) auf solide Grundlage stellen (Drs. 17/690)	
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ein neues Landesentwicklungsprogramm für Bayern! (Drs. 17/691)	
Sandro Kirchner (CSU).....	541
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER).....	542
Annette Karl (SPD).....	542
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	543
Staatssekretär Albert Füracker.....	545
Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/673.	546

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/689... 546

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/690.. 546

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
17/691..... 546

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Grundlagen für eine weiterhin substanzielle regionale Wirtschaftsförderung in Ostbayern schaffen - Ausgleich für wegfallende EU-Förderungen organisieren! (Drs. 17/674)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 546

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Effektive Kontrollen in der Forensik - Würde psychisch Kranker wahren! (Drs. 17/675)

Verweisung in den Sozialausschuss 546

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Budgethoheit erhalten - keine zwangsweise Einführung europäischer Buchführungs- und Bilanzierungsstandards (EPSAS) (Drs. 17/676)

Verweisung in den Bundesangelegenheitenausschuss 546

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kormoranmanagement in Bayern (Drs. 17/678)

Verweisung in den Umweltausschuss 546

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Straßenbahnförderung erleichtern (Drs. 17/679)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 546

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Honig vor Verunreinigung mit Genpollen schützen! (Drs. 17/59)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/498)

Beschluss..... 546

Schluss der Sitzung..... 546

(Beginn: 09.02 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche einen guten Morgen. Ich eröffne die 11. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde natürlich erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Heute feiern Herr Kollege Max Gibis und Herr Kollege Dr. Gerhard Hopp Geburtstag.

(Beifall)

Ich wünsche den Kollegen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg bei ihren parlamentarischen Aufgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen besonderen Jahrestag hinweisen. Am 9. Februar 1789, also vor 225 Jahren, wurde Franz Xaver Gabelsberger, der Erfinder der kursiven Kurzschrift, in München geboren. Als 1818 von König Max I. von Bayern die erste freiheitliche Staatsverfassung verkündet wurde, die die Einrichtung einer aus zwei Kammern bestehenden Ständeversammlung vorsah, konnte Gabelsberger bereits ein Jahr später seine Erfindung in den Debatten der Kammer der Abgeordneten anwenden. Gabelsberger war damit der erste Parlamentsstenograf in Bayern und begründete eine Tradition, die noch heute von den Stenografinnen und Stenografen im Bayerischen Landtag fortgeführt wird.

Sie erlauben mir, dass ich mich heute einmal ausdrücklich bei unseren Stenografinnen und Stenografen bedanke.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr
"Starke Kommunen - Starkes Bayern - Starke Zukunft"

(Volkmar Halbleib (SPD): Starker Innenminister? – Unruhe)

Das Wort hat Herr Staatsminister Herrmann. Dabei dürfte ich um etwas mehr Aufmerksamkeit – auch in der CSU-Fraktion – bitten.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir liegen zu seinen Füßen!)

- Sie in der ersten Reihe ja, Frau Kollegin. Aber weiter hinten wird das nicht so gesehen. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wunderschönen guten Morgen! Am 16. März werden rund 39.000 kommunale Mandatsträger in ganz Bayern neu gewählt. Für die bisherigen Amtsinhaber geht am 30. April die Kommunalwahlperiode zu Ende. Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte, Bürgermeister und Landräte haben in den letzten sechs Jahren die Geschicke ihrer Gemeinden und Landkreise gelenkt. Sie haben Verantwortung für die Gemeinschaft übernommen und das Leben in ihrem unmittelbaren Umfeld gestaltet und geprägt. Die allermeisten von ihnen haben das ehrenamtlich in ihrer Freizeit getan. Das ist die demokratische Basis des Freistaats Bayern. Da ist Demokratie für unsere Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar. Für dieses großartige Engagement unserer kommunalen Mandatsträger sage ich im Namen der gesamten Staatsregierung ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Wie haben sich Bayerns Kommunen in den letzten sechs Jahren, also dieser Kommunalwahlperiode, entwickelt? - Wir können heute feststellen: Bayerns Gemeinden stehen wirklich gut da. Unsere Kommunen nehmen mit ihrer Investitionsquote von über 21 % seit Jahren eine Spitzenposition unter den westdeutschen Flächenländern ein. Deren Durchschnitt beträgt gerade einmal 13,4 %. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise liegt die Investitionsquote nur noch bei 7,4 %.

Trotz dieser kräftigen Investitionen weisen unsere Kommunen die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer auf; zum 31. Dezember 2012 waren es gerade einmal 1.187 Euro pro Einwohner. Auch da noch einmal ein Vergleich: In Nordrhein-Westfalen liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen bei 2.920 Euro. Von den 2.056 bayerischen Gemeinden hat mehr als die Hälfte, nämlich 1.197, heute weniger Schulden als vor sechs Jahren. Während Anfang 2008 insgesamt 122 bayerische Gemeinden schon völlig schuldenfrei waren, waren es am 31. Dezember 2012 bereits 231 Gemeinden. Im vergangenen Jahr ist die Zahl sicher weiter gewachsen. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 200 von 2.000!)

Ich weiß natürlich, dass es auch einige Gemeinden mit großen finanziellen Problemen gibt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Einige bloß?)

Deshalb haben wir zum Beispiel das Volumen der Bedarfszuweisungen massiv ausgeweitet. Doch der Gesamttrend ist positiv.

Lag die Gesamtverschuldung der Gemeinden und Landkreise zum Jahresbeginn 2008 noch bei rund 14,6 Milliarden Euro, waren es Ende 2012 nur noch etwa 13,2 Milliarden Euro, also 1,4 Milliarden Euro weniger als zu Beginn der kommunalen Wahlperiode.

Daran wird deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was der Ministerpräsident den Kommunen versprochen hat, was der Finanzminister versprochen hat und was auch ich als Kommunalminister versprochen habe, haben wir gehalten. Der Schuldenabbau des Freistaats geht nicht zulasten der Kommunen, sondern wir nehmen sie voll mit auf dem Weg solider, ausgeglichener Haushaltsführung. Auch die Mehrheit unserer Kommunen baut Schulden ab, und das ist vorbildlich und einzigartig in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die "Bayernstudie 2012" des Bayerischen Rundfunks hat unter anderem ergeben, dass sich 78 % der Bürger in Bayern in ihrer Region verwurzelt fühlen. Diese regionale Bindung ist ein wichtiges Gegengewicht zur Globalisierung. Unsere Kommunen sind für die meisten ihrer Bewohner eine lebens- und lebenswerte Heimat - Staat und Kommunen, Stadt und Land Hand in Hand. Gemeinsam schaffen wir die Voraussetzungen für ein gutes Leben in Bayern.

Dabei müssen wir uns natürlich immer wieder einigen Zukunftsaufgaben neu stellen, allen voran aktuell der demografischen Entwicklung. Sie fordert gerade unsere Kommunen. So wird das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Sterbefälle, immer größer, und davon sind praktisch alle Kommunen betroffen. Das Geburtendefizit wird in vielen Kommunen durch Zuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands und Europas ausgeglichen und manchmal sogar weit übertroffen, in anderen dagegen nicht. Im Ergebnis haben heute in Bayern 1.012 Gemeinden mehr Einwohner als im Jahr 2008 – 1.044 Gemeinden haben aber weniger. Das östliche Oberfranken, das nördliche Unterfranken und die nördliche Oberpfalz sind vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffen, während vor allen Dingen die Ballungsräume München, Nürnberg, Fürth, Erlangen und Augsburg weiter wachsen.

Es ist herrlich, in Bayern Städte von Weltrang zu haben, Städte mit großer Geschichte und großer Zu-

kunft. Wir haben eine Landeshauptstadt, die nicht nur wegen des Oktoberfests und des FC Bayern in aller Munde ist, sondern die auch als Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole weltweit bekannt ist. Auf diese Landeshauptstadt können wir gemeinsam stolz sein. Sie ist dem Freistaat Bayern bekanntlich auch lieb und teuer; denn der Freistaat investiert sehr viel, damit sich diese Landeshauptstadt gut entwickelt.

Wir wollen aber keine Entwicklungen in unserem Bayernland, die sich nur auf die Ballungsräume konzentrieren. Wir haben einen klaren Verfassungsauftrag, nämlich die Förderung und die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Land. Das bedeutet: In jedem Ort Bayerns muss es Zukunftsperspektiven für die Menschen, besonders für die junge Generation, geben. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Staat, diese Zukunftsperspektive zu schaffen – an jedem Ort in Bayern.

Elementar sind sichere Arbeitsplätze, in der Stadt ebenso wie auf dem Land. Bayerns Wirtschaft boomt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den letzten sechs Jahren, also in dieser Kommunalwahlperiode von 4,5 Millionen auf 4,9 Millionen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die höchste Zahl an Arbeitsplätzen, die es in Bayern jemals gab. Das ist eine starke Entwicklung der Arbeitsplätze in unseren Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen und auch die kommunalen Mandatsträger erwarten zu Recht, dass der Freistaat die bestmöglichen Voraussetzungen dafür schafft, dass die Arbeit zu den Menschen kommt. Die gestern vom Ministerpräsidenten und dem Siemens-Vorstandsvorsitzenden unterzeichnete Vereinbarung für Erlangen ist ein Musterbeispiel für ein solches Teamwork. Siemens investiert in den nächsten 15 Jahren eine halbe Milliarde Euro, und der Freistaat und die Stadt Erlangen sorgen für die richtige Infrastruktur.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Beifall aus Mittelfranken!)

Wenn es darum geht, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, dann muss der Freistaat auch mit gutem Beispiel vorangehen. Er kann Arbeitsplätze nicht garantieren, aber ein gutes Beispiel geben. Das ist wichtig. Allein im Geschäftsbereich des Innenministeriums wurden seit dem Jahr 1990 – ich zähle es beispielhaft auf – das Präsidium der Bereitschaftspolizei von München nach Bamberg, das Polizeiverwaltungsamt von

München nach Straubing und Viechtach sowie vier VGH-Senate von München nach Ansbach verlagert. Aktuell zieht das Statistische Landesamt schrittweise von München nach Fürth um. In Schweinfurt hatten wir bereits in der Vergangenheit eine Außenstelle geschaffen. Das früher in München ansässige Polizeipräsidium Oberbayern wurde auf die beiden neuen Polizeipräsidien in Ingolstadt und in Rosenheim aufgeteilt.

Insgesamt haben wir damit allein in diesem Geschäftsbereich bereits über 2.000 Stellen aus München in die Regionen gebracht. Diese Politik wird die Staatsregierung in den nächsten Jahren konsequent fortführen und weiterhin neue Akzente setzen, wie zum Beispiel schon versprochen für Kronach. Es werden in nächsten Jahren eine ganze Reihe weiterer Fälle folgen. Das alles ist sozial verträglich. Wir nehmen dabei die Menschen mit, mit klaren Akzenten überall für die Regionen in Bayern.

Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen brauchen auch eine gute Infrastruktur. Dem Breitbandausbau kommt dabei große Bedeutung zu. Das vom Finanzministerium vorgelegte neue Förderprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erhält eine Erhöhung der Zuschüsse und eine Vereinfachung der Verfahren, was deutschlandweit einmalig ist. Wir schaffen im digitalen Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen Sie seit zehn Jahren! – Zuruf von der SPD: Nur wann, fragt sich! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr probiert's zumindest!)

Verkehrsadern sind die Lebensadern in einem Flächenland wie Bayern; denn unsere Betriebe brauchen gute Anbindungen an Lieferanten und Kunden. Arbeitsplätze liegen nicht immer gleich vor der Haustür. Wir brauchen Mobilität für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb investiert der Freistaat massiv in die Verkehrsinfrastruktur

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu wenig!)

und unterstützt hierbei auch die Kommunen. In diesem Jahr werden aus dem Staatshaushalt 472 Millionen Euro in den Bau, die Erhaltung und den Betrieb der Kommunalstraßen fließen. Bei den Staatsstraßen haben wir im vergangenen Jahr 217 Millionen Euro für den Ausbau und die Erhaltung ausgegeben; vielleicht legt der Bayerische Landtag in diesem Jahr noch ein paar Euro drauf.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: 700 Millionen Euro! – Volkmar Halbleib (SPD): 700 Millionen Euro – das wissen Sie doch selbst!)

Für den Neubau von Radwegen entlang der Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen stellen wir inzwischen rund 35 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. 114 Millionen Euro fließen in den Personennahverkehr der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Immer weniger!)

Alles in allem verbindet ein Netz von über 137.000 km Straßen – von der Gemeindestraße bis zur Bundesautobahn – und 6.000 km Schienen mit über 1.000 Bahnhöfen die Städte und Gemeinden in Bayern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die sind in miserablen Zustand!)

Es wird keine Region abgehängt, sondern wir sorgen dafür, dass die Verbindungen zwischen unseren Kommunen für die Menschen in unserem Land Jahr für Jahr besser werden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir den Gesamtverkehrsplan Bayerns fortschreiben, dann wird unser Schwerpunkt die Erschließung der ländlichen Regionen, die Anbindung von Stadt und Land

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das ist höchste Zeit!)

sowie die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sein.

(Zuruf von der SPD: Wie lange regieren Sie?)

Unser Bestreben ist es, in den nächsten Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und den Kommunen die Investitionen in alle Verkehrsträger, insbesondere in Straße und Schiene, weiter zu verstärken. Damit Mobilität für alle ermöglicht wird, ist das Programm "Bayern Barrierefrei 2023", das unser Ministerpräsident im November angekündigt hat, von besonderer großer Bedeutung – alle Menschen, auch die Behinderten, sollen an Mobilität unbegrenzt teilhaben können.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber nur in München und Nürnberg!)

Meine Damen und Herren, unsere Kommunen bieten gute und attraktive Lebensräume. Der Freistaat unterstützt sie dabei.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Zu wenig!)

Im vergangenen Jahr flossen zum Beispiel 152 Millionen Euro als Mittel der Städtebauförderung in die Gemeinden, mehr als drei Viertel davon in ländliche Räume.

Im Bund haben die neuen Koalitionspartner vereinbart, die Mittel für die Städtebauförderung – bei denen es in den letzten Jahren einige Kürzungen gegeben hatte – von 455 Millionen Euro nun wieder auf 700 Millionen Euro im Jahr zu erhöhen. Das ist ein gewaltiges Potenzial – auch für unsere Kommunen. Wir in Bayern werden unsere Kofinanzierungsmittel selbstverständlich in gleicher Weise erhöhen, damit diese Fördermöglichkeiten von den bayerischen Kommunen voll in Anspruch genommen werden können.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus – das gehört in diesem Zusammenhang dazu – fließen im Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums jährlich 60 Millionen Euro in die Dorferneuerung. Aktuell profitieren insgesamt 730 Kommunen in Bayern von der Städtebauförderung und weitere 700 Kommunen von der Dorferneuerung, das heißt, aktuell wird mit diesen Förderprogrammen rund die Hälfte der Kommunen in Bayern unterstützt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Leben in unseren Kommunen bedeutet natürlich auch Wohnen in der Gemeinde. Hierbei stehen vor allem unsere Ballungsräume vor großen Herausforderungen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen und darf kein Luxus sein. Deshalb unterstützen wir die Wohnungssuchenden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Hohen Hauses erhöhen wir die Mittel der Wohnraumförderung in diesem Jahr um insgesamt 60 Millionen Euro. Wir wollen bis zum Jahr 2018 mindestens 25.000 Wohnungen in Bayern neu fördern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt bisher zu wenig gemacht!)

Wir wollen, dass der Wohnungsbau insgesamt so in Gang kommt, dass rund 70.000 Wohnungen pro Jahr in Bayern neu gebaut werden. Besonders in den Ballungsräumen ist es eine wichtige regionale Aufgabe, abgestimmte kommunale Siedlungsstrategien zur Wohnraumversorgung zu entwickeln. Die Kommunen und die kommunal getragenen Regionalen Planungsverbände haben die besondere Verantwortung, hierfür genügend Bauland zur Verfügung zu stellen, damit überhaupt gebaut werden kann.

Lebenswerte, lebendige Städte und Gemeinden brauchen aber mehr als gute Arbeitsplätze und gute Infrastruktur. Unsere Gemeinden – das gehört zu ihren

ureigenen Aufgaben – kümmern sich um Kinderbetreuung und Jugendarbeit ebenso wie um Angebote für ältere Menschen. Sie schaffen Begegnungsorte für alle Generationen.

Der Staat unterstützt die Gemeinden bei diesen elementar wichtigen Aufgaben. Zwischen 2008 und 2014 haben Bund und Freistaat 1,4 Milliarden Euro allein in neue Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren investiert. Bis Ende dieses Jahres wird nach den Darstellungen des Sozialministeriums für die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr eine Versorgungsquote von 50 % erreicht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte vor einigen Jahren für möglich gehalten, dass der Freistaat Bayern in einem Kraftakt mit den Kommunen das so hinbekommt? Das ist eine großartige Entwicklung für die junge Generation und für die Eltern in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Für die Kommunen ist gleichzeitig natürlich auch von großer Bedeutung, dass diese Staatsregierung und ganz wesentlich dieser Ministerpräsident mit der Kostenerstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund in den nächsten Jahren bis 2016 eine Entlastung der Kommunen von insgesamt rund 2,1 Milliarden Euro erreicht haben. Das schafft den Kommunen neuen finanziellen Handlungsspielraum. Natürlich müssen wir dann auch die anderen Fragen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, bedenken und angehen, beispielsweise die ärztliche Versorgung. Staatsministerin Melanie Huml hat dieses Thema aufgegriffen und beispielsweise die ersten Landarztstipendien ausgereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir werden dem Thema – auch das gehört zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen –, angesichts der demografischen Entwicklung eine zuverlässige Ärztenversorgung im ganzen Land zu sichern, nicht nur in den Ballungsräumen, in den nächsten Jahren hohe Bedeutung beimessen.

(Beifall bei der CSU)

Als Innenminister liegt mir natürlich besonders am Herzen, dass unsere Bürger sicher leben können, und zwar in Stadt und Land. Bayern steht für eine gute und leistungsfähige Polizei. Wir haben bei der Verteilung der uns vom Landtag in den letzten fünf Jahren neu zur Verfügung gestellten 2.000 Polizeistellen großen Wert darauf gelegt, die flächendeckende Präsenz unserer Polizei, gerade auch durch diese zusätzlichen Stellen, weiterhin zu gewährleisten. Die Sicherheit der

Menschen in unserem Land, in der Großstadt genauso wie auf dem Dorf, ist uns wichtig. Bayern ist das sicherste Land in Deutschland, und München ist übrigens die sicherste Millionenstadt Deutschlands. Das ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer sehr konsequenten Innen- und Rechtspolitik im Freistaat Bayern über viele Jahre hinweg.

(Zuruf: Rot-Grün in München! – Heiterkeit bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Das ist ein Scherz, oder?)

Unersetzlich für die Sicherheit der Menschen in unseren Kommunen sind aber auch die Feuerwehren, die freiwilligen Hilfsorganisationen, die Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk und die sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes. 470.000 Frauen und Männer sind rund um die Uhr zur Stelle, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten sowie Natur- und Sachwerte zu schützen. Von den 470.000 sind 450.000 ehrenamtlich tätig. Sie stehen für weit mehr als nur den Schutz und die Rettung in der Not; sie stehen für eine solidarische Gemeinschaft. Denken wir nur an die Bilder von den Hochwassereinsätzen im vergangenen Jahr. Nirgends engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich als in Bayern. Ich danke allen Helferinnen und Helfern sehr herzlich, die Tag und Nacht verlässlich und zuverlässig für andere im Einsatz sind. Vielen herzlichen Dank für dieses großartige Engagement in unseren Kommunen!

(Allgemeiner Beifall – Volkmar Halbleib (SPD): Bei solchen fundamentalen Aussagen müssen sogar wir klatschen!)

Den Gemeinden danke ich an dieser Stelle für die großen Investitionen in Fahrzeuge, Geräte und Gerätehäuser unserer Feuerwehren. Der Freistaat hat sie hierbei in den letzten zehn Jahren mit immerhin 325 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt.

Schließlich sind unsere Kommunen auch die Basis für das kulturelle Leben in unserem Land. Ich denke an Baudenkmäler, an kommunale Museen, an die Musik- und Brauchtumpflege. Bayern lebt den Kulturstaat. Mit dem Kulturfonds Bayern, mit der Förderung nichtstaatlicher Theater und Orchester oder der Förderung der Musikpflege investiert das Kultusministerium Millionen Euro in das Kulturleben unserer Gemeinden. Zugleich investiert es – das hat finanziell eine ganz andere Dimension – Milliarden Euro in Bildung und Ausbildung der jungen Generation, in wohnortnahe Schulen – das garantieren wir den Kommunen auch in den nächsten Jahren – und ständig wachsende Hochschulen in allen Regionen Bayerns.

Wenn wir in die Zukunft schauen und uns überlegen, was die Schwerpunkte der nächsten Jahre sind, dann

gilt für unsere Kommunen zunächst einmal, dass sie ihre Verantwortung selbstbewusst wahrnehmen. Das ist gut so. Wir wollen starke Kommunen. Deshalb setzt die Staatsregierung auf die kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen sie in den nächsten Jahren in fünf Punkten stärken und ausbauen:

Erstens. Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist 2014 auf die Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro gestiegen. 2008 waren es noch 6,6 Milliarden Euro.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Viel zu wenig damals!)

Das ist ein Wachstum um über 1,4 Milliarden Euro in dieser Kommunalwahlperiode. Damit die staatlichen Hilfen noch zielgenauer dorthin fließen, wo sie gebraucht werden, werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor allem die Struktur der Schlüsselzuweisungen reformieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wird nicht helfen!)

Das Geld muss noch zielgerichteter dorthin kommen, wo die Kommunen den größten Bedarf haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir schützen die kommunale Selbstverwaltung gegen unsinnige Eingriffe der Europäischen Union. Die Staatsregierung und der Landtag – dazu gab es immer breites Einvernehmen – setzen sich im Schulterschluss mit den Kommunen dafür ein, dass zum Beispiel unsere Daseinsvorsorge gegen unnötige oder unzulässige Reglementierungen durch die EU verteidigt wird. Dass dieser Einsatz Früchte trägt, hat der Kampf um den Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgung gezeigt.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gemeinsam erreicht, dass die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsvergaberichtlinie herausgenommen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Ganz strikt werden wir auch darauf achten, dass es durch das derzeit verhandelte transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA nicht zu einer Aushöhlung der kommunalen Verantwortung kommt.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir wollen mehr Aufgaben vor Ort in kommunaler Verantwortung erledigen lassen, natürlich

gemäß dem Konnexitätsprinzip mit finanziellem Ausgleich durch den Staat. Die Kommunen können das, sie sind näher am Bürger, sie sind die ersten Ansprechpartner in vielen Lebenslagen. Bayern soll noch kommunaler werden. Dazu können wir auch staatliche Aufgaben auf die Kommunen übertragen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Viertens. Auch wenn manche Kommunen heute weniger Einwohner haben und manche Aufgaben anspruchsvoller werden, wird es definitiv keine neue kommunale Gebietsreform geben. Stattdessen setzen wir auf mehr kommunale Zusammenarbeit. Gemeinsam geht vieles besser und kostengünstiger. Hier hilft der Freistaat. Wir werden das Förderprogramm zur kommunalen Zusammenarbeit deutlich erweitern, um Kommunen zu unterstützen und zu ermuntern, auf mehr kommunale Zusammenarbeit zu setzen. Das ist der Weg der Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens und Letztens. Wenn wir in dieser Legislaturperiode der Deregulierung einen hohen Stellenwert einräumen, dann ist es konsequent, dort zu beginnen, wo die Selbstverwaltung tief verwurzelt ist: bei den Kommunen. Wir wollen den Kommunen mehr Freiheiten bei der Aufgabenerfüllung geben. Unser Ziel ist: mehr Selbstverwaltung und weniger Normen. Deshalb machen wir den Kommunen über die Paragrafenbremse hinaus das Angebot, dass alle Verordnungen und Richtlinien, die sie für überflüssig oder zu eng halten, auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls vereinfacht oder ganz abgeschafft werden. Vor allen Dingen müssen wir darauf achten, weniger neue Vorschriften zu erlassen; es muss nicht jedes Mal, wenn in Bayern ein Problem drei- oder viermal auftaucht, gleich ein neuer Runderlass von München aus an alle Kommunen gehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie oft haben Sie das hier schon erzählt?)

Wir müssen uns selbst ein Stück weit mehr beschränken, das ist richtig. Wir setzen auf kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der 10-H-Erlass ist gleich gekommen!)

in der Tat liegt viel Arbeit vor uns: für die Staatsregierung, für den Landtag und für die Kommunen. Im Namen der gesamten Staatsregierung wünsche ich allen kommunalen Mandatsträgern, die am 1. Mai ihr Amt antreten, schon heute viel Glück und Erfolg. Wir bieten ihnen eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Behörden des Freistaats zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger an. Ich rufe alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger auf: Machen Sie am 16. März von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Stärken Sie die Kommunen; denn die Kommunen sind die demokratische Basis unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben es selbst in der Hand, die Zukunft und die Entwicklung Ihrer Kommune zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam arbeiten für starke Kommunen in einem starken Bayern mit einer starken Zukunft.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der Staatsregierung)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich darf darauf hinweisen, dass im Ältestenrat einmal vereinbart wurde, dass von der Regierungsbank aus kein Beifall zu klatschen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Wengert.

Dr. Paul Wengert (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister Herrmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beifall stand in einem reziproken Verhältnis zur Inhaltsschwere der Rede, die wir gerade gehört haben.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das kommt bei der CSU öfter vor! – Thomas Kreuzer (CSU): Da müssten Sie noch viel mehr Beifall bekommen, Herr Kollege Wengert!)

- Ich warte gerne auf Ihren Beifall, Herr Kollege Kreuzer.

Lieber Herr Kollege Herrmann, Sie haben eine Bilanz zur derzeitigen Lage unserer Kommunen gezogen und im Blick zurück auf manche positive Veränderung hingewiesen. Sie sind aber leider nicht über eine Zustandsbeschreibung hinausgekommen und haben

dabei vieles ausgeblendet, was eben auch Fakt ist. Ich sehe es als meine originäre Aufgabe als Sprecher der Opposition an, die andere Seite der Medaille vorzustellen, von der Sie uns gerade nur die glänzende Seite gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet natürlich nicht, dass ich irgendetwas schlechtreden will, sondern das bedeutet, dass ich darauf hinweisen möchte, wo es den Kommunen schlecht geht,

(Beifall bei der SPD)

wo es um die Kommunen schlecht bestellt ist und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Dies sollte eigentlich im Sinne von uns allen sein. Es geht darum, die Kommunen zu stärken. Wir sind der Anwalt der Kommunen. Deswegen machen wir als SPD-Fraktion deren Ansprüche geltend.

(Beifall bei der SPD)

Ein guter Hausvater und eine gute Hausmutter lieben alle Kinder, aber besonders diejenigen, die in besonderer Weise ihrer Hilfe bedürfen. Von diesen Kindern war in Ihrer Regierungserklärung leider nicht die Rede. Ebenso habe ich in Ihrer Erklärung kreative Ideen, Perspektiven und Visionen des Kommunalministers für die Zukunft unserer Städte, Gemeinde und Landkreise vermisst.

Natürlich gilt auch unser Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die draußen im Land ehren- und hauptamtlich Verantwortung für unsere Kommunen tragen, oft genug von Sorgen geplagt werden und mit größtmöglichem Einsatz, ihrer ganzen Kreativität und Fantasie, mit Tatkraft und Energie jeden Tag aufs Neue dafür sorgen, dass sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrem Ort wohlfühlen,

(Beifall bei der SPD)

die auch oft genug unberechtigter Kritik und Anfeindungen ausgesetzt sind, weil sie eben zu Recht dafür stehen, dass die Summe der Einzelinteressen noch lange nicht das Gemeinwohl ausmacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich selbstverständlich auch bei allen Ehrenamtlichen, die den Sauerteig in unseren Kommunen bilden: im Brand- und Katastrophenschutz, in der Lebensrettung, in der Betreuung, in Hospizvereinen. Als Vizepräsident des Bayerischen Roten Kreuzes weiß ich, wovon ich rede und wie wichtig das Ehrenamt in unserem Land ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Bayerischen Verfassung dient die Selbstverwaltung der Gemeinden dem Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Das mag der eine oder andere fälschlicherweise als Hinweis auf die hierarchische Unterordnung der Gemeinden im Staatsaufbau verstehen. Es heißt aber "Aufbau der Demokratie" und nicht des Staates. Der Herr Ministerpräsident hat in der Kabinettsitzung am 13. Januar dankenswerterweise erklärt, dass es der Staatsregierung wichtig sei, den Kreisen, Städten und Gemeinden stets als Partner auf Augenhöhe zu begegnen. Herr Ministerpräsident, ich habe mich spontan gefragt: Ja wie denn bitte sonst? Als Gemeinde- und Kreisrat, als Bürgermeister und Oberbürgermeister und langjähriges Mitglied des Vorstandes des Bayerischen Städtetages hat sich mir dieser Eindruck – vorsichtig ausgedrückt – jedenfalls nicht gerade aufgedrängt.

Dabei stehen unsere Kommunen vor gewaltigen Herausforderungen, etwa Herausforderungen des demografischen Wandels, der Sicherung der örtlichen Versorgung, der Daseinsvorsorge und der Energiewende, bei der Ihnen, Herr Staatsminister, Ihr Ministerpräsident mit seiner windigen 10-H-Formel dicke Prügel zwischen die Beine geworfen hat,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen Windräder gegen die Bevölkerung!)

übrigens ohne vorher mit den Kommunen zu reden, die die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger sind. Herr Kollege Kreuzer, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen Windräder gegen die Menschen!)

So viel zur Augenhöhe und der von Ihnen neuerdings beschworenen Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern. Erst in einigen Jahren wird man das ganze Ausmaß des Desasters sehen, das damit angerichtet wurde.

Artikel 11 Absatz 4 sagt nicht weniger, als dass die Gemeinden das Fundament unserer Demokratie sind. Dieses Fundament ist aber brüchig geworden; es hat tiefe Risse bekommen. Im wörtlichen Sinn zeigt sich dies vielerorts am Verfall der kommunalen Infrastruktur. Nach Berechnungen der KfW hat sich bei den deutschen Kommunen ein Investitionsrückstau von rund 130 Milliarden Euro mit Schwerpunkt im Bereich Straßen- und Verkehrsinfrastruktur aufgebaut, leider eben auch in Bayern. Das Deutsche Institut für Urbanistik kommt, ab 2006 bis 2020 gerechnet, zu einem Investitionsbedarf von über 700 Milliarden Euro. Sagen Sie jetzt bitte nicht: Dies gilt nur für den Rest der Welt, aber nicht für Bayern. Das wäre eine fatale

Fehleinschätzung. Auch in Bayern wurde über viele Jahre zu oft nur geflickt und improvisiert, weil für grundlegende Sanierungen kein Geld vorhanden war und ist. Kein früherer Bürgermeister oder Landrat unter Ihnen wird dies leugnen.

Längst werden die Defizite in unserer kommunalen Infrastruktur nicht mehr nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität empfunden. Dass es in anderen Ländern schlechter ist, Herr Staatsminister, wird diese Bürgerinnen und Bürger kaum trösten. Die von Ihnen genannte Investitionsquote von knapp 22 % ist ein Durchschnittswert. Wenn der eine bei 10 Grad minus friert, hilft es ihm nichts, wenn ein paar hundert Kilometer entfernt der andere bei 30 Grad in der Sonne liegt und der Meteorologe ihm unter Hinweis auf die Durchschnittstemperatur von 10 Grad plus sagt, er solle sich bitte nicht so anstellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Ein unsinniger Vergleich!)

Die Forderung etwa des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Solidaritätszuschlag zu einem Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden weiterzuentwickeln, kommt nicht von ungefähr.

Aber nicht nur der gewaltige Investitionsstau im kommunalen Bereich – schätzungsweise acht bis zehn Milliarden Euro in Bayern – sollte zu weiteren Anstrengungen motivieren, sondern auch die teilweise sehr hohe Verschuldung unserer Kommunen; die Landkreise beziehe ich insoweit ausdrücklich ein.

(Beifall bei der SPD)

Es hilft den Betroffenen wirklich nicht weiter, Herr Staatsminister, wenn Bayern im Durchschnitt die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer aufweist. Rechnen Sie einmal die Landeshauptstadt München und die Speckgürtelgemeinden in Bayern heraus oder nehmen Sie den Durchschnitt von Unterfranken oder Oberfranken; dann kommen völlig andere Zahlen heraus.

Derzeit investieren die Kommunen nicht einmal 50 % der Summe, die sie für soziale Leistungen – im Jahr 2013 waren das rund 46 Milliarden Euro – aufwenden müssen. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden, ist das durchaus besorgniserregend. Nur aufgrund der Konjunkturpakete konnten die kommunalen Investitionen von 2009 bis 2011 gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Mit dem Auslaufen dieser Programme setzte sofort wieder ein ge-

genläufiger Trend ein. "Die kommunalen Investitionen, ein wichtiger Impulsgeber für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, kommen nach wie vor nicht richtig in Tritt", so der Deutsche Städte- und Gemeindebund in seiner letzten Jahresbilanz.

Ein Hoffnungsschimmer ist das Bekenntnis der Großen Koalition zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit und der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung der Kommunen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Trotz der SPD!)

All das, was in den Koalitionsvertrag zugunsten der Kommunen aufgenommen worden ist – ich verweise auf das Bundesteilhabegesetz sowie die von unserem Landesvorsitzenden Florian Pronold maßgeblich ausgehandelte Erhöhung der Bundesmittel für Städtebauförderung von 100 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro jährlich; ich wiederhole: von 100 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro –,

(Beifall bei der SPD)

trägt dazu bei, dass unsere Kommunen Handlungsspielräume zurückerhalten, um ihren Aufgaben endlich wieder selbstbestimmt und selbstbewusst nachgehen zu können. Der Bund setzt deutliche Signale gegenüber den Kommunen. Deshalb sollten auch in Bayern in einem angemessenen Zeitraum deutliche Verbesserungen für die Kommunen erreicht werden.

Eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ist Dreh- und Angelpunkt, wenn es um die nachhaltige Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern geht; Gemeinden, Landkreise und Bezirke brauchen mehr finanziellen Gestaltungsspielraum; viele Kommunen müssen ihn erst zurückgewinnen. Der durch Volksentscheid vom 15.09.2013 in die Verfassung eingefügte Passus "Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung", darf nicht nur ein schöner Programmsatz bleiben, sondern muss in die Praxis umgesetzt werden. Wenn Bayern stark bleiben soll, dann müssen auch unsere Kommunen gestärkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion sieht vorrangigen Handlungsbedarf zur Sicherung zweier Grundvoraussetzungen für starke Kommunen in Folgendem: Die bewährte kommunale Daseinsvorsorge darf nicht angetastet werden. Gefährdungen durch die einseitige Liberalisierungspolitik der gegenwärtigen EU-Kommission können und müssen parteiübergreifend und im Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern abgewehrt werden.

Das Beispiel Trinkwasser hat bewiesen, dass wir das schaffen können.

Allerdings schmücken Sie sich hier mit fremden Federn, Herr Staatsminister. Erreicht haben dies Millionen engagierte Bürger, die mittels der neuen Europäischen Bürgerinitiative eine breite Protestfront aufgebaut haben.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Herr Kollege Winter, unterstützt wurden sie dabei im Deutschen Bundestag von den damaligen Oppositionsparteien, nicht von CDU und CSU.

(Beifall bei der SPD)

CDU und CSU haben entsprechende Oppositionsanträge abgelehnt, weil die FDP unter Wirtschaftsminister Rösler sie am Nasenring herumführte.

(Zustimmung bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsächlich hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in der entscheidenden EU-Ministerratssitzung im Dezember 2012 keinen Finger gerührt, um das zu tun, was die CSU vor heimischem Publikum im Verein mit SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN gefordert hatte.

(Zustimmung bei der SPD)

Um in den aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen sicherzustellen, dass die Daseinsvorsorge nicht unter die Räder kommt, sondern vollumfänglich – wie bewährt – in öffentlicher Hand bleibt, müssen Bundesregierung und Staatsregierung aktiv werden. Es gilt, die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland schnellstmöglich präzise zu definieren und diese Definition gegenüber der EU-Kommission geltend zu machen. Genau das hat der Vertreter der EU in seinem Vortrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am 4. Februar verdeutlicht. Mit Genugtuung darf ich feststellen, dass es die SPD-Fraktion ist, die das Freihandelsabkommen seit November letzten Jahres zu einem Thema im Bayerischen Landtag macht.

(Beifall bei der SPD)

Wir mussten uns aber von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der CSU, zunächst "Panikmache" und "Alarmismus" vorwerfen lassen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums versuchte, unsere Bedenken abzuwiegeln. Diese Einstellung hat sich zum Glück relativ rasch geändert und ist einer durchaus kriti-

schen Betrachtung der Verhandlungen gewichen, was auch aus dem von uns initiierten und schließlich einstimmig geforderten Bericht der Staatsregierung deutlich hervorgeht ebenso wie aus dem Ergebnis der Befassung des Kabinetts in seiner Sitzung vom Dienstag. Allerdings vermischen wir eine klare Absage an das geplante Schiedsgerichtsverfahren. Herr Minister, das, was Sie heute dazu gesagt haben, klang ganz anders als das, was wir von Ihren Fraktionskollegen in der Ausschussberatung dazu hören mussten.

Die zweite Säule für starke Kommunen in Bayern ist die dauerhafte, nachhaltige Stärkung ihrer Finanzlage, um die kommunale Selbstverwaltung funktionsfähig zu erhalten und damit ein starkes Stück Demokratie in Bayern zu bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet im Einzelnen: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss stufenweise von aktuell 12,75 % auf 15 % erhöht werden. Wir brauchen mehr frei verfügbare Mittel für die Kommunen; denn dort weiß man am besten, wofür das Geld einzusetzen ist. Daher sind wir für eine deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Finanzausgleichs.

Der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund muss schrittweise auf 65 % - dieser Anteil galt bis 2002 – erhöht werden. Angesichts des deutlichen Anstiegs des Grunderwerbsteueraufkommens ist der Kommunalanteil daran angemessen zu erhöhen. Die Erstattungsquote bei der Schülerbeförderung ist nicht zuletzt wegen des gestiegenen Aufwands der Kommunen angemessen anzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinden mit erheblichem Investitionsstau müssen mit einem Investitionsförderprogramm wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben aktiv und nachhaltig wahrzunehmen. Es kann doch nicht sein, dass Städte mit 13.000 oder 14.000 Einwohnern Investitionen von 100 Millionen Euro vor sich herschieben, ohne auch nur die entfernteste Aussicht darauf zu haben, diese jemals tätigen zu können. Wir brauchen daher für die nächsten zehn Jahre ein Infrastrukturförderprogramm in einer Größenordnung von 300 bis 400 Millionen Euro jährlich, um damit die Kommunen in die Lage zu versetzen, dringend notwendige Investitionen vor allem zum Substanzerhalt zu tätigen. Zudem stärken kommunale Investitionen den heimischen Mittelstand, sichern bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze – oft vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Parallel zum staatlichen Schuldenabbau sind überschuldeten und strukturschwachen Kommunen durch die Einrichtung eines kommunalen Entschuldungsfonds in einer Größenordnung von mindestens 100 Millionen Euro jährlich Wege aus der Verschuldung zu eröffnen. Es kann nicht angehen, dass sich der Staat selbst entschuldet, viele seiner Kommunen aber am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Diesen Kommunen wiederum hilft Ihr Hinweis, Herr Kollege Herrmann, auf den Rückgang des Schuldenstandes um 1,4 Milliarden Euro von 2008 zu 2012 nicht wirklich weiter.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ganz abgesehen davon, ist diese Zahl sehr trügerisch; denn von diesem Schuldenrückgang entfällt allein rund 1 Milliarde Euro auf die Landeshauptstadt München.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich wäre gern bereit, mich über jede schuldenfreie Gemeinde mit Ihnen zu freuen, wenn ich wüsste, dass dort auch die Infrastruktur in Ordnung ist und Schulden nicht in Schattenhaushalte verschoben wurden. Dazu habe ich von Ihnen leider nichts gehört.

Kommen Sie mir jetzt bloß nicht mit dem wohlfeilen Satz, die Opposition tue sich leicht im Fordern. Nein, wir tun uns damit nicht leicht; denn wir sind uns unserer Verantwortung für dieses Land mindestens genauso bewusst wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen aber, was uns unsere Kommunen wert sind und wert sein müssen, wenn wir nicht eine Aushöhlung der Demokratie riskieren wollen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wenn sie nicht in einer begüterten Gemeinde zu Hause sind, verlassen fühlen, obwohl sie wie alle anderen ihre Steuern entrichten, aber dafür in die Röhre schauen.

Ihre Bemerkung, Herr Kollege Herrmann, in jedem Ort Bayerns gebe es Zukunftsperspektiven, gerade für die junge Generation, wird ein Wunsch bleiben, wenn Sie nicht wirklich aktiv werden und unsere Forderungen aufnehmen. Bayern kann sich das für die Kommunen Notwendige auch leisten. Nehmen Sie endlich die Steuern ein, die dem bayerischen Volk rechtmäßig zustehen,

(Beifall bei der SPD)

veruntreuen Sie nicht länger das Geld der Bürgerinnen und Bürger Bayerns durch unterlassenen Steuer-

vollzug. Allein damit könnten wir einen Großteil der von mir genannten Maßnahmen finanzieren. Beweisen Sie Solidarität mit dem Teil der Kommunen, der dringend darauf angewiesen ist, reduzieren Sie die Geschwindigkeit des staatlichen Schuldenabbaus etwas zugunsten des Schuldenabbaus unserer Kommunen, helfen Sie den Kommunen beim Schuldenabbau!

Noch eine Bemerkung zur Rekordsumme des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2014: Vergleichen Sie doch bitte nicht nur die Zahlungen des Jahres 2003 mit den Zahlungen des Jahres 2008, sondern auch die Steigerung der Steuereinnahmen in dieser Zeit. Dank dieser Steigerungen sind die Kommunen entsprechend zu beteiligen. Tun Sie doch bitte nicht so, als wäre das ein großes Entgegenkommen des Freistaats, was in Wirklichkeit nur eine gesetzlich verankerte Folge des erhöhten Steueraufkommens ist.

(Beifall bei der SPD)

Zwar heißt es "Zum Golde drängt, am Golde hängt doch alles", dennoch macht Geld allein bekanntermaßen nicht glücklich. Wir halten weitere Maßnahmen über die Finanzen hinaus für erforderlich, um den Kommunen angesichts der aktuellen Herausforderungen zu helfen. Dazu gehören in der Energiepolitik, Herr Ministerpräsident, endlich die Erstellung eines Masterplans mit verlässlichen Rahmenbedingungen für die künftige Energieversorgung Bayerns, der von Ihnen nicht alle paar Wochen umgemodelt werden sollte, sowie die konstruktive Förderung regionaler Energiekonzepte. Da die Windkraft das größte Potenzial zur Umsetzung der Energiewende in Bayern hat, darf ihre bestmögliche Nutzung nicht weiter be- oder gar verhindert werden. Vielmehr muss es den Kommunen und Regionalen Planungsverbänden möglich sein, lokale Windkraftkonzepte zu verwirklichen. Sie haben mit Ihrer Politik in Bezug auf die Windkraft ein beispielloses Chaos in unserem Land angerichtet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie haben all diejenigen, die mit größtem Eifer und mit ihrem privaten Geld darangegangen sind, das von Ihnen selbst propagierte Ziel von 1.500 Windrädern in Bayern zu erreichen, vor den Kopf gestoßen. Die Verhinderung der Genehmigung von genehmigungsfähigen Projekten im Hinblick auf ein Gesetz, das es noch gar nicht gibt, ist rechtswidrig, willkürlich und wird Ihnen noch böse auf die Füße fallen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass der Innenminister zur Energiewende und in der Beziehung zu den Kommunen sprachlos geblieben ist und hier beredtes Schweigen an den Tag gelegt hat. Nicht ein einziges Wort haben wir zu diesem Thema gehört.

(Beifall bei der SPD)

In der Bildungspolitik brauchen wir ein stärkeres Engagement des Freistaats für den Erhalt wohnortnaher Schulen, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen, die wirkliche Förderung von gebundenen Ganztagschulen, die Streichung des Eigenanteils der Kommunen und mehr Schulsozialarbeiter. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

In der Familienpolitik ist eine Ausweitung der staatlichen Fördermittel für eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende Infrastruktur für Kinder, Bildung und Betreuung unerlässlich. Nicht noch mehr Transferleistungen, sondern Anerkennung und Wertschätzung der Menschen mit Kindern und bedarfsgerechte Betreuung werden die Lust auf die Familie stärken.

In der Politik für behinderte Menschen ist ein wesentlich größeres Engagement, eine wesentlich größere staatliche Unterstützung bei der Umsetzung der Inklusion bei klarer Beachtung des Konnexitätsprinzips inklusive eines Sonderinvestitionsprogramms für bauliche Veränderungen zwingend erforderlich. Ob das Programm "Bayern Barrierefrei 2023" für die Mobilität wirklich von großer Bedeutung ist oder wird, wie Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, muss erst noch bewiesen werden. Noch scheint es Ihr Geheimnis zu sein, was sich hinter diesem Programm verbirgt. Nichts Genaues weiß man jedenfalls nicht. Bis jetzt ist es eine reine Ankündigungspolitik.

In der Wohnungsbaupolitik brauchen wir mehr Unterstützung bei der Versorgung der Bürger mit Wohnraum. Leider haben Sie alle unsere Anträge dazu – insbesondere zur Förderung des Genossenschaftsgedankens - abgelehnt. Dabei hat gerade dieser in der größten Wohnungsnot nach den Weltkriegen beste Ergebnisse erzielt. In der Verkehrspolitik sind zusätzliche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Mobilität, insbesondere beim ÖPNV und SPNV unumgänglich, und darin sind wir uns zwischenzeitlich offensichtlich einig.

Bei der Infrastrukturpolitik brauchen wir nicht nur eine flächendeckende Förderung des Breitbandausbaus durch höheren Mitteleinsatz, sondern endlich eine von Ihnen, Herr Kollege Herrmann, angesagte deutliche Vereinfachung des sonderbaren bayerischen Geneh-

migungsverfahrens. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in einem digitalen Bayern sind wir aufgrund der massiven Versäumnisse der CSU-Staatsregierung in der vorletzten Wahlperiode jedenfalls noch meilenweit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

In der Gesundheitspolitik sind wirksame Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden haus- und notärztlichen Versorgung sowie einer wohnortnahen Krankenhausversorgung dringend erforderlich. Bei der Krankenhausversorgung muss der kommunale Anteil entfallen.

In der Verwaltung müssen Überregulierungen – auch dazu hätte ich gerne das eine oder andere gehört –, insbesondere im Genehmigungs- und Zuschussverfahren endlich beseitigt werden; denn sie erschweren den Kommunen den täglichen Aufgabenvollzug in völlig überflüssiger Weise.

(Beifall bei der SPD)

All das muss jetzt beherzt angepackt werden. In der Tat, lieber Kollege Herrmann, es liegt viel Arbeit vor uns. Sie werden uns dabei an Ihrer Seite sehen, wenn Sie das Richtige tun. Denn wir sind der Überzeugung: Unsere Kommunen zu stärken, heißt Bayern stärken und unsere Zukunft sichern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Herold für die CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Kollege Dr. Paul Wengert, wenn man Sie so reden hört, könnte man meinen, Sie leben irgendwo auf der Welt, aber nicht in Bayern. Ich muss das einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD):
Das ging uns beim Innenminister so! Er hat das Paradies geschildert!)

Ich sage auch sehr deutlich: Die Anwälte der bayerischen Kommunen waren schon immer die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion, und sie werden es auch in der Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind gewohnt, dass vonseiten der SPD immer alles schlechtgeredet wird. Das ist auch der Grund dafür, dass Ihre bayerische SPD nicht auf die Beine

kommt; ich möchte auch das einmal deutlich sagen. Die Menschen in Bayern haben es langsam satt, dass immer wieder alles schlechtgeredet wird.

(Beifall bei der CSU)

Deutlich möchte ich auch sagen: Die große Mehrzahl unserer Bürgerinnen und Bürger ist stolz auf ihren Freistaat Bayern. Es muss auch Gründe dafür geben, dass der Zuzug nach Bayern anhält. Es muss Gründe haben, dass bei der von unserem Kommunalminister Herrmann erwähnten repräsentativen Umfrage des Bayerischen Rundfunks weit über 95 % der Menschen angegeben haben, gerne in Bayern zu leben. Insbesondere gilt das für die jungen Menschen, weil sie genau wissen, dass sie bei uns in Bayern die besten Chancen haben. Der entscheidende Grund dafür, dass wir ein starkes Bayern haben, liegt darin, dass wir starke Kommunen haben und dass wir, wenn wir so weiterarbeiten, auch weiterhin eine starke Zukunft zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger vor uns sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ehemaliger Bürgermeister weiß ich sehr wohl, dass die Städte und Gemeinden das Rückgrat unseres Gemeinwohls sind. Ich möchte die Aussagen von unserem Kommunalminister Joachim Herrmann wiederholen: Wir brauchen auch weiterhin die kommunale Selbstverwaltung. Die wichtigen Entscheidungen müssen vor Ort, von unten, getroffen werden. Das sind die wichtigen Entscheidungen des täglichen Lebens. Aus diesem Grund müssen wir auch weiterhin die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Wir haben auch deswegen starke Kommunen, weil es immer wieder Menschen gibt, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie sind bereit, Verantwortung im Ehrenamt zu übernehmen. Deswegen auch von meiner Seite ein ganz herzliches Dankeschön an die vielen Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern, die sich mit großartigem Einsatz persönlich für das Ehrenamt einbringen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Sie kennen alle das gute Sprichwort: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Bis zum Jahr 2008 war ich ehrenamtlicher Bürgermeister einer Gemeinde in Mittelfranken. Seit dem Jahr 2008 bis heute hat sich die Finanzausstattung der bayerischen Kommunen enorm verbessert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, würden Sie auf Ihren Genossen Wowereit in Berlin einwirken, kämen wir auch mit dem Länderfinanzausgleich weiter. Dann könnten wir unseren Kommunen – Stichwort Berliner Flughafen – noch mehr Geld geben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch noch die Aussage von Staatsminister Dr. Söder erwähnen: Eine solide Finanzausstattung unserer Kommunen ist und bleibt ein Markenzeichen bayerischer Finanzpolitik. In diesem Zusammenhang ist logischerweise auch der kommunale Finanzausgleich wichtig. Wir haben im Jahr 2013 mit 7,5 Milliarden Euro den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten beschlossen. Dafür bin ich unserem Ministerpräsidenten Seehofer, unserem Kommunalminister Herrmann, unserem Finanzminister Dr. Söder, beiden Haushaltsausschussvorsitzenden – die Kollegen Winter – und insbesondere unseren kommunalen Spitzenverbänden, die einstimmig zugestimmt haben, sehr dankbar.

Ich möchte eine wichtige Aussage der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2013 nicht auslassen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, zuzuhören. Die Bertelsmann Stiftung hat im Jahr 2013 Folgendes – ich zitiere – veröffentlicht: "Die Finanzlage der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland." Die Bertelsmann Stiftung beschreibt die Finanzlage der bayerischen Städte mit einer geringen Pro-Kopfverschuldung und einem gesunden Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Wahrheit.

Jeder vierte Euro, den der Freistaat Bayern ausgibt, geht an unsere Kommunen. Als Vertreter des ländlichen Raumes bin ich dafür sehr dankbar.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, dafür bin ich sehr dankbar. Seitens der Staatsregierung wird eine sehr gute Strukturpolitik gemacht. Für den Raum Mittelfranken ist es ganz besonders wichtig – das hat Herr Staatsminister Herrmann bereits erwähnt –, dass das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth und die Höhenvermessung Bayern in ein ländliches Vermessungsamt verlagert werden. Das ist für die Strukturpolitik im Freistaat Bayern ein ganz wichtiger Punkt.

Ich möchte auf den Finanzausgleich im Jahr 2014 eingehen, der die Rekordmarke von über 8 Milliarden Euro knacken wird. Die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2014 sollen mit 8,04 Milliarden Euro bei einem Zuwachs von 2,8 % erstmals die Acht-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Die einstimmige Zustimmung unserer kommunalen Spitzenverbände ist eine wichtige Botschaft. Als Mitglied des Kreistages bin ich ebenfalls sehr dankbar dafür, dass die Schlüsselzuweisungen auf insgesamt 2,95 Milliarden Euro gestiegen sind. Das ist ein ganz entscheidender

Punkt für unsere Kommunen vor Ort. Das stärkt die kommunalen Verwaltungshaushalte und erhöht die Investitionsfähigkeit unserer Kommunen massiv. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade für unseren ländlichen Raum sage ich: Die Mittel für Straßenbau und Unterhalt werden ebenfalls massiv erhöht auf insgesamt 299 Millionen Euro. Das ist gerade draußen für den ländlichen Raum eine wichtige Botschaft. Ich begrüße außerdem sehr, dass die Mittel für die Förderung des kommunalen Hochbaus entsprechend erhöht werden.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird die Schülerbeförderung angesprochen. Ich bin sehr dankbar, dass die Zuweisungen für die Schülerbeförderung um 7 Millionen Euro auf insgesamt 312 Millionen Euro steigen. Somit können wir die Ausgleichsquote von 60 % erhalten. Das ist eine wichtige Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eben habe ich erwähnt, dass ich Mitglied des Kreistages bin. Erst vor einiger Zeit bin ich von unserem Landrat Walter Schneider angesprochen worden. Er hat gesagt: Lieber Hans, vielen Dank für die großen Finanzzuweisungen, die wir seit einigen Jahren immer wieder vom Freistaat Bayern bekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lieber Hans!)

- Ja, lieber Hans, Herr Aiwanger. Herr Aiwanger, ich sage Ihnen noch mehr. Dieser Landrat, Herr Walter Schneider, hat in seiner Rede vor dem Kreistag am 20. Dezember 2013 gesagt – den Wortlaut kann man im Protokoll nachlesen –: Ein weiteres Kriterium dieser positiven Entwicklung ist auch eine erneut gute Ausstattung der Kommunen durch den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Aiwanger, wahrscheinlich werden Sie jetzt denken, der Landrat Walter Schneider gehöre der CSU an. Leider muss ich Sie enttäuschen. Dieser Landrat gehört der Partei der FREIEN WÄHLER an.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ländervergleich zeigt sich die herausragende Situation der bayerischen Kommunen. Das ist bereits von Staatsminister Joachim Herrmann erwähnt worden. Als ehemaliger Bürgermeister bin ich sehr dankbar, dass wir die Städtebauförderung auf hohem Niveau weiterführen können. Das gilt ins-

besondere für die Dorferneuerung. Ich bin ebenfalls froh und stolz – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen –, dass wir bereits zum achten und neunten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufgestellt haben. Das ist sowohl in Deutschland als auch in Europa einmalig. Die hohe Neuverschuldung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen ist gerade gegenüber der jungen Generation unverantwortlich. Dort besteht eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.920 Euro pro Einwohner.

Nachdem Herr Aiwanger sich so stark echauffiert und ein Kollege dies bereits angesprochen hat, möchte ich zum Abschluss noch ein Wort zur Energiewende sagen. Ich bin in meinem Stimmkreis draußen sehr viel unterwegs. Ich sage Ihnen: Ich erhalte Zuschriften von beiden Seiten und führe Gespräche mit ihnen. Ich spreche auch mit vielen Befürwortern – das gebe ich ganz offen zu. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass wir die erneuerbaren Energien weiterhin brauchen. Viele Menschen sagen jedoch: Lieber Hans Herold, wir begrüßen diese 10-H-Regelung sehr. Zwar wollen wir die erneuerbaren Energien, jedoch möchten wir ebenfalls, dass die Abstände in gewissen Bereichen vergrößert werden. Zu mir kommen Menschen, die teilweise verzweifelt sind. Deswegen begrüße ich die Politik des Bayerischen Ministerpräsidenten im Bereich der Stromtrassen und im Bereich der Windkraft sehr.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend sage ich: Mit unserer seriösen und nachhaltigen Finanzpolitik schaffen wir beides, nämlich den Schuldenabbau und eine starke finanzielle Unterstützung unserer erfolgreichen bayerischen Kommunen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine erfolgreiche bayerische Politik.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Kollege Herold. Frau Kollegin Schweiger steht schon bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die paradiesischen Zustände und die paradiesische Kabinettsstimmung verklären wahrscheinlich den Blick auf das Wesentliche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Hauptsache, Sie haben ihn, Frau Schweiger!)

Wir haben eine Aneinanderreihung von Plattitüden und eine Beschreibung von paradiesischen Zustän-

den bei ausschließlicher Konzentration auf das Ressortprinzip gehört. Wenn es um starke Kommunen geht, muss man über sein Ressort hinausblicken. Die Probleme, mit denen wir zu tun haben, sind nicht angepackt worden.

Sie haben mit Durchschnittszahlen begonnen. Der Durchschnitt hilft uns nicht, wenn sich die Schere immer weiter öffnet und auf der einen Seite ganz gute und auf der anderen Seite ganz schlechte Zahlen stehen. Dann sieht der Durchschnitt immer ganz gut aus. Sie haben herausgestellt, dass 231 Kommunen schuldenfrei sind. Das bedeutet aber auch, dass 89 % der Kommunen Schulden haben.

Sie sind mit einem Halbsatz auf den Bevölkerungsrückgang in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz eingegangen und haben im nächsten Satz betont: Wir sind stolz auf unsere Städte mit Weltrang. Eine Auseinandersetzung mit den Problemen durch den demografischen Wandel hat nicht stattgefunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie durch Arbeitsplatzverlagerungen 2.000 Stellen in die Fläche gebracht haben. Sie haben aber nicht erwähnt, dass vor allem viele Lehrer und viele Polizisten aus Oberfranken und Oberbayern in München arbeiten müssen und deswegen von zu Hause wegziehen.

Sie haben das Breitbandprogramm angesprochen, das in Deutschland einmalig ist und für das eineinhalb Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Bei einem Blick auf die fünf Jahre der letzten Legislaturperiode zeigt sich, dass Sie viele Jahre Kofinanzierungsmittel aus Brüssel einfach an uns haben vorbeiziehen lassen. Bayern war das einzige Land in ganz Deutschland, das die Mittel, die zur Verfügung gestanden wären, nicht abgeschöpft hat. Zwar geht es jetzt endlich ein wenig voran, aber das kommt viele Jahre zu spät.

Sie haben gesagt, Bayern wird 2023 barrierefrei sein. Wenn man mit dem Zug unterwegs ist, steht man vor der Frage, wie Sie das angesichts der Bedingungen an unseren Bahnsteigen erreichen wollen. Das gilt besonders dann, wenn man mit der Regionalbahn unterwegs ist, nicht nur mit dem ICE.

Sie haben einmal auf das Landwirtschaftsministerium verwiesen und verkündet, es gibt 60 Millionen für die Dorferneuerung. An den Ämtern für Ländliche Entwicklung gibt es einen Einstellungsstopp. Dort beobachten wir die einmalige Kuriosität, dass mehr Geld zur Verfügung steht, als die Mitarbeiter abarbeiten können und den Kommunen zugutekommen könnte. Sie kommen mit den Maßnahmen nicht hinterher, weil

das Personal abgebaut wird. Mit dem Geld, das bereits zur Verfügung steht, könnten Sie gemeinsam mit den Kommunen viel mehr erreichen.

Die Themen Leerstandsmanagement und leere Dörfer sind überhaupt nicht angesprochen worden. Sie sprechen von der Wohnraumförderung, die um 60 Millionen Euro erhöht wird. Dass Sie aber die GBW-Wohnungen verkauft haben, fehlt gänzlich in Ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Gesundheitspolitik haben Sie durch einen Verweis auf die Landarztstipendien nur gestreift. Diese allein werden sicherlich nicht dazu führen, dass wir flächendeckend mit Hausärzten und Krankenhäusern versorgt sind. Die Themen Notarzt und Rettungsdienst in der Fläche haben auch gänzlich gefehlt.

Das Thema Soziales nimmt in Ihrer Regierungserklärung eine ganze Seite ein. Sie haben herausgestellt, dass 1,4 Milliarden Euro für Betreuungseinrichtungen geflossen sind. Das ist in der Tat sehr viel Geld. Unsere bayerischen Kommunen haben in den letzten fünf Jahren größte Anstrengungen unternommen und Klimmzüge gemacht, um in der Fläche Kinderkrippen zu bauen. Jedoch wird von einer sehr guten Einrichtung wie einer Kinderkrippe allein kein einziges Kind gut betreut. Dafür brauchen wir ausreichend qualifiziertes Personal, das eine Planungsgrundlage benötigt und nicht nur mit befristeten Arbeitsverträgen und Teilzeitverträgen beschäftigt wird. Man muss dem Personal nach seiner fünfjährigen Ausbildung ein Auskommen und eine Perspektive bieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Hinsicht lässt das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sehr zu wünschen übrig. Die stunden- und kindbezogene Förderung bedeutet gerade in den ländlichen Räumen, wo es in einer Einrichtung wenige Kinder gibt, ein sehr großes Problem. Die Randzeiten werden überhaupt nicht mit berücksichtigt. Wer von Ihnen schon einmal fünf kleine Kinder oder Enkelkinder im Alter von zwei, drei oder vier Jahren gleichzeitig betreut hat, der weiß, was ein Betreuungsschlüssel von 1 : 5 bedeutet, wenn man die Kinder zwischendurch wickeln und füttern muss, wenn ein Kind krank ist und ein Elterngespräch geführt werden muss. Diese Unterstützung reicht bei Weitem nicht aus.

Das Thema Schule haben Sie nur ganz am Rande gestreift. Die Staatsregierung verspricht zwar, wohnortnahe Schulstandorte und wohnortnahe Schulen zu erhalten, aber dafür fehlen die nötigen Lehrerstunden. Es gibt immer mehr Schüler- oder Bustourismus, weil

die Kinder zusammen zu einzelnen Schulstandorten gefahren werden, da die Lehrerstunden nicht ausreichen, um draußen auf dem flachen Land Schulunterricht von 8.00 bis 13.00 Uhr anbieten zu können. Obwohl die Schülerbeförderungsmittel erhöht werden, liegt die Quote immer noch bei 60 %, weil es immer mehr Bustourismus gibt. Die Quote lag schon einmal bei 80 %, und so hoch muss sie auch wieder steigen. Es kann nicht angehen, dass der Staat Lehrerstunden einspart und die Kommunen dies durch Schülerbeförderung und Bustourismus auffangen müssen.

Der Ausbau der Ganztagschule gelingt nur gemeinsam mit den Kommunen. Die Kommunen stellen sehr viel Geld zur Verfügung, weil die dafür vorgesehenen Lehrerstunden bei Weitem nicht ausreichen.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine sehr gute Einrichtung. Sie wird zum größten Teil von den Kommunen bezahlt. Immer mehr Aufgaben in den Bereichen Soziales und Bildung gehen zulasten der Kommunen. Die staatliche Unterstützung dafür ist viel zu gering.

Sie haben die Daseinsvorsorge angesprochen und mitgeteilt, die Bayerische Staatsregierung werde die Kommunen unterstützen und sämtliche Eingriffe im Hinblick auf die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung verhindern. Mein Vorredner hat schon einiges dazu ausgeführt. Die Bayerische Staatsregierung hat im Dezember 2012 der Liberalisierung der Trinkwasserversorgung zugestimmt. Das muss hier der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Auch momentan dürfen die Kommunen bei der Abstimmung über das Freihandelsabkommen nicht mitreden. Die Vertreter sämtlicher relevanter Gruppen und Lobbyverbände sind beteiligt. Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass die Kommunen den wichtigsten Teil im Staatsaufbau ausmachen. Dass die Kommunen nicht am Tisch mitverhandeln dürfen, ist eine Sauerei. Für die Beteiligung der Kommunen muss man sich einsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was das Thema Gentechnik angeht, war der Dienstag für uns ein schwarzer Tag. Zu Hause verkünden Sie: Wir kämpfen gegen die Gentechnik und treten dagegen ein. Wenn es aber darauf ankommt und wir Sie in der Bundesregierung, im Bundesrat und in Brüssel brauchen, werden Sie diesem Versprechen nicht gerecht, enthalten sich und zeigen nicht Flagge. Das ist unfair.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört, Schande!)

Das ist ein Vertrauensmissbrauch. Sie machen zwar Versprechungen und zeigen Flagge, aber nur verbal und nur hier im Bayerischen Landtag. Überregional jedoch, wo Sie in der Pflicht stehen, uns zu vertreten, stellen Sie sich Ihrer Verantwortung nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Energie wurde gar nichts gesagt. Die Energiewende ist nur gemeinsam mit den Kommunen zu schaffen. Das betonen die FREIEN WÄHLER, seit sie in diesem Landtag vertreten sind. Eine Chance für die Kommunen und eine Chance, regionale Wertschöpfung zu schaffen, gibt es dann, wenn wir die Energieversorgung dezentral gestalten und es uns gelingt, wir mit unseren Kommunen, mit unseren Stadtwerken und mit Bürgergenossenschaften selbst Energie zu erzeugen. Mit der Energieerzeugung wird viel Geld verdient. Wenn diese Aufgabe unsere eigenen Leute übernehmen, bleibt das Geld bei uns. Ich nenne nur eine Zahl aus meinem Landkreis Regensburg. Die Bürgerinnen und Bürger dort geben pro Jahr über 600 Millionen Euro für Energie aus. Selbst wenn wir noch viel an Energie einsparen können, bleiben immer noch ein paar Hundert Millionen Euro. Wenn es uns gelingt, auch nur einen ganz kleinen Anteil davon selbst vor Ort in unserer eigenen Energieerzeugungsgesellschaft zu produzieren, bleibt das Geld in der Region. Das ist das beste Konjunkturprogramm, das man sich vorstellen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Bundes- und Staatsregierung ist seit Jahren in der Energiepolitik völlig planlos. Es lässt sich überhaupt keine Linie erkennen. Wir haben vor einigen Jahren teilweise rückwirkende oder plötzliche Änderungen im EEG gehabt. Investoren, die bereitstanden, schon die Verträge unterschrieben hatten und Geld bei uns im Land investieren wollten, ist die Planungsgrundlage entzogen worden. Ein solches Projekt kann nicht innerhalb einiger Wochen oder Monate verwirklicht werden; das dauert teilweise Jahre. In einem Land wie Bayern, in einem Land wie Deutschland keine Planungssicherheit mehr zu haben, ist eine Katastrophe.

Mit Verlaub, Herr Innenminister: Kurz vor der Wahl haben Sie noch die Landratsämter angewiesen, in Sachen Windkraftplanung nichts zu genehmigen. Im vorausseilenden Gehorsam gegenüber einem parteipolitischen Ziel haben Sie ohne irgendeine gesetzliche Grundlage den Landratsämtern gesagt: Das, was vorliegt, entscheiden wir erst einmal nicht, wir warten ab. Gott sei Dank haben sich die bayerischen Landräte und Abteilungen an das Recht gehalten, aber man

kann hier als oberster, für die Kommunen zuständiger Chef nicht so mit unseren Kommunen umgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Thema Asyl ist überhaupt nicht angesprochen worden. Dieses Thema brennt den Kommunen auf den Nägeln. Während unsere Familien- und Sozialministerin draußen unterwegs ist, sich dem Dialog mit den Kommunen stellt, die Probleme aufnimmt und ernst nimmt, Ideen entwickelt und versucht, das Ganze abzuarbeiten, haben wir in der Regierungserklärung zu dem Thema starke Kommunen und starkes Bayern überhaupt nichts gehört. Die Kommunen werden völlig allein gelassen. Von heute auf morgen steht dort plötzlich ein Bus mit Asylbewerbern vor der Tür, und keiner weiß, wo man die Asylbewerber unterbringen und was man mit ihnen machen soll. Alle Aufgaben werden auf Ehrenamtliche abgewälzt. Man hofft, durch ehrenamtliches Engagement Integration und Unterstützung anbieten zu können. Bei uns im Landkreis stellen die Kommunen, in denen die Asylbewerber untergebracht sind, Mittel aus ihrem eigenen Haushalt zur Verfügung, um hier das Notwendigste tun zu können. Auch das Landratsamt stellt bei uns ein bisschen Geld zur Verfügung, um hier helfen zu können. Vonseiten des Staates gibt es nichts.

Wir brauchen für die Flüchtlingskinder viel mehr Übergangsklassen. Wir brauchen in den Kindergärten mehr Personal, um Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, integrieren zu können. Es gibt zwar einige Übergangsklassen, wie gesagt, aber es sind zu wenige. Es gibt aber immer noch viele Klassen, die von ein oder zwei Flüchtlingskindern besucht werden, die kein Wort Deutsch sprechen. Hier Unterricht abzuhalten, ist überhaupt nicht möglich, und es ist eine Zumutung für jeden einzelnen Lehrer. Wir müssen froh sein, dass es Lehrer gibt, die sich das überhaupt noch antun und das aushalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir haben bei uns im Landkreis eine dezentrale Unterbringung mit fünf oder acht Kindern. Diese Kinder fahren mit dem Linienbus in die nächstgelegene Grundschule. Dort ist eine Übergangsklasse eingerichtet worden. Diese Kinder fahren in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht kennen, im Alter von sechs Jahren im Landkreis umher. Was machen die Eltern? Sie haben natürlich Angst, dass die Kinder überhaupt nicht an der Schule ankommen, und fahren deshalb mit. Sie begleiten sie zur Schule und fahren danach zurück und holen die Kinder mittags wieder ab. Wer bezahlt die Busfahrkarte? - Die Kommune vor Ort bezahlt sie. Hier brauchen wir praxisgerechte und

tatkräftige Unterstützung für die Kommunen, die sich dieser Verantwortung stellen, und für die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind und sich einbringen. Aber hier ist der Staat gefragt, seine Kommunen zu unterstützen. Wir brauchen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Mitarbeiter, die sich schneller und besser um die Asylverfahren kümmern. Wir müssen schauen, dass die Betroffenen schneller eine Arbeitserlaubnis bekommen, um sich hier integrieren und mitmachen können.

Eine erfolgreiche Asylpolitik ist wichtig für das Miteinander bei uns in den Kommunen. Das gehört einfach dazu, wenn man in Bayern über Kommunen, ein starkes Bayern und über starke Kommunalpolitik spricht.

Auch zum Bundesleistungsgesetz wurde in der Regierungserklärung nichts gesagt. Es gibt eine riesige finanzielle Belastung für unsere Kommunen und Bezirke. Das Problem besteht darin, dass es nicht in jedem Bundesland Bezirke gibt. Sie sind eine Besonderheit in Bayern. Wir finden viel zu wenig Berücksichtigung auf Bundesebene, wenn es um die Neuerungen im Bundesleistungsgesetz geht. Auch hier sind die Kommunen nicht beteiligt und können nicht mitentscheiden. Hier brauchen die Kommunen eine starke Staatsregierung, die sich dafür einsetzt, dass die nötigen Mittel bereitgestellt werden, um die ständig zunehmenden Aufgaben erledigen zu können.

Zum Thema Infrastruktur wird nachher mein Kollege noch etwas sagen.

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, es liegt viel Arbeit vor uns. In der Tat, es liegt viel Arbeit vor uns. Wir unterstützen Sie gerne.

(Barbara Stamm (CSU): Das ist doch prima!)

Ich habe an dieser Stelle noch einen Tipp: Machen Sie es manchmal wie Ihr Ministerpräsident. Gehen Sie einfach raus, reden Sie mit den Leuten, hören Sie zu.

(Barbara Stamm (CSU): Der ist so viel unterwegs!)

Bei dem, was ich heute gehört habe, habe ich nicht das Gefühl, dass er viel draußen unterwegs ist.

(Barbara Stamm (CSU): Frau Kollegin! – Unruhe bei der CSU)

Gehen Sie hinaus in die Kommunen, nicht nur, um Reden zu halten, sondern um zuzuhören und sich mit den Themen auseinanderzusetzen. Wir haben viel vor uns. Es reicht nicht aus, nur einen paradiesischen Zu-

standsbericht zu geben. Wir haben viel vor uns. Packen Sie es an! Wir sind an Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schweiger. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, wenn man Sie so hat reden hören, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass unsere Kommunen in Bayern vor Kraft und Stärke kaum laufen können, so stark wie Sie unsere Städte, Landkreise und Gemeinden dargestellt haben. Dabei sehen unsere Kommunen längst nicht alle so aus wie das Michelin-Männchen, das während Ihrer Regierungserklärung vor meinem geistigen Auge vorbeigezogen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Kette ist bekanntlich nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Überträgt man diese alte Binsenweisheit auf Bayern, so wäre es derzeit um die Zukunft des Freistaats bei Weitem nicht so rosig bestellt, wie Sie, Herr Staatsminister, es angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen in den leuchtendsten weiß-blauen Farben ausgemalt haben. Im Gegenteil: Die kommunale Familie in Bayern entwickelt sich immer mehr zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Da haben manche Städte und Gemeinden, ob große oder kleine, richtiggehend Anzeichen von Magersucht. Das, Herr Staatsminister und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergleicht man den Freistaat mit einer Kette, dann gibt es unter den Kommunen viele starke, aber leider auch viele schwache Glieder. Da ist es nur logisch, dass auch der Freistaat insgesamt nur so stark sein kann, so viel Muskelkraft und Stärke haben kann, wie es die schwächsten Glieder vorgeben. Da hilft es auch nicht, einmal ein paar politische Wunschvorstellungen in der Verfassung festzuschreiben. Die Förderung des ländlichen Raums oder die Finanzausstattung der Kommunen werden sich durch leere Worthülsen allein nicht verbessern. Um an finanziellen Stellschrauben zu drehen, hat es einer Änderung der Verfassung nicht bedurft. Was wir aber brauchen, und zwar dringend, ist eine bedarfsgerechte Finanzierung, damit sich die strukturellen Defizite nicht länger als Hemmschuh erweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind der Eckpfeiler unserer Daseinsvorsorge. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger hängt vor allem davon ab, wie gut die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und erfüllen können. – Verehrter Herr Staatsminister, es wäre schön, wenn Sie zuhören würden. – Herr Staatsminister, Sie bremsen die Kommunen aus und halten sie am goldenen Zügel. Sie haben in Ihrer Rede mehr Freiheiten angekündigt. Ich frage mich, warum Sie das nicht schon in den letzten Jahren umgesetzt haben. Sie sind schließlich für die Kommunen nicht erst seit gestern verantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, erschwert wird die Situation durch den kommunalen Finanzausgleich, der in seiner jetzigen Form die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen nicht schließen kann. Die Verschuldung nimmt schon heute vielen Kommunen die Luft zum Atmen. Das hat zur Folge, dass die Schulden auch in konjunkturell guten Zeiten explosiv ansteigen. Gleichzeitig bildet sich ein riesiger Investitionsstau. Um ihre Aufgaben erfüllen und ihr Selbstverwaltungsrecht wahrnehmen zu können, brauchen aber alle Kommunen eine solide finanzielle Basis sowie verlässliche Einnahmen. Die GRÜNEN wollen den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise und zügig auf 15 % erhöhen. Hier sind Sie den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände noch kein Jota entgegengekommen. Ich sage Ihnen: Das wäre nur recht und billig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem setzt das derzeitige Zuschussunwesen oft die falschen Anreize und nimmt den Kommunen viel von ihrer Gestaltungsfreiheit. Wegen der falsch gesetzten Förderkriterien nach dem Motto "größer und breiter muss die Brücke sein" baut so manche Kommune Infrastrukturen an den Bedürfnissen vorbei und bleibt auf den Folgekosten sitzen. Doch damit nicht genug: Ministerpräsident Seehofers Wetterhahnpolitik ist verantwortlich dafür, dass in vielen Kommunen Unsicherheit und Stillstand statt Aufbruch und Zukunftsgewissheit vorherrschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von Anfang an war die Energiewende für Horst Seehofer ein lästiges Stiefkind, um das er sich nur halbherzig gekümmert hat, wie um einen Kuckuck, den ihm andere ins Nest gelegt haben. Entweder aus Unvermögen oder weil ihm gerade einmal ein anderes Vögelchen etwas ins Ohr geflüstert hat, ist der Ministerpräsident drauf und dran, der Energiewende gänzlich den Garaus zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Kommunen und die Energiegenossenschaften, in denen neben Städten, Landkreisen und Gemeinden viele Bürgerinnen und Bürger die Energiewende längst selbst als dezentrales Projekt in die Hand genommen, geplant und vorgebracht haben, hat dieses Wendemanöver weit mehr als eine fatale Signalwirkung. Statt die Kommunen bei der Planung ihrer Energieprojekte zu unterstützen und endlich die planerischen Weichen zu stellen, hat die Staatsregierung nicht nur kurzerhand das Totenglöckchen für die Windkraft in Bayern geläutet, sie hat auch gleichzeitig den Fortgang der Stromnetzplanungen gekappt. Wie sagte doch einer Ihrer Parteifreunde, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger, unlängst: "Ein Moratorium ist die Feigheit, nicht gleich zu sagen, was zu tun ist". Wo Schaidinger recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE müssen feststellen: Die Staatsregierung hat die Energiewende in Bayern praktisch auf Eis gelegt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie sehen einfach nur zu, wie der politische Geisterfahrer Ministerpräsident Horst Seehofer die Energiewende endgültig an die Wand fährt. Damit schwächen Sie die Kommunen, die die Planungen der Energiewende im Gegensatz zu Ihnen bereits mit Energie, Hirschmalz und oft auch barem Geld vor Ort betrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister Herrmann, auch bei Ihrer Infrastrukturpolitik ist für die Kommunen nicht alles Gold, was glänzt. Im Gegenteil: Während Sie noch immer glauben, strukturschwache Kommunen durch Straßenneubau- und -ausbauorgien stärken zu können, ist bei der bestehenden Infrastruktur allmählich der Lack ab. Das Motto "Aufbruch Bayern" können Sie beim Unterhalt für den Straßenbestand tatsächlich wörtlich nehmen; denn es bröckelt an allen Ecken und Enden, weil Sie, Herr Staatsminister, für die Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen viel zu wenig Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2019 wird zudem die Finanzierung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz endgültig auslaufen. Bringen Sie bis dahin keine sinnvolle Nachfolgeregelung auf den Weg, wird es in vielen Kommunen schnell zum Stillstand kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber der öffentliche Personennahverkehr fristet bei Ihnen schon seit jeher bestenfalls ein Dasein auf dem Nebengleis, wenn nicht gleich auf dem

Abstellgleis. Angesichts des demografischen Wandels ist ein gut ausgebauter ÖPNV Voraussetzung für Mobilität in der Stadt und auf dem Land. Auch hier lassen Sie die Kommunen im Regen stehen. Rund zwei Drittel der GVFG-Mittel fließen aktuell in den Straßenbau, der Rest in den ÖPNV und andere umweltfreundliche Verkehrsarten. Das ist Verkehrspolitik der Vergangenheit. Für die Zukunft taugt das nicht.

Den flächendeckenden Breitbandausbau haben Sie komplett verschlafen. Immerhin hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Söder den Breitbandausbau endlich als Staatsaufgabe begriffen. Es bleibt zu hoffen, dass er bei seinem Alter Ego, dem Finanzministerium, ausreichend Geld für die Daseinsvorsorge locker macht und den Kommunen unter die Arme greift.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Vielleicht sollte er einmal mit sich selber reden!)

- Das wäre nicht schlecht. Für eine flächendeckende Versorgung des Freistaats mit einem ausreichend schnellen Breitband sind nämlich rund 20 Milliarden Euro notwendig, Geld, das unsere Kommunen nicht haben.

Kolleginnen und Kollegen, als richtiggehender Schuss in den Ofen erweist sich auch Ihr schnell noch vor der Landtagswahl durchgepeitschtes Landesentwicklungsprogramm. Eine vernünftige Raumplanung braucht gescheite Leitplanken, sonst kann man sie gleich sein lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr LEP setzt jedoch gerade einmal das eine oder andere Leitpföstchen, oder es führt gleich ganz in die Sackgasse. Die dringendsten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte können Sie damit nicht angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil, Ihnen fehlt es an Visionen und offenbar auch an Ambitionen, sich mit Fragen des demografischen Wandels, der Entwicklung des ländlichen Raums oder des Flächenverbrauchs überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen. Das belegen auch Ihre lustlosen Nachbesserungen. Kritische Punkte wie die Einteilung der Zentralen Orte wurden gleich gänzlich verschoben, weil Sie es sich vor den Wahlen mit den Kommunen nicht verscherzen wollten. Auch dazu würde Schaidingers Satz mit der Feigheit wieder ganz gut passen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Kommunen müssen sich auch fürchten, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen in Europa geht. Die kommunale Daseinsvorsorge läuft immer wieder Ge-

fahr, vom Sog des Liberalisierungsstrudels erfasst zu werden, erst die Konzessionsrichtlinie, dann das Freihandelsabkommen. Hier präsentiert sich der Freistaat immer wieder gern als der Schutzpatron der kommunalen Daseinsvorsorge. In der Vergangenheit hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass der Einsatz der CSU in Berlin und Brüssel im entscheidenden Moment nur halbherzig ausfällt. Ihr Kollege in der CSU, der Europaabgeordnete Markus Ferber, hält das Freihandelsabkommen für unproblematisch und alle Warnungen gar für Panikmache. Ich sage Ihnen: Solange Sie von der CSU mit gespaltener Zunge sprechen, solange bleibt auch die kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir zu Ihrer nächsten Baustelle: Die Wohnraumsituation im Freistaat gerät immer mehr aus der Balance. Während das Leben in der Stadt immer beliebter und Wohnraum hier immer knapper wird, kämpfen ländliche Regionen gegen Abwanderung und Wohnungsleerstand. Ihre jahrelangen Versäumnisse, Herr Staatsminister, werden deshalb immer mehr zum Problem der Kommunen. Sie haben das Jahr 2014 zwar zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen. Ihr Sinneswandel kommt aber für viele Kommunen reichlich spät. Er ist bisher auch nur ein halbherziger Versuch, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich in den Griff zu bekommen. Wie lässt es sich sonst erklären, dass Sie die Laufzeit der Verordnung zur Senkung der Kappungsgrenze mit Ausnahme Münchens auf zweieinhalb Jahre begrenzt haben, was in der Praxis keine Wirkung zeigt? Ein reines Placebo ist diese Maßnahme, sonst gar nichts. Auch das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, das Sie mit und ohne FDP in der Vergangenheit wiederholt abgelehnt haben, wenn wir GRÜNE es beantragt haben, kommt als Last-Minute-Wahlgeschenk für die Kommunen nach zig Jahren und Tausenden von Umwandlungen zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezahlbarer Wohnraum ist vor allem wegen Ihres hartnäckigen Widerstands verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Erhöhung der Mittel zur Wohnraumförderung nur ein Tropfen auf den heißen Stein, während der Bestand an Wohnungen mit Belegungsbindung unterm Strich weiter schmilzt.

Planlos sind Sie auch bei der zweiten Seite der Medaille. Sie können keine Strategien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels für Kommunen in Abwanderungsregionen vorweisen. Wirksame Konzepte zur Stärkung von Zentren und Ortskernen,

Rück- und Umbauten bleiben Sie den betreffenden Kommunen weiterhin schuldig. Vermutlich haben Sie diese Regionen bereits abgeschrieben, wie es auch Ihr Zukunftsrat vor nicht allzu langer Zeit getan hat.

Im Stich lassen Sie die Kommunen auch bei der Bewältigung der explodierenden Sozialausgaben, die immer mehr Kommunen finanziell in die Knie zwingen. Gegenüber anderen Bundesländern brüsten Sie sich regelmäßig damit, dass Bayern ein Land sei, in dem Milch und Honig fließen. Dafür zahlen sollen aber die Kommunen. Deshalb hilft es auch nichts, dass das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung verankert ist, wenn Sie immerzu nur anschaffen und die Kommunen sich das Geld für sinnvolle, aber auch kostspielige Wünsche regelrecht aus den Rippen schneiden müssen. Kindertagesstättenplätze, Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung und Inklusion gibt es auch für sie nun einmal nicht zum Nulltarif.

"Bayern Barrierefrei 2023", dieses Programm haben Sie, Frau Staatsministerin Haderthauer, noch als Sozialministerin ausgerufen. Ministerpräsident Seehofer hat dieses Motto in seiner Regierungserklärung am Anfang der Legislaturperiode wiederholt. So etwas kann man leicht verkünden, wenn es andere, nämlich die Kommunen, bezahlen müssen. Zwei Drittel der Investitionen – so schätzt man über den Daumen gepellt – werden auf die Kommunen zukommen, wenn sie dieses Projekt realisieren sollen.

Genauso wenig können die Kommunen auf Sie zählen, wenn es darum geht, die Schule im Dorf zu lassen. Auch Ihre viel gepriesene Mittelschule kann das Schulsterben über kurz oder lang nicht aufhalten. Die Kommunen wissen sehr wohl, dass die Gestaltung einer regionalen Bildungslandschaft ein wichtiger Standortfaktor ist. Doch statt den Kommunen mit einer Öffnungsklausel endlich die Möglichkeit zu geben, die Schullandschaft vor Ort selbst zu prägen, geben Sie den Zeigestock weiterhin nicht aus der Hand. "Setzen, sechs" heißt es auch beim Ausbau der Ganztagsangebote. Selbst die Ihnen sonst so zugelegte Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft stellt Ihnen ein bildungspolitisches Armutzeugnis aus. Viel zu lange wollten Sie den Ausbau der Ganztagsangebote verhindern und aussitzen. Das Ergebnis ist ein Ganztagsangebot, das sich in unübersichtlichen Parallelstrukturen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und unterschiedlichen Finanzierungsmodalitäten verzettelt. Hier heißt es ganz klar: Nachsitzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hände gebunden sind den Kommunen auch bei der Eindämmung der Spielhallenflut. In Bayern hat sich die Zahl der Spielhallen oder der Geldspielgeräte

in Spielhallen zwischen 2006 und 2012 knapp verdoppelt. Es liegt auf der Hand, dass ein leicht verfügbares Angebot an Glücksspiel auch die Schwelle für Konsumenten absenkt. Statt der Spielhallenflut einen wirksamen Riegel vorzuschieben, haben Sie viel zu spät ein Gesetz verabschiedet, das letztendlich nicht mehr als ein Placebo ist und der Glücksspielsucht keinerlei Einhaltung gebieten kann. Das sage ich Ihnen als Kommunalpolitiker. Das Gesetz, das Sie vorgelegt haben, ist nicht praxistauglich. Den Kommunen ist damit kein bisschen geholfen. Die Spielhallen schießen weiter wie Pilze aus dem Boden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Staatsminister, ich stimme absolut mit Ihnen darin überein, dass wir starke Kommunen brauchen. Nur mit starken Kommunen kann auch der Freistaat stark sein. Dafür müssen Sie die Kommunen aber auch endlich stark machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handlungsfähige, entscheidungskompetente und finanziell gut ausgestattete Kommunen sind die Voraussetzung für eine gute Politik in Bayern und für die Menschen vor Ort. Damit das gelingen kann, müssen Sie die Kommunen endlich vom Zügel lassen und ihnen die nötigen Freiräume geben. Geben Sie den Rahmen vor und drücken Sie den Kommunen Pinsel und Farbe in die Hand; und, Herr Staatsminister, malen Sie um Himmels willen nicht alles rosarot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss und fordere mehr Macht für die Kommunen und weniger Bemutterung, Aufdringlichkeit und Beaufsichtigung durch die Staatsregierung. Das ist das Konzept der GRÜNEN für ein starkes Bayern.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Lederer.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen heute nichts rosarot malen, wir wollen aber auch nichts schwarz malen, Herr Kollege Mistol.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schwarz ist eine schlechte Farbe!)

Wir wollen heute ein Resümee ziehen und in die Zukunft schauen.

Bis Oktober 2013 hatte ich selbst die Verantwortung für eine dieser starken Kommunen, wie wir heute von

Staatsminister Joachim Herrmann gehört haben, der die aktuelle Situation und auch die Zukunft unserer Kommunen sehr trefflich beschrieben hat. Als langjähriger Erster Bürgermeister einer Gemeinde mit 7.000 Einwohnern möchte ich deshalb heute die Gelegenheit nutzen, mich bei unserem Kommunalminister Herrmann stellvertretend für die ganze Staatsregierung für den großen Einsatz zum Wohl unserer Kommunen zu bedanken. Dank gilt auch allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die tagtäglich mit ihrer Arbeit unser Bayern voranbringen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie mein Vorredner Hans Herold habe auch ich als ehemaliger Bürgermeister aus eigener Erfahrung die Gewissheit erlangt, dass die kommunale Selbstverwaltung ein unglaublich hohes Gut ist, das mit den kommunalen Finanzen steht und fällt. Erst vor Kurzem haben wir ein trauriges Beispiel aus den USA kennengelernt: Eine einst blühende Autometropole, die Stadt Detroit, ist pleite gegangen. Diese Situation wäre bei uns nicht möglich; denn bei uns müsste das Land eintreten, wenn eine Kommune so schlecht dastehen sollte. Im schlimmsten Fall müsste sogar der Bund eintreten.

Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass Berlin eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Detroit hat. Wenn wir tatsächlich, lieber Kollege Mistol, die kommunale Landschaft bei uns mit einer Kette vergleichen und uns nach dem schwächsten Glied richten, steht es um unser Deutschland sehr schlecht; denn Berlin ist eines der schwachen Glieder in unserem föderalistischen System.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wer regiert dort? Wer regiert in Berlin?)

Wir haben im vergangenen Sommer auf die Ergebnisse der Bertelsmann Studie zu den deutschen Kommunalfinanzen gewartet, die heute schon zitiert wurde. Einer der Kernsätze in dieser Studie lautet: Die Finanzlage der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das haben wir schon einmal gehört!)

- Ich verdeutliche es, Herr Dr. Wengert, damit es wirklich in alle Köpfe hineinkommt; denn die Studie ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Kommunen bei uns in Bayern wirklich umfangreich und wirksam unterstützt werden. Herzstück des Ganzen ist der kommunale Finanzausgleich, der in diesem Jahr die Schallmauer von acht Milliarden Euro durchbricht

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

und dazu beiträgt, dass die finanziellen Unterschiede der einzelnen Kommunen ein Stück weit ausgeglichen werden. Sogar der Oberbürgermeister aus Nürnberg, Ihr Parteikollege, bestätigt, dass der kommunale Finanzausgleich ein solides Ergebnis ist, und der Gemeindetagspräsident Uwe Brandl, den ich sehr schätze, der aber auch ein sehr kritischer Geist ist, zeigt sich mit dem zufrieden, was gelungen ist, nämlich – ich zitiere – das bereits erfreuliche Ergebnis des Jahres 2013 zu übertreffen. Wenn das selbst der Gemeindetagspräsident sagt, ist uns, glaube ich, meine Damen und Herren, wirklich ein großer Wurf gelungen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie sind doch Lehrer! Was ist denn "zufrieden"?)

- Herr Dr. Wengert, Sie kennen die Prüfungsorgane in den Kommunen, und diese sind immer sehr froh, wenn sie ein "Zufrieden" erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das A und O für eine gute Zukunft jeder Kommune sind Familie und Kinder. Wir sorgen deshalb dafür, dass in jeder Gemeinde und in jeder Stadt Familien noch leichter zwischen den für ihre Kinder am besten geeigneten Betreuungsangeboten wählen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): G 8 oder G 9!)

Ich möchte betonen, dass wir mit unserem bayerischen Sonderinvestitionsprogramm bereits so viel Geld wie kein anderes Land in den Krippenausbau investiert und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessert haben. Aber nicht nur die Betreuungsquantität ist uns wichtig, sondern vor allem auch die Betreuungsqualität. Deswegen haben wir den Betreuungsschlüssel gesenkt, und deswegen übernimmt Bayern auch über 50 % der öffentlichen Nettoausgaben bei der Kinderbetreuung. Da sind wir an der Spitze aller Bundesländer in Deutschland. Herr Mistol, ich spreche das an, weil Sie gesagt haben, der Freistaat schafft an, bezahlt aber nicht. In diesem Fall sind wir Spitze im Vergleich aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Auch das Bildungsangebot ist ein zentraler Schlüssel für die Kommunen in Bayern. Nach dem Slogan "Kurze Beine, kurze Wege" haben wir eine Garantie für rechtlich selbstständige Grundschulen ausgesprochen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Mit welchen Lehrerstellen?)

Wir haben auch vor, das Ganztagsangebot bedarfsgerecht und möglichst flächendeckend auszubauen. Hier ist es meines Erachtens kein Manko, Herr Kollege Mistol, wenn wir eine Vielfalt haben; denn Vielfalt kann auch eine Bereicherung sein, weil für jeden das geeignete Angebot geliefert werden kann. Auch hier lässt der Freistaat die Kommunen nicht im Regen stehen; denn die staatlichen Zuweisungen für die kommunalen Hochbaumaßnahmen werden erhöht.

Wir bleiben aber nicht bei den Schulen stehen, sondern gehen weiter zu den Hochschulen und Universitäten. Hier verfolgen wir seit vielen Jahren die Strategie, Forschung und Lehre in alle Regionen Bayerns zu bringen, um Innovation und Entwicklung speziell im ländlichen Raum zu fördern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir kümmern uns aber nicht nur um Kinder und Familien, sondern besonders auch um diejenigen, die mit ihrer Arbeit unseren heutigen Wohlstand ermöglicht haben, nämlich unsere Seniorinnen und Senioren. Unser Ziel ist es, dass Menschen in jeder Kommune im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Um das schaffen zu können, müssen aber vor Ort mehr altersgerechte Wohnformen wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser und Gruppenwohnungen in Haus- und Wohngemeinschaften geschaffen werden. Deshalb fördert der Freistaat den Aufbau von Sozialgenossenschaften mit bis zu 30.000 Euro je Gründung. Außerdem wollen wir Bayern mit einem Sonderinvestitionsprogramm barrierefrei gestalten und dadurch eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben für alle Menschen ermöglichen.

Besonders für unsere älteren Menschen, doch auch für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern ist eine wohnortnahe ambulante und stationäre medizinische Versorgung von allergrößter Wichtigkeit. Deshalb geben wir finanzielle Anreize zur Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum, auch wenn wir wissen, dass die Ärztedichte in Bayern die beste aller Flächenländer in Deutschland ist, weil uns eben, lieber Kollege Wengert und liebe Kollegin Schweiger, allein der Durchschnitt nicht reicht. Selbst da, wo wir durchschnittlich sehr, sehr gut dastehen, wollen wir weitere Verbesserungen erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Die Krankenhausfinanzierung – sie betrifft insbesondere die Städte und Landkreise sehr stark – soll auf dem gleich hohen Niveau wie bisher weitergeführt werden. Rund 134 größere Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro stehen hier momentan an. Wie Sie wissen, leben die Bayern im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt gesünder und

länger. Wir wollen mit einem bayerischen Präventionsplan der Vorsorge einen noch größeren Stellenwert als bisher geben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, starke Kommunen brauchen auch eine starke Infrastruktur. Deswegen haben wir die Fördermittel der FAG-finanzierten kommunalen Straßenbau- und Unterhaltsmaßnahmen auf rund 300 Millionen Euro erhöht. Aber nicht nur Straßen sind wichtig, sondern auch Datenautobahnen. Um den ländlichen Bereich rasch mit schnellem Internet zu versorgen, wollen wir Verbesserungen beim Breitbandausbau vorantreiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Endlich! Höchste Zeit ist es geworden!)

Die Mittel dafür wurden von 2012 bis 2014 auf insgesamt eine halbe Milliarde Euro erhöht. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen weiter unterstützen, indem wir das Förderverfahren deutlich vereinfachen und die Förderung um 20 Prozentpunkte auf bis zu 80 % erhöhen. Der Förderhöchstbetrag wird auf bis zu einer Million Euro pro Kommune angehoben. Darüber hinaus wird die Beratung ausgebaut. Künftig soll jeder Landkreis einen Breitbandmanager bekommen. Dadurch reduziert sich der Arbeitsaufwand für die Kommunen erheblich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fünf Jahre lang macht ihr das schon!)

Denn künftig entscheidet die Kommune selbst, wo der Ausbau erfolgen soll, und man muss keine Bedarfsermittlung mehr durchführen.

Auch versuchen wir, die Kommunen mithilfe von Abschlagszahlungen im Zuge des Baufortschritts weiter zu unterstützen, damit sie nicht mehr komplett vorfinanzieren müssen. Unser Ziel ist es, in Bayern ein flächendeckendes digitales Hochgeschwindigkeitsnetz zu schaffen und damit in den Kommunen Arbeitsplätze von morgen zu sichern.

Seit dem Jahr 2006

(Thomas Gehring (GRÜNE): Praktisch seit gestern!)

leben mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. Die Prognosen der UNO zeigen ganz klar: Der Anteil der städtischen Bevölkerung wird bis zum Jahr 2030 auf 60 % steigen. In entwickelten und bereits stark urbanisierten Ländern werden bis zum Jahr 2030 über 84 % der Menschen in Städten leben. In Bayern ist dieser Trend zur Verstädterung erfreulicherweise nicht so weit fortgeschritten. Über 8 Millionen Menschen und damit rund 60 % der bayerischen

Bevölkerung leben noch im ländlichen Raum. Deshalb ist es seit Langem die Politik der CSU, für alle Menschen in unserem Land die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierbei hat die Dorferneuerung einen großen Anteil.

Wir haben es heute schon einmal gehört: 1.200 Dorferneuerungsmaßnahmen laufen derzeit in Bayern. Hieran sind 650.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt, die sich ehrenamtlich engagieren. Mit Fördermitteln in Höhe von 60 Millionen Euro wird ein Vierfaches an Investitionsvolumen ermöglicht, das vor allem den Betrieben vor Ort Aufträge bringt; denn uns ist es natürlich wichtig, dass vor Ort Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Damit ist die Dorferneuerung zu einer echten Bürgerbewegung für den ländlichen Raum geworden.

Dass unsere Dörfer in Bayern vital und attraktiv sind, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern mittlerweile auch in Europa die Ausnahme. So ist die Landflucht in Spanien, in Italien und in Frankreich leider Alltag. Man hat sich schon lange daran gewöhnt, dass vor allem junge Menschen in die Ballungsräume ziehen. Die heutige Regierungserklärung unseres Staatsministers Joachim Herrmann hat deutlich gezeigt, dass auch der ländliche Raum in Bayern Zukunft hat, wobei – das will ich nicht verschweigen – es auch bei uns erhebliche regionale Unterschiede gibt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es gemeinsam – Staat, Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger – schaffen werden, den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Dafür brauchen wir starke Kommunen und ein starkes Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Adelt das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Staatsminister Herrmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aller guten Dinge sind drei: Es spricht nun der dritte ehemalige Bürgermeister. Alles klasse, alles prima! Nichts anderes habe ich von der Regierungserklärung erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Toll, was?!)

Doch ich muss ausreichend Wasser in den Wein gießen. Die Einnahmen der Städte und Gemeinden haben sich im Jahr 2013 deshalb verbessert, weil es der Industrie, dem Handwerk und dem Gewerbe besser geht und sie genügend verdienen. Wenn nicht jetzt, wann dann soll sich die Einnahmesituation ver-

bessern? Denken wir zehn Jahre zurück, als uns Stoiber in den Gemeinden "rasiert" und die Mittel erheblich zurückgefahren hat. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung bei den Kommunalfinanzen.

(Beifall bei der SPD)

Paul Wengert hat es deutlich gemacht: Der Sanierungs- und Investitionsrückstau geht in die Milliarden. Viele kommunale Haushalte sind Spitz auf Knopf genäht. Es gibt viele prekäre Haushalte in den Kommunen und auch in den kommunalen Unternehmen, und diese lässt man viel zu oft außen vor.

Eine Anfrage beim Innenministerium über nicht genehmigte Haushalte der letzten zehn Jahre hat zutage gebracht, dass es diesbezügliche Zahlen erst seit vier Jahren gibt. Bei der Anzahl der Verweigerungen der Haushaltsgenehmigungen der letzten beiden Jahre ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen. So wurde im Haushaltsjahr 2012 15 Gemeinden der Haushalt verweigert, davon 14 Gemeinden in Oberfranken. Im Jahr 2013 waren es immer noch 11 Gemeinden, davon 10 Gemeinden in Oberfranken. Der Haushalt eines Landkreises hat keine rechtsaufsichtliche Genehmigung erhalten.

Viele Landkreise und Gemeinden haben deshalb Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen angemeldet, aber die benötigten Beträge nicht vollständig erhalten. 30 von 71 Landkreisen haben Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfe in Höhe von 36 Millionen Euro angemeldet, gewährt wurden nur 18,5 Millionen Euro.

Bei den Städten und Gemeinden gab es 88 Anmeldungen in Höhe von 52,3 Millionen, bewilligt wurden nur 4,6 Millionen Euro. Bei der Stabilisierungshilfe, einem Instrument des letzten Jahres, gab es 116 Anmeldungen in Höhe von 99,8 Millionen Euro, gewährt wurden nur 70,8 Millionen Euro.

Der Selber Oberbürgermeister Pöttsch hat in der "Frankenpost" das 100-Millionen-Programm als Moggelpackung bezeichnet; denn dieser Betrag aus der Verbundmasse stand nicht mehr für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung.

Kollege Lederer hat den kommunalen Finanzausgleich als hervorragend gelobt. Ich kann dies nicht tun. Wenn schon, dann muss man den Kollegen Uwe Brandl vollständig zitieren. Er hat Kritik daran geübt, dass in diesem kommunalen Finanzausgleich die Stadt München mehr Geld erhalten hat.

Es ist gut, dass jetzt ein Gutachten beim FiFo, beim Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut Köln, in Auftrag gegeben wurde.

(Zuruf von der CSU)

- Zumindest nach Forchheim nicht so viel. – Ich habe nur den Kollegen Brandl vollständig zitiert.

(Zuruf von der CSU: Ist schon in Ordnung!)

Der kommunale Finanzausgleich muss auf den Prüfstand, und ich hoffe, dass den Ankündigungen auch Taten folgen.

Die Entschuldung von Städten und Gemeinden mit prekären Haushalten muss unverzüglich erfolgen. Ich nenne hierzu ein Beispiel: Vielen Städten und Gemeinden im Fichtelgebirge geht es genauso wie dieser Stadt Nordbayerns. Hier wurde von der Rechtsaufsicht eine haushaltslose Zeit bis mindestens 2016 prognostiziert. Die dauernde Leistungsfähigkeit kann hier nicht bestätigt werden. Nach Artikel 69 der Gemeindeordnung entscheiden in dieser haushaltslosen Zeit der Oberbürgermeister und die Rechtsaufsicht über den Haushalt. Die Stadträte kommen eigentlich nur, um den Haushalt zu verabschieden und die regulären Satzungen, aber mit dem Hohelied der kommunalen Selbstverwaltung, hinter der ich voll und ganz stehe, hat das nichts zu tun und ist somit für die Katz.

(Beifall bei der SPD)

Die freiwilligen Leistungen an die Vereine müssen in solchen Fällen auf ein Mindestmaß heruntergefahren werden und stehen immer wieder auf dem Prüfstand. Das widerspricht ganz klar dem Ansehen des Ehrenamtes. Denn was ist ein Ehrenamtler, der in einer reichen Gemeinde tätig ist, in der es ordentlich Zuschüsse gibt, und was ist das Ehrenamt in einer Gemeinde, in der die freiwilligen Leistungen gekürzt werden? Das ist eine enorme Ungleichbehandlung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Zurück zum Kollegen Hans Herold aus Mittelfranken. Kollege Herold hat Paul Wengert nicht verstanden. Wir wollen nicht nur schimpfen, denn das bringt nichts, sondern wir legen den Finger in die Wunde. Ich sage es ganz deutlich: Wir leben gern in Bayern, in Oberfranken und im Frankenwald. Seit 57 Jahren lebe ich dort, trotz schwieriger Zeiten. Ich werde, so Gott will, auch in den nächsten Jahren dort wohnen, egal, was passiert.

Dass die Finanzausstattung in Mittelfranken hervorragend ist, das gönne ich euch von Herzen. Bei uns in Oberfranken schaut es nicht so gut aus. Als ehemaliger Bürgermeister hatte ich die Schnauze voll davon, dass die Rechtsaufsicht immer wieder gesagt hat: Nein, das dürfen Sie nicht machen, Sie dürfen die

Fördermaßnahme nicht machen, die Eigenmittel fehlen. Es reicht! Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich gerne einen seltsamen Vorschlag von Finanzminister Söder kommentieren, von einem wichtigen Mann, der heute leider nicht hier ist. –

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Herr Kollege, der Herr Staatsminister ist krank gemeldet. Vielleicht erkundigen Sie sich vorher einmal. Dann weiß man, wie man reagieren soll.

(Beifall bei der CSU)

Klaus Adelt (SPD): Okay. Das steht jedem zu. –

Präsidentin Barbara Stamm: Und im Übrigen: Denken Sie an Ihre Redezeit!

(Beifall bei der CSU)

Klaus Adelt (SPD): Meine Rede ist gleich zu Ende. – Das Solidarpaket soll um 18 Milliarden Euro gekürzt werden. –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Neun Milliarden Euro sollen in strukturschwache Räume in Ost und West fließen. Da verstehe noch einer die Welt. Erst müssen wir das Solidarpaket in den Gemeinden mit Krediten finanzieren, jetzt bekommen wir es Stück für Stück zurück. Ich kapiere das nicht.

Wir brauchen einen Entschuldungsfonds und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, und zwar jetzt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die FREIEN WÄHLER: Kollege Muthmann. – Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Starke Kommunen – Starkes Bayern – Starke Zukunft" als Überschrift, hohe Erwartungen von unserer Seite an diese Regierungserklärung. Sie haben diese Erwartungen allerdings nicht erfüllt.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, stellen Sie sich vor, ein Arzt spricht über seine Patienten: Manche sind bekanntermaßen topfit, manche kränkeln ein

bisschen, aber es gibt auch Schwerkranke. Sie befassen sich dann mit dem Durchschnitt, mit Eckdaten, mit Rahmenbedingungen. Das reicht nicht aus. Wir räumen ein und wissen selbst, dass die Gesamtentwicklung Bayerns, wenn man sie mit Berlin oder Detroit vergleicht, wie wir heute schon gehört haben, als durchaus gut erscheint.

Wenn man Verantwortung für Bayern trägt, genügt es aber nicht, sich nur mit Durchschnittsdaten und -werten zu befassen und auf Berlin oder Detroit hinzuweisen, um sich damit zu beruhigen. Man muss sich auch mit den Schwerkranken befassen, die dringend Hilfe brauchen. Genau sie erwarten bei solchen Erklärungen erstens konkrete Diagnosen und zweitens Therapien. In dieser Regierungserklärung haben wir aber allenfalls vage Hinweise darauf erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben in einer Passage von problematischen Regionen gesprochen und haben sie aufgezählt, allerdings nur solche in Oberfranken und der Oberpfalz. Ich will aus niederbayerischer Sicht darauf hinweisen, dass es auch im Bayerischen Wald massive Strukturprobleme gibt, die Ihre Aufmerksamkeit durchaus ebenso verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass wir jetzt die problematischen Dinge herausgreifen, ist erstens unsere Aufgabe und zweitens den Erwartungen derer geschuldet, die nicht zu den besonders Begüterten, nicht zu den wirtschaftsstarken Regionen, nicht zu den Meistverdienern bei der Gewerbesteuer gehören. All jene, die Schwierigkeiten haben, die Entwicklungsrückschritte hinnehmen müssen, die mit der Entwicklungsgeschwindigkeit der Ballungsräume und der Starken nicht mithalten können, erwarten von der Bayerischen Staatsregierung, vom Innenminister und den anderen zuständigen Ressorts eine Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um das zu dokumentieren und deutlich zu machen, will ich aus der Popularklage von Kommunen gegen den kommunalen Finanzausgleich zitieren. Das sind von CSU-Bürgermeistern geführte Kommunen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Da gilt nicht Pars pro toto. Ich sage das, um deutlich zu machen, dass es tatsächlich Kommunen mit existenziellen Schwierigkeiten gibt. Ich zitiere:

Die Antragsteller sehen sich seit Jahren einem die finanziellen Grundlagen der Selbstverwaltung

aller kommunalen Ebenen zerstörenden Erosionsprozess ausgesetzt, der seinen Ausgang von den schwindenden Einnahmen und den steigenden Ausgaben ... nehme. Freiwilligen Aufgaben sei damit weitgehend der Boden entzogen; ...

Auch solche Kommunen haben wir in Bayern. Denen sollte mehr Geld anstatt des einen oder anderen vagen Versprechens gegeben werden. Da müssen Sie schon konkreter werden.

Uwe Brandl, der heute schon mehrfach zitiert wurde, sagt:

Hier läuft etwas falsch. Denn eigentlich sollten die unterstützt werden, die es nötig haben, und nicht die, die vor Kraft kaum laufen können.

Die Stadt München darf bei den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2014 53,5 Millionen Euro erwarten. Auch andere, die im Vorjahr massiv Schulden abbauen konnten, erhalten aus den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2014 viel Geld. Mit diesem Hinweis darf man vom Innenminister eine Klarstellung einfordern, wie die Korrekturen aussehen sollen. Es fehlt Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Kommunen. Diese Schlagseite muss beseitigt werden. Die vage Ankündigung, die Struktur von Schlüsselzuweisungen werde verändert, ist uns zu wenig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Paul, schönen Dank dafür, dass auch du meiner Meinung bist.

Diese Korrektur wird nicht ohne Schmerzen möglich sein. Wenn wir die Wohlfühlpolitik des Ministerpräsidenten als Grundlage nehmen, wird es die notwendigen Korrekturen nicht geben können. Gestaltungswille und Gestaltungskraft sind Voraussetzungen, um zu den notwendigen Veränderungen, notfalls auch gegen Widerstände, zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch zu ein paar Einzelfragen betreffend die Infrastruktur Stellung nehmen. Das Thema Breitband ist schon gestreift worden. Wir haben für das, was Sie aktuell angekündigt haben, wieder keine Genehmigung aus Brüssel. Das Förderprogramm mit der verbesserten Höchstförderquote von 90 % und der maximalen Fördersumme von einer Million Euro ist derzeit noch nicht nutzbar. Wir erwarten die Genehmigung im Laufe dieses Jahres. Die Staatsregierung hat erklärt, sie soll im Frühjahr kommen. Das Frühjahr dauert immerhin noch bis zum 20. Juni. Die Kommunen, die die Förderung brauchen, sind in ihrer Entwicklungsmög-

lichkeit wiederum eingeschränkt. Es geht nichts vorwärts. Das Fördervolumen von 1,5 Milliarden Euro soll glänzen und darüber hinwegtäuschen, dass die Anwendung dieses Programms wieder nicht in die Gänge kommt.

In dem Zusammenhang darf ich noch einmal an unsere Anregung erinnern, dass der Staat beim Thema Breitband endlich selbst Verantwortung übernehmen sollte, und zwar nicht nur durch die Förderung von Kommunen, sondern durch eine Entscheidung, den Freistaat in seiner gesamten Fläche mit Glasfaserhauptsträngen als Hauptverkehrsachsen zu versorgen und seine staatlichen Gebäude und die Gebäude, in denen öffentliche Aufgaben erfüllt werden, daran anzubinden. Dann hätten wir die Substanz und die nötigen Grundlagen und bräuchten keine Förderprogramme abzuwarten. Wir könnten den Kommunen dann die Feinverteilung überlassen. Auch beim Thema Breitband verliert der ländliche Raum im Wettlauf der Regionen weiterhin an Boden. Sehr geehrter Herr Staatsminister, Eile ist dringend angesagt.

Zum Thema ÖPNV – öffentlicher Personennahverkehr. Dort tut sich auch zu wenig. Dies gilt auch für die Erstattungsquoten bei der Schülerbeförderung. Wir hatten einmal von 80 % geträumt – früher gab es die auch – und tatsächlich einmal 60 % erwartet. Wenn man auf die Ergebnisse sieht, muss man feststellen, dass bei den Kommunen, die diese Aufgabe erfüllen, immer weniger ankommt. Auch das trifft wieder besonders die Schwachen, die Starken sehr viel weniger. Die Schere geht weiter auseinander.

Wenn es um ein starkes Bayern geht, um starke Kommunen, kann eine solche Rede eigentlich nicht ohne das Thema Landesplanung und Landesentwicklungsprogramm vernünftig absolviert werden. Leider haben Sie zu diesem Thema überhaupt nichts gesagt. Nein, es ist sogar so, dass sich die CSU-Fraktion am heutigen Tage veranlasst sieht – wir werden am Nachmittag darüber sprechen –, die Staatsregierung mit einem Dringlichkeitsantrag überhaupt in Gang zu setzen, was die Oberzentren und die Mittelzentren angeht. Das ist auch ein Signal dafür, dass es beim Thema Landesentwicklung selbst der CSU-Fraktion zu langsam geht. Das ist an dieser Stelle doch ein Offenbarungseid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Bis zum Herbst letzten Jahres haben Sie sich immer noch auf die FDP hinausreden können. Dies gehört nun auch der Vergangenheit an. Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, ich bin dankbar dafür, dass die CSU-

Fraktion der Staatsregierung jetzt etwas den Marsch bläst und ihr Beine macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zumindest haben Sie angekündigt, sehr geehrter Herr Staatsminister, dass eine kommunale Gebietsreform nicht angedacht ist und stattdessen auf kommunale Zusammenarbeit gesetzt wird. Das ist auch die richtige Antwort. Wir hätten aber doch Konkreteres erwartet, als dass nur allgemein gesagt wird: Das wollen wir weiterhin verstärken. Man muss die Anreize erhöhen, man muss die Förderung erhöhen, um auf diese Art und Weise auch die Kommunen zu mehr Zusammenarbeit zu bewegen.

Das Thema Dorferneuerung ist angesprochen worden. Es ist auch gelobt worden, wie viel Geld darin steckt. Vergessen Sie aber nicht: Es fehlt an Personal. Die Dorferneuerungsmaßnahmen, die in der Tat in der Region sehr hilfreich sind, können nur mit Hilfe des Personals bewältigt werden, das zur Verfügung steht. Da fehlt es eben auch in den Direktionen für Ländliche Entwicklung. Da wäre auch mehr zu tun. Auch dazu hätten die Kommunen mehr als das erwartet, was Sie heute dazu gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wissen in die ländlichen Regionen zu bringen, ist ein guter Ansatz, den wir auch sehr begrüßen. Technologie-Campi in den Regionen, Ausgründungen von Hochschulen und Fachhochschulen in die Regionen sind ein Instrument, das wir unterstützen. Insbesondere geht es um eine Verlagerung in wirtschaftsschwächere Räume. Die Kommunen haben aber kein Geld, das zu tun, was ihnen an dieser Stelle aufgetragen ist, nämlich die Hardware zur Verfügung zu stellen und die Gebäude zu finanzieren. In den Ballungsräumen, in den wirtschaftsstarken Räumen müssen dies nicht die Kommunen tun, sondern dort ist es selbstverständlich Aufgabe des Staates, die Finanzierungslasten zu tragen, während sich der Staat in den wirtschaftsschwachen Regionen zur Erfüllung dieser seiner Entwicklungsaufgabe, auch im Bereich der Wissenschaft, die Gebäude von den Kommunen finanzieren und hinstellen lässt. Auch das ist ein Signal der Schwäche und auch ein Signal fehlender Bereitschaft, für die Schwachen besonders viel zu tun.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich will schon noch einmal deutlich machen, dass vage Versprechungen einfach zu wenig sind. Wir wollen in den weiteren Debatten sehr konkret wissen, was Sie vor allem auch für die Schwachen zu tun gedenken, um die verfassungsrechtliche Verpflichtung, gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit in ganz Bayern herzustellen, auch tatsächlich in die Tat umzusetzen.

Das, was wir heute dazu gehört haben, ist uns noch zu wenig gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte ich mir von der Regierungserklärung erwartet, dass Sie ein vollständiges Bild von Bayern abliefern. Ja, Bayern ist wirtschaftlich stark. Wo aber Licht ist, da ist auch Schatten. Auch die dunklen Seiten soll man ansprechen. An diesen sollten wir arbeiten, damit wir vorwärtskommen, man sollte sich nicht nur im eigenen Erfolg sonnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu nennen sind zum Beispiel die starken Umweltbelastungen, die gerade und insbesondere auch auf den Verkehr zurückgehen, der in Ihrem Sektor und in Ihrem Verantwortungsbereich liegt. Laut dem Bayerischen Landesamt für Umwelt fühlen sich rund zwei Drittel der Bevölkerung vom Lärm stark belastet. Unbestritten ist, dass die Lärmbelastung zu gravierenden gesundheitlichen Folgen führt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Menschen an bestehenden Straßen oder an Neubaustrecken wohnen. Daher verstehe ich nicht, warum es bis heute noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Lärmsanierung an bestehenden Straßen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst letztes Jahr hat die EU-Kommission gegenüber Deutschland unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass in zahlreichen deutschen Städten, darunter auch Augsburg, Nürnberg und München, die derzeitigen Bemühungen zur Luftreinhaltung nicht ausreichen, um die EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid einzuhalten. Auch dabei bräuchten die Kommunen dringend stärkere Unterstützung, um Maßnahmen umzusetzen.

Rund 37 % der in Bayern verursachten CO₂-Emissionen gehen auf den Verkehr zurück. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, brauchen wir neben der Energiewende auch ganz dringend eine Verkehrswende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um diese Verkehrswende einzuleiten, müssten wir den Verkehr von der Straße auf die Schiene verla-

gern. Dies geht aber nur, wenn bei den Investitionen der Schwerpunkt endlich von der Straße auf den öffentlichen Verkehr verlagert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Schweiger hat Ihnen, Herr Staatsminister, ja schon geraten, Sie sollten verstärkt Gespräche draußen im Lande führen. Ich könnte Ihnen auch einen Gesprächspartner nennen. Gehen Sie doch einmal zu Herrn Leupold, Chef des Bayernhafens Nürnberg. Er ist wirklich bemüht, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, hat aber zunehmend Probleme, weil die Kapazitäten auf den Schienenstrecken außerhalb des Hafens nicht ausreichen, um zusätzliche Züge auf die Gleise zu bekommen. Er wartet sehnsüchtig darauf, dass die Strecken Hof – Regensburg und Nürnberg – Marktrechwitz bis hin an die tschechische Grenze endlich elektrifiziert werden, damit Verkehr auf die Schiene verlagert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht angesprochen wurden die stark verlotterten Straßeninfrastrukturen. Bei Bund, Land und Kommunen fehlen jährlich rund 7 Milliarden Euro, allein um die Bestandserhaltung zu garantieren. Die von Ihnen im Koalitionsvertrag in Berlin festgeschriebenen 1,25 Milliarden Euro jährlich sind wahrlich nur ein Sandkorn in den großen Schlaglöchern unserer Straßen. Statt über die Pkw-Maut nur für ausländische Bürger zu spekulieren, die, abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt mit EU-Recht vereinbar ist, einen wahnsinnigen Verwaltungsaufwand verursachen würde, würde ich Ihnen empfehlen, das umzusetzen, worüber Sie sich mit Ihren 15 Landesverkehrsministerkollegen in den anderen Bundesländern einig sind: dass endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die unsere Straßen wirklich abnutzen und für Schäden verantwortlich sind. Weiten Sie endlich die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen aus und senken Sie die Tonnage auf deutlich unter 12 Tonnen.

Herr Kollege Mistol hat es schon angesprochen: Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und auch die Entflechtungsmittel laufen im Jahr 2019 aus. Kümmern Sie sich bitte darum, dass möglichst umgehend eine entsprechende Nachfolgevereinbarung mit dem Bund getroffen wird, damit die Kommunen auch beim Ausbau des ÖPNV Planungssicherheit haben. Kümmern Sie sich darum, dass nicht nur die Ballungsräume profitieren, sondern dass auch die vom demografischen Wandel betroffenen, struktur- und finanzschwachen Kommunen etwas davon haben.

In vielen Kommunen geht es schon lange nicht mehr um den Ausbau, sondern sie haben schon mit der gegenwärtigen Finanzausstattung massive Probleme,

die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Deswegen fordere ich Sie auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Entflechtungsmittel nach 2019 nicht nur fortgeschrieben, sondern auch für Investitionen in den Bestands-erhalt geöffnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, eines haben Sie Ihren Vorgängern voraus: Sie erkennen zumindest, dass unsere grünen verkehrspolitischen Initiativen wirklich gut sind. Sie sind sogar bereit, diese in Regierungshandeln umzusetzen. Erst am Montag haben Sie verkündet, die Stadt-Umland-Bahn von Nürnberg nach Erlangen stärker mit staatlichen Fördergeldern zu bezuschussen und darüber nachzudenken, den Fördertatbestand dahin gehend zu erweitern, dass Straßenbahnen auch ohne eigenen Gleiskörper gefördert werden. Ja, wunderbar!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister, genau das forderten wir GRÜNEN vor einem Jahr in einem Antrag. Dieser wurde aber mit den Stimmen der CSU und der damals im Landtag noch vertretenen FDP leider Gottes abgelehnt. Aber schauen wir einmal, ob die Mitglieder Ihrer Fraktion hinter Ihren Initiativen und Forderungen stehen und unserem Antrag in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses in der kommenden Woche zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Punkt ist noch nicht angesprochen worden: das starke Stadt-Land-Gefälle. Wenn Sie an dem Prestige-geprojekt der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München festhalten, versenken Sie bei geschätzten Investitionskosten von mindestens 2,5 Milliarden Euro im Prinzip einen zweiten Transrapid in der Erde. Das Geld, das durch dieses Projekt über Jahre gebunden wird, fehlt dann anderswo im Land, um eine Vielzahl von kleineren, wesentlich günstigeren, aber genauso dringend notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Schon bisher haben die Planungskosten für die zweite S-Bahn-Stammstrecke weit über 70 Millionen Euro verschlungen. Auf der anderen Seite erklären Sie den Kommunen, in denen die Kommunalpolitiker parteiübergreifend der Meinung sind, dass Bahnstrecken dringend reaktiviert werden müssten, dass sie die Infrastrukturausbaumaßnahmen allein stemmen sollen. Das passt einfach nicht mit dem Grundsatz von gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Landesteilen zusammen. Zusammenfassend kann ich nur noch feststellen: Insbesondere die bayerische Verkehrspolitik ist stark verbesserungswürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt, da es eine zusammenfassende Stellungnahme des Herrn Staatsministers nicht gibt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Über 60 verletzte bayerische Polizeibeamte in Hamburg - Keine Toleranz von Gewalt gegen Polizeibeamte"

Für die heutige Sitzung ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Ich darf für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Florian Herrmann das Wort erteilen.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor Weihnachten haben gewalttätige Randalierer aus der linksextremistischen Szene bei einer Demonstration im Hamburger Schanzenviertel 169 Polizistinnen und Polizisten verletzt, 19 von ihnen schwer. Allein 65 verletzte Beamte sind Angehörige der beiden Einsatzhundertschaften, die aus Bayern nach Hamburg geschickt worden waren.

Mit "Verletzungen" sind in diesem Fall nicht verbale Verletzungen, etwa Beleidigungen, gemeint, sondern solche, die durch Angriffe mit Steinen, Flaschen, Pyrotechnik und sonstigen Wurfgeschossen, zum Beispiel Verkehrsschildern, hervorgerufen wurden. Wir haben deshalb das Innenministerium gebeten, im Steinernen Saal zu Demonstrationszwecken die aus Hamburg mitgebrachten Pflastersteine und die großen Pflasterplatten, aber auch beschädigte Protektoren und einen beschädigten Helm zu präsentieren. Jeder, der nachher in die Mittagspause geht, kann sich das anschauen und überlegen, wie es wäre, wenn er selbst von einem solchen Stein getroffen würde.

Wir haben diesen Skandal zum Anlass genommen, nicht nur einen Berichtsanhtrag für den Innenausschuss zu stellen, um von der Staatsregierung einen Bericht über den Einsatz im Detail zu erhalten, sondern das Thema auch zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde zu machen, weil wir eine öffentliche Debatte über steigende Gewaltbereitschaft und Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten führen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Um es gleich vorweg klarzustellen: Wir bedauern es nicht nur, wenn Polizeibeamte im Rahmen ihrer Dienstausbildung verletzt werden, sondern wir verurteilen es auf das Schärfste, wenn Polizeibeamte gezielt angegriffen und vorsätzlich zum Freiwild von Chaoten werden, die unter dem Deckmantel der Demonstrationen Jagd auf Polizistinnen und Polizisten machen und diesen planvoll Verletzungen zufügen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Dies hat mit dem Demonstrationsrecht, wie es im Grundgesetz niedergelegt ist und wie wir es uns vorstellen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Unsere Botschaft ist: Wir schützen diejenigen, die uns Tag und Nacht, 365 Tage im Jahr, beschützen. Wir stehen hinter unserer Polizei, hinter den über 30.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Vorfälle vom Dezember 2013 sind gravierend. Es geht mir nicht darum, die Einsatztaktik der Hamburger Polizei zu kritisieren oder mit dem Finger nach Hamburg zu zeigen. Wir können froh sein, dass die richtige Strategie der bayerischen Polizei nach dem Motto "Deeskalation durch Stärke" in den vergangenen Jahren erheblich dazu beigetragen hat, dass wir in Bayern keine Berliner oder Hamburger Verhältnisse haben. Das muss aber nicht auf alle Zeiten festgeschrieben sein. Es geht mir vielmehr darum, dieses Phänomen klar zu benennen – das heißt, deutlich auszusprechen, was hier vor sich gegangen ist –, politisch aufzugreifen und gesellschaftlich zu ächten.

Linke Gewalttäter haben eine Schneise der Verwüstung durch das Schanzenviertel und Teile Sankt Paulis geschlagen und auch völlig unbeteiligte Passanten, darunter Kinder, angegriffen. Wir würden diesen Vorgängen nicht gerecht, wenn wir sie nur als Ausfälle einiger herumreisender Krawallmacher verniedlichen würden. Nein, es sind linksextremistische Feinde unserer Verfassungsordnung.

(Beifall bei der CSU)

Gerade die Gewalt gegen Polizeibeamte ist organisiert und planvoll. Die bewusste Verletzung von Polizeibeamten ist nicht ein bedauernder Kollateralschaden nach dem Motto: "Wo gehobelt wird, dort fallen Späne." Das ist also nicht zu vergleichen mit einem Handwerker, der sich auf einer Baustelle bedauerlicherweise einmal verletzen kann. Es handelt sich hierbei vielmehr um eine gezielt verfolgte Strategie von linksextremistischen Akteuren nach dem

Motto: "Auf die Hatz kommt es an, nicht auf den Hasen!"

Alles war gut vorbereitet und wurde planvoll durchgeführt. Oder hat jemand von Ihnen schon einmal ein Straßenschild aus dem Boden gerissen und als Wurfgeschoss verwendet? Oder ist jemand von uns so enthemmt und radikalisiert, mit Pflasterplatten auf Menschen zu werfen? Wie gut vorbereitet das alles war, können Sie sehr gut nachlesen, beispielsweise in einem propagandistischen Pamphlet unter der Überschrift: "HH2112" in dem berüchtigten, vor allem von Linksextremisten genutzten Internetforum linksunten.indymedia.org. Ich zitiere jetzt ausführlich, um die geistigen Zusammenhänge zu verdeutlichen. Dort stehen zum Beispiel zu der Taktik, wie man Beamte verletzt, wörtlich folgende Ratschläge:

Eine Seltenheit – leider –, die Hamburg offen gezeigt hat, ist, dass einzelne verletzte Bullen, ganze Hundertschaften und mehr ein Klotz am Bein sein können. Wenn vier Bullen aus drei Einheiten einen fünften Bullen abtragen müssen und dabei kaum aktionsfähig sind, werden sich ihre Einsatzhundertschaften in der ganzen Zeit nur unwesentlich weiterbewegen können. Solche Situationen kann man nutzen und herbeiführen.

Im selben Dokument – ich zitiere wieder:

Elementar wird es zukünftig sein, noch viel stärkere Einsichten über Gruppendynamiken zu sammeln und diese zu beachten. Rennen (wie auch in Hamburg) mal vier von uns mit Steinen auf Bullenwannen zu, auch wenn diese unter lautem Tatütata auf unsere Barrikaden zurasen, wird das Gleiche passieren wie dort: Unter Angriffen eines ganzen Mobs werden die Pigs

– sprich Polizisten –

panisch anfangen zu rangieren und die übereifrigen Bullenhäufchen, die schon abgesessen sind, werden sich erst in Tiefgarageneingänge verkriechen und dann trotzdem noch ein paar Pflastersteine fressen. ... Hätten Leute aber an dieser Stelle, wie sonst quasi immer, panisch angefangen zu rennen, bevor auch nur irgendetwas passiert ist, wäre es nie zu diesen erwärmenden Szenen gekommen.

Des Weiteren findet sich in diesem Dokument noch folgender Hinweis im Zusammenhang mit dem Bau von Molotowcocktails – Zitat:

Eine Möglichkeit, um wie in Hamburg, am Abend und in der Nacht ... an Zündstoff zu kommen,

könnten Tanks von Autos sein. Zugegebenermaßen sind sie mittlerweile fast immer schlossgesichert und man braucht einen Schlauch und Zeit um sie anzuzapfen. Ein Stoßtrupp Pigs der durch eine Benzinlache rennt und dabei einen Mollifängt wäre aber doch zu schön.

Außerdem heißt es schließlich:

Dann könnt ich auch die Schwächen der Polizeiprotektoren nutzen: Der Hals ist ungeschützt, ein Treffer auf den Kehlkopf ist so gut wie einer auf die Nase! Ebenso sind der Bereich unter den Achseln, die Oberschenkel beidseitig sowie die Kniekehlen ungeschützte, empfindliche Stellen. Gleiches gilt für die Innenseiten der Arme.

Das ist die geistige Anleitung für das, was im Schanzenviertel passiert ist. Diese unverhohlenen Anleitungen und Hinweise müssen uns aufhorchen lassen. Es sind gezielte Handlungsanleitungen für Gewalt gegen Polizeikräfte, die nicht einmal verklausuliert, sondern in aller Offenheit Verletzungs- und sogar Tötungsbereitschaft dokumentieren. Das ist auch kein reines Wunschdenken fehlgeleiteter Sonderlinge, sondern Realität, die sich in den Verletzungen von 65 der rund 200 Beamten widerspiegelt. Eine Beamtin war beispielsweise bewusstlos, weil sie von einer schweren Steinplatte am Helm getroffen wurde. Einem anderen wurde bei der Abwehr eines Steins die Schulter ausgekugelt. Ein anderer trug schwere Augenverletzungen davon.

Perfide ist übrigens auch der Ratschlag in diesem Forum, die Beamten auf dem Heimweg abzapfen und dann anzugreifen. Wörtlich heißt es – Zitat:

Wir halten die Idee für bedenkenswert, Riot-Cops in Zukunft verstärkt zu fotografieren, falls möglich zu identifizieren und zum Beispiel auf dem Rückweg von der Arbeit so zu behandeln, wie sie uns begegnen, wenn sie ihre Uniform anhaben.

Das ist übrigens ein weiterer Grund dafür, warum ich strikt gegen Namensschilder bei geschlossenen Einheiten bin, die in der politologischen Theorie und auch in diesem Haus immer wieder gefordert werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir können es nämlich nicht zulassen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten neben den Belastungen der Einsätze auch noch durch zynische Filmchen im Internet oder durch Bedrohungen der eigenen Person oder ihrer Familien zum Freiwild irregeleiteter Chaoten gemacht werden. Auch das gehört zur Fürsorgepflicht gegenüber unseren Beamten.

Es ist natürlich auch wichtig, die Erkenntnisse aus der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte – jeder Dritte wurde bereits Opfer von Gewalt – in die polizeiliche Praxis einfließen zu lassen. In Bayern geschieht dies schon lange. Die Fort- und Ausbildungen werden ständig weiterentwickelt. Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Ausrüstung zu richten. Beispielsweise haben wir in den geschlossenen Einsatzeinheiten der bayerischen Polizei eine Schlag- und Stichschutzausrüstung sowie einen speziellen Schutzhandschuh zur Verfügung gestellt. Daneben werden die ballistischen Überziehschutzwesten in allen Streifenfahrzeugen um einen Oberarm- und Schulerschutz sowie um einen ballistischen Helm ergänzt. Gerade weil die Chaoten auch auf die Schwachstellen hinweisen, müssen wir nachlegen und werden dies auch im Rahmen des Nachtragshaushalts mit den entsprechenden Mitteln tun, was den Schutz der Polizeibeamten, besonders im Hinblick auf Protektoren, betrifft.

Insgesamt ist es wichtig, auch in der gesellschaftlichen Debatte deutlich zu machen, dass die Akzeptanz unserer Polizei hoch ist. Bei über 1,5 Millionen Einsätzen werden nur bei jedem tausendsten Einsatz Beschwerden vorgetragen. Wichtig ist es, in den Familien und Bildungseinrichtungen deutlich zu machen, dass Gewalt kein Weg zur Lösung politischer Themen ist und dass diejenigen, die uns durch den Einsatz ihrer Gesundheit schützen, unseren Respekt und unser Vertrauen statt unser Misstrauen, verdient haben. Schützen wir gemeinsam und mit aller Entschlossenheit die Sicherheit derer, die uns schützen. Das sollte weiterhin die klare bayerische Linie bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat jetzt Herr Kollege Professor Dr. Peter Paul Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich selbstverständlich, dass jedes Mitglied dieses Hauses diese Gewaltexzesse verurteilt. Gestern haben wir im Innenausschuss beschlossen, dass uns über das, was in Hamburg passiert ist, ein Bericht gegeben wird. Ich wundere mich ein bisschen darüber, dass Sie das Thema noch einmal hochziehen; denn es besteht die einheitliche Meinung in diesem Hause, dass das, was in Hamburg passiert ist, schärfstens zu verurteilen ist – wie überhaupt Gewalt zu verurteilen ist.

Deswegen sage ich gleich zu Beginn: Wir sind gegen jede Gewalt – sei es häusliche Gewalt, sei es Gewalt auf den Fußballplätzen, sei es Gewalt bei den Fans in den Fußballstadien oder sei es Gewalt auf den Schulhöfen. Gewalt ist ein Thema, über das wir sprechen müssen. Das gilt besonders in Bezug auf die Gewalt-

erscheinungen gegenüber der Polizei, die besonders beunruhigend sind. Beunruhigend sind sie vor allem deswegen, weil Beamte oft in einen Einsatz gehen, bei dem sie der Meinung sind, dass das, was die Demonstrierenden sagen, falsch ist. Sie müssen aber trotzdem das Demonstrationsfreiheitsrecht schützen.

Das Allerschlimmste aber ist – das haben Sie leider nicht gesagt –: Wenn Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt wird, ist das eine grundsätzliche Verletzung von Grundsätzen unseres Rechtsstaates.

(Beifall bei der SPD)

Die Geburt des Rechtsstaates erfolgte, als man beschlossen hatte, dass das Gewaltmonopol ausschließlich beim Staat liegen soll, das heißt, dass der Einzelne keine Gewaltmaßnahmen zur Durchsetzung eigener Rechte vornehmen kann. Das Gewaltmonopol des Staates ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wer Polizeibeamte angreift, greift damit den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat an. Das ist das eigentliche Problem.

Was können wir dagegen tun? Ich habe nur gehört, was Sie alles vorgelesen haben. Ich habe es auch gelesen und bin entsetzt. Was können wir aber dagegen tun?

Als Erstes wird von Ihnen immer die Forderung erhoben, die Strafgesetze zu verschärfen. Da kann ich nur sagen: Wir haben § 113 StGB. Ich bin nicht der Meinung, dass wir die Strafgesetze verschärfen müssen. Es tut mir leid, dass kein Vertreter der Justiz anwesend ist, nicht einmal der Landtagsbeauftragte. Ich bin der Meinung, dass oft die Vorschriften vonseiten der Justiz zu wenig angewandt werden. Oft wird nicht scharf genug bestraft, und oftmals werden mildernde Umstände gesucht. Wir müssen in diesem Zusammenhang mit Vertretern der Justiz reden und die Frage stellen, ob dies richtig ist. Vielleicht sollte bei der nächsten Richterbesprechung darauf hingewiesen werden, dass das Gewaltmonopol des Staates berührt wird, wenn der Staat angegriffen wird. Das sollten die Richter berücksichtigen.

Das Zweite ist – auch dazu habe ich nichts von Ihnen gehört –: Wir müssen den Polizeibeamten helfen. Wenn es schon zu den genannten Auswüchsen gekommen ist, wenn es schon zu Verletzungen gekommen ist, dann, lieber Herr Minister, geht es um die rechtliche Anerkennung von Schmerzensgeldansprüchen. Immer noch muss der Polizeibeamte selbst sehen, wie er zu seinem Schmerzensgeld kommt. 50 % der gerichtlich festgestellten Schmerzensgeldansprüche können nicht vollzogen werden. Der Polizeibeamte steht im wahrsten Sinne des Wortes nackt da. Ich bin der Meinung, dass der Dienstherr sich

überlegen muss, in Vorleistung zu gehen. Der Dienstherr macht Forderungen nach Verdienstausfall und Schadensersatz geltend. Warum sollte er nicht im Sinne der Fürsorgepflicht des Dienstherrn im selben Zuge die gerichtlich anerkannten Schmerzensgeldansprüche geltend machen?

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen dieser ganzen Diskussion sollten wir uns über die Ursachen der Gewalt unterhalten, die für die ganze Gesellschaft gelten. Im Internet gibt es viele Gewaltspiele. Ich kenne Spiele, bei denen ist man einfach nur entsetzt, weil die Höchstpunktzahl erzielt wird, wenn ein Polizeibeamter erschossen wird. Dort müssen wir eingreifen. Wir müssen uns mit dem Internet und dessen Gewaltauswirkungen auseinandersetzen. Wir müssen ebenfalls über das Problem Alkohol diskutieren. Alkohol ist Gewalt- und Aggressionsverstärker Nummer eins. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie das bei den Tankstellen aussieht. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie das mit der Sperrzeitverlängerung ist. Ist es wirklich gut, wenn wir nur die Putzstunde als Sperrzeit haben? Wir müssen an die Ursachen herangehen.

Damit komme ich zurück zum Anfang. Gerade gibt es eine neue Studie – der Minister dürfte sie schon kennen – "Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte" aus NRW. Innenminister Ralf Jäger hat sie gerade vorgestellt. Das sind sehr beunruhigende Zahlen. Jeder Polizeibeamte wurde schon einmal bedroht, beschimpft, bespuckt oder geschlagen. Das muss man sich einmal vorstellen: Fast jeder Polizeibeamte hat ein solches Erlebnis gehabt. Dies geschah bei normalen Einsätzen, nicht nur in Hamburg. Dazu gehörten Familienstreitigkeiten, Lärmbeschwerden und Verkehrskontrollen. Die NRW-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmer erklärt haben, dass mindestens drei Viertel von ihnen schon einmal bei einem Einsatz verletzt worden sind. Jeder fünfte Angegriffene musste ärztlich versorgt werden, 10 % wurden krankgeschrieben. Das sind Zahlen, die tatsächlich beunruhigend sind. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges. Der Polizeibeamte ist im täglichen Dienst ganz anderen Angriffen ausgesetzt. Das ist das viel Schlimmere. Es geht nicht nur um Hamburg. Viel schlimmer ist, dass er in seinem täglichen Einsatz immer wieder verletzt, bespuckt und beschimpft wird.

Beunruhigend ist auch, dass im Rahmen der Studie festgestellt wird, dass sich immer mehr unbeteiligte Personen einmischen. Diese fertigen Fotos und Videos an. Obwohl sie nicht beteiligt sind, kommentieren und beleidigen sie den polizeilichen Einsatz. Diese Dinge müssen wir aufbereiten.

Ich komme zum Schluss. Lieber Herr Herrmann, ich bin der Meinung, dass wir im Innenausschuss eben nicht nur über Hamburg sprechen, sondern uns mit der Polizeigewalt im Allgemeinen beschäftigen müssen. Wir haben diesen Bericht aus Nordrhein-Westfalen, den wir zur Grundlage nehmen sollten, wenn wir uns über Gewalt gegenüber Polizeibeamten unterhalten.

Unterm Strich bleibt: Wir sind genauso entsetzt wie Sie und verurteilen die Gewalt gegen Polizeibeamte, aber nicht nur in Hamburg, sondern im Allgemeinen. Wir sind der Meinung, dass ein falsches gesellschaftliches Bild entstehen könnte. Wir müssen dringend gegensteuern.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir alle sind schockiert über das Ausmaß der Gewalt, wie sie sich im Dezember und danach in Hamburg gezeigt hat und zeigt. Jetzt kann man nicht nur davon sprechen, dass extremistische Gewalt nur von rechts ausgeht. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass extremistische Gewalt sowohl von rechts als auch von links unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bedroht. Dem müssen wir uns als Demokraten massiv und mit voller Macht entgegenstellen.

Kollege Professor Gantzer und Kollege Herrmann haben die Vorfälle verurteilt. Dies tut auch unsere Fraktion aufs Schärfste. Ich möchte an das anknüpfen, was Sie gesagt haben: Gewalt gegen Polizeibeamte in Hamburg – ja. Aber: Steigende Gewaltbereitschaft gegen Polizisten gibt es auch in Bayern. Die Berichte liegen uns vor. In der letzten Legislaturperiode haben wir im Innenausschuss darüber debattiert. Herr Professor Gantzer, ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, dass schärfere Gesetze dieses Problem nicht lösen. Sie haben den Widerstandsparagrafen 113 StGB im Bundestag verschärft. Was hilft das bei Körperverletzung? Körperverletzung ist das schwerwiegendere Delikt. Der Widerstand wird von der Körperverletzung konsumiert und fällt bei der Strafzumessung nicht verschärfend ins Gewicht. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir die Körperverletzung gegen Polizeibeamte stärker bestrafen. Dazu hat unsere Fraktion in der letzten Legislaturperiode mehrere vergebliche Anläufe für eine Bundesratsinitiative gemacht. Wir haben gefordert, dass man die einfache Körperverletzung gegen Polizeibeamte als

qualifizierte, als gefährliche Körperverletzung nach § 224 StGB behandelt.

Herr Professor Gantzer, das haben wir genau aus dem Grund getan, den Sie genannt haben. Wenn man einen Polizisten verletzt, ist das auch ein Anschlag auf die freiheitliche demokratische Grundordnung, die als eine qualifizierte Begehungsform eine härtere Bestrafung rechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben noch etwas anderes getan. Das sollten wir an dieser Stelle auch deutlich ansprechen. Seit 2009 haben die FREIEN WÄHLER gefordert, dass der Freistaat Bayern seinen Polizisten Schmerzensgeld zahlt, wenn die Täter mittellos und die Schmerzensgeldansprüche uneinbringlich sind. Das ist ein Teil des Fürsorgeprinzips des Staates. Es ist nicht einzusehen, dass ein Polizist seinen Kopf für uns hinhält und wir, wenn er getroffen wird, anschließend sagen: Dann hast du halt Pech gehabt. Das geht nicht. Deswegen haben wir – dafür bin ich Herrn Kollegen Herrmann sehr dankbar – fraktionsübergreifend am Ende der letzten Legislaturperiode beschlossen, dass der Freistaat Bayern in Vorleistung geht und sich die Ansprüche – so haben Sie es gesagt – abtreten lässt. Die Polizeibeamten sollten ihren Anspruch auf Schmerzensgeld auch realisieren können, wenn der Täter, wie es leider häufig der Fall ist, nicht zahlen kann.

Das eine ist der Beschluss, das andere die Umsetzung. Ich habe am 4. Februar dieses Jahres eine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung gerichtet, ob der Beschluss umgesetzt und wie er umgesetzt wird. Ich kündige jetzt schon an: Unsere Fraktion wird bei den Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt fünf Millionen Euro in den Haushalt einstellen, damit diese Forderungen auch befriedigt werden können. Ich hoffe, dass all diejenigen, die sich heute kraftvoll zu Wort melden, uns hierin unterstützen. Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir mit Worten deutlich Flagge zeigen, aber wir müssen auch Taten folgen lassen. Wir dürfen nicht diejenigen im Regen stehen lassen, die das erleiden müssen.

Ein abschließendes Wort zum Thema "Ausleihen von Polizeibeamten" sei mir noch gestattet. Sicher ist es richtig und wichtig, dass auch wir in Bayern unsere Polizeibeamten anderen Bundesländern zur Verfügung stellen, wenn diese die Kräfte brauchen. Aber es darf nicht sein, dass andere das Personal in ihren Polizeidienststellen zusammenstreichen und wir dann die Feuerwehr spielen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei: Ich weiß nicht, wem diese vier Worte etwas sagen. Die GRÜNEN-Fraktion weiß es: So lautet unser Gründungslogan von 1980. Damit ist für uns klar, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf. Das ist ein eindeutiger, unverzichtbarer und nicht zu relativierender Grundsatz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum sind wir GRÜNEN wegen der Gewaltausbrüche und die Zerstörungswut in Hamburg sehr bestürzt. Sicher wird das Hohe Haus mir darin zustimmen, dass jeder verletzte Polizist und jede verletzte Polizistin genauso wie jeder verletzte Demonstrant und jede verletzte Demonstrantin, egal aus welchem Land er oder sie kommt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

eine beziehungsweise einer zu viel ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichzeitig möchte ich nebenbei meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass Sie, liebe CSU-Fraktion, sich in der Aktuellen Stunde mit Vorgängen beschäftigen, die im letzten Jahr im Dezember in einem anderen Bundesland geschehen sind. Ich frage mich, ob man wirklich bei der Suche nach einem Thema nach Hamburg hatte sehen müssen. Man hätte auch einen Blick nach Miesbach werfen können, wo ein feierwütiger CSU-Kollege von Ihnen sehr viel Geld für verschiedene Partys ausgibt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

- Sie müssen sich nicht aufregen; ich bin durchaus flexibel genug, dass ich auch über Hamburg diskutieren kann. Vor allen Dingen kann ich die Vorgänge etwas differenzierter betrachten; denn nicht alles ist nur schwarz-weiß. Man muss sich mit den Ereignissen genauer auseinandersetzen. Unsere Aufgabe als Parlament besteht darin, zu kontrollieren, ob das staatliche Gewaltmonopol angemessen und verhältnismäßig ausgeübt wurde. Darum finde ich es sehr gut, dass im Innenausschuss über einen Antrag beraten wird, der fordert, dass der Staatsminister über diesen Vorfall berichtet.

Wenn man sich die Situation in Hamburg vergegenwärtigt, gelangt man allerdings jetzt schon zu einer Einschätzung. Die Demonstration ist nicht über Nacht entstanden. Die 7.000 Menschen haben sich ja nicht einfach so eines Morgens versammelt und demonstriert. Die Debatte um die Rote Flora, die Esso-Häuser und die inhumanen Bedingungen der Flüchtlinge wird in Hamburg schon sehr viel länger geführt.

Jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt. Der politische Konflikt wurde nicht politisch gelöst, sondern er wurde buchstäblich auf die Straße getragen. Die Polizistinnen und Polizisten werden dadurch freilich in eine sehr schwierige und unangenehme Lage gebracht. Sie werden automatisch zum Sündenbock und geraten in eine schwierige Situation, weil sie eigentlich nicht die richtige Stelle sind, die die strittigen Probleme lösen kann. In diesem Zusammenhang muss man sich auch fragen, ob die Taktik der Hamburger Polizei, die in enger Abstimmung mit dem Senat angewandt wurde, im Ergebnis eine gelungene war. Dafür genügt es nicht, nur die Vorgänge des 21. Dezember in Hamburg zu betrachten, sondern man muss auch einen genaueren Blick auf die Tage zuvor und danach werfen. Dabei erkennt man, dass schon vorher der friedliche Protest in gewisser Weise diskreditiert wurde. Die Stimmung wurde aufgeheizt. Ich rate immer dazu, dass beide Seiten auch sprachlich etwas abrüsten.

(Karl Freller (CSU): Das Abrüsten empfehle ich Ihnen!)

- Ich sage ja: beide Seiten. Sie müssen sich nicht aufregen. - Gleichzeitig gibt es ein Problem in Hamburg, wenn friedliche Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr trauen, demonstrieren zu gehen und ihre Meinung kundzutun.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Zusammenhang mit dem Einsatz in Hamburg verstehe ich auch nicht, wieso eine zweite Demonstration am selben Tag, an der ungefähr 3.000 friedliche Menschen in einem Block mit dem Namen "Recht auf Stadt" teilnehmen wollten, nicht zugelassen wurde. Darüber können wir im Innenausschuss in Ruhe diskutieren. Das leuchtet mir nicht ein.

Ebenso leuchtet mir nicht ein, warum 40.000 Menschen zu potenziellen Gewalttäterinnen und Gewalttätern gemacht wurden, nur weil sie in einem Gebiet wohnen, das als Gefahrengebiet ausgewiesen wurde, und nur weil vermutet wurde, es könnte weitere Straftaten geben. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, Menschen unter Generalverdacht zu stellen, führt nicht zu einer Beruhigung der Lage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt schließe ich mich aber dem Anliegen an, dass es Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu verhindern gilt. Wie können wir das schaffen? - Dafür gibt es verschiedene Optionen. Wir brauchen einen offenen und konstruktiven Umgang, wir brauchen mehr Transparenz und Kontrolle, wir müssen die politischen Konflikte auch auf politischer Ebene lösen, und wir müssen Deeskalationstechniken anwenden. Wir müssen also auch friedliche Proteste zulassen, sodass Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung kundtun können. Wir müssen auf beiden Seiten sprachlich abrüsten, und wir brauchen eine unabhängige Polizeidienststelle für Gewaltvorfälle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Ich darf jetzt Herrn Kollegen Ländner für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Angesichts des Themas dieser Aktuellen Stunde bitte ich darum, etwas besser zuzuhören. Schließlich geht es um den Schutz unserer Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass heute alle im Bayerischen Landtag bedauern, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hamburg verletzt wurden. Sie wurden massiv geprügelt, Straßenschilder sind geflogen, Pflastersteine sind geflogen, und es gab eine Serie von Verletzungen, zu der Bewusstlosigkeit, schwere Gehirnerschütterung, Netzhautverbrennung, Schulterluxation, Wadenbeinbruch, Sprunggelenksverletzungen, offene Wunden und Hämatome bei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gehören. Ich halte es für äußerst dreist, wenn man diese Vorgänge in einem Atemzug mit einer Geburtstagsfeier im südlichen Bayern erwähnt.

(Beifall bei der CSU)

Sie versuchen, die Vorgänge zu rechtfertigen mit dem Hinweis: Vielleicht gab es keine ausreichende Vorbereitung, vielleicht gab es zu wenig Deeskalation. Diese Frage kann unter Umständen Teil einer politischen Diskussion sein.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Und was tun wir hier?)

Unsere Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen wurden nach Hamburg geschickt, wo sie verprügelt, verletzt und in ihrer Gesundheit massiv beeinträchtigt

wurden. Diese Vorgänge, liebe Frau Schulze, muss man schon beim Namen nennen. Dabei geht es ebenfalls um Tausende von Chaoten, die nichts anderes im Sinn haben, als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu verletzen. Dagegen müssen wir uns wehren.

(Beifall bei der CSU)

Gerade deshalb, lieber Herr Professor Dr. Peter Paul Gantzer, gehört diese Diskussion auch in das Plenum des Bayerischen Landtags. Wir sind Gesetzgeber. Wir sind Dienstherr für die Beamtinnen und Beamten, und es ist wichtig, dass wir im Bayerischen Landtag unsere Solidarität mit den Beamtinnen und den Beamten zum Ausdruck bringen und bedauern, dass sie in Hamburg vorgeführt wurden. Wir werden uns unserem gemeinsamen Ziel nähern, dass der Freistaat als Dienstherr beim Schmerzensgeld in Vorleistung geht. Diskussionen darüber gab es schon vor den Ereignissen in Hamburg. Hierbei sind wir auf einem guten Weg. Auf einem guten Weg sind wir auch bei der Aktualisierung der Schutzausrüstung. Ich bin davon überzeugt, dass wir in den nächsten Wochen, insbesondere im Nachtragshaushalt, hierfür Akzente setzen werden.

Es ist aber auch wichtig, hier im Plenum festzustellen, dass bürgerkriegsähnliche Zustände, wie sie in Hamburg geherrscht haben, für unser Selbstverständnis als Bayerischer Landtag nicht tolerabel und hinnehmbar sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf durchaus die Frage stellen: Können wir es uns aufgrund unserer Fürsorgepflicht, die wir als Freistaat Bayern haben, überhaupt noch leisten, geschlossene Einheiten in andere Bundesländer zu schicken, wenn sie dort solchen Nachstellungen, Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt sind? Auch hierzu darf einmal ein klares Wort gesprochen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir bringen heute unser Bedauern und unsere Solidarität zum Ausdruck. Zum Schluss meiner Ausführungen sage ich ein herzliches Wort des Dankes an die Frauen und Männer in Uniform, die bereit sind, täglich den Rechtsstaat zu verteidigen, und auch dann für den Rechtsstaat einstehen, wenn andere dagegen kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Beamtinnen und Beamten gehört unsere Solidarität. Ihnen gehört unser Dank. Ihnen gehören auch unsere Anstrengungen im Haushalt des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich erteile für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Peter Winter das Wort.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin den Kollegen sehr dankbar, die heute ausführlich in ihren Reden zu unseren Polizistinnen und Polizisten gestanden haben. Ich bin auch dankbar dafür, dass wir uns einig sind: Unsere Polizistinnen und Polizisten schützen unsere Demokratie.

Als überzeugter Demokrat schätze und respektiere ich das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Davon lebt unsere Demokratie. Was ich aber gar nicht schätze, sind Demonstranten, die diese Grundrechte als Deckmantel für Krawall und Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten missbrauchen. Die Gewalttäter in Hamburg haben nicht nur teilweise, sondern ganz gezielt Schwachstellen in der Schutzkleidung unserer Polizisten ausgenutzt, um diese bewusst und vorsätzlich zu verletzen. Das ist eine neue Dimension der Gewalt vonseiten der Chaoten gegen die Beschützer unserer inneren Sicherheit und unserer Grundordnung. Eine so hohe Zahl verletzter bayerischer Polizistinnen und Polizisten hat es bei einer Demonstration seit Langem nicht mehr gegeben. Die zunehmende Gewaltbereitschaft sowie die gezielte und brutale Vorgehensweise der Randalierer sehen wir alle übereinstimmend mit großer Sorge. Die Gewalttäter, denen es nur um die Verletzung von Polizisten geht, müssen hart bestraft werden, und unsere Gesetze – da gebe ich Ihnen recht, Herr Professor Gantzer – müssen angewendet werden, um dieser Gewalt Einhalt zu gebieten.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ja zu friedlichen Demonstrationen zur Meinungsäußerung. Aber zu gewaltsamen Ausschreitungen sage ich Nein; dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Derartige Auswüchse müssen wir bekämpfen. Wir müssen unser demokratisches System schützen. Unsere Polizistinnen und Polizisten, die sich für unseren demokratischen Staat und alle Bürgerinnen und Bürger in Gefahr begeben, verdienen den bestmöglichen Schutz, den wir ihnen geben können. Das ist uns als CSU-Fraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Wir wissen, dass guter Schutz auch Geld kostet, aber das sind uns unsere Polizistinnen und Polizisten wert.

Darum wollen wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen und die Schutzausrüstung unserer Polizei noch weiter verbessern. Die brutale Gewalt bei den Hamburger Ausschreitungen hat uns gezeigt, dass die wenigen Schwachstellen in der polizeilichen

Schutzausrüstung behoben werden müssen. Die Schutzwirkung insbesondere im Bereich der Protektoren muss und kann noch verbessert werden. Für diese Verbesserungen werden wir schon im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2014 sorgen und die dafür notwendigen Mittel bereitstellen - lieber Herr Kollege Pohl -, und zwar das, was gebraucht wird. Da legen wir uns heute nicht auf Summen fest. Wir wollen über eine Fraktionsinitiative die Schutzausrüstung der geschlossenen Verbände der bayerischen Polizei auf ein noch höheres Schutzniveau anheben. Wir sind bereit und werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um bei der inneren Sicherheit weiterhin Spitzenreiter in der Republik zu bleiben.

Mein Fazit lautet: Die Polizisten schützen unsere Demokratie, und wir schützen unsere Polizei.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Staatsminister Herrmann hat für die Staatsregierung um das Wort gebeten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei der CSU-Fraktion sehr herzlich dafür bedanken, dass sie die brutale Gewalt gegen Polizeibeamte heute zum Thema dieser Aktuellen Stunde gemacht hat. Es ist nämlich wichtig, über solche Dinge nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, auch wenn das viele Kilometer von Bayern entfernt stattgefunden hat. Die Angelegenheit hat medial zunächst großes Aufsehen erregt, ist aber dann über die Weihnachtsfeiertage wieder in den Hintergrund getreten. Wir müssen uns in einem solchen Parlament darüber vergewissern, dass das nicht normal werden darf und dass wir nicht bereit sind, uns mit so etwas abzufinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedanke mich bei den Rednern dieser Debatte, bei Herrn Dr. Florian Herrmann, bei Herrn Manfred Ländner, bei Herrn Peter Winter, aber auch bei Herrn Professor Gantzer und zumindest überwiegend bei Herrn Kollegen Pohl, für das, was sie gesagt haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Insgesamt ist eine klare Position zu unserer Polizei deutlich geworden. Die notwendige Solidarität, die die Beamten, die im Auftrag dieses Rechtsstaats für die Sicherheit der Menschen unterwegs sind, ist spürbar. Die Polizistinnen und Polizisten verdienen die Solidarität der Politik, des Parlaments und der Regierung und brauchen sie auch. Es ist - das sage ich aus-

drücklich - selbstverständlich, dass sich die Bereitschaftspolizeien der Länder gegenseitig unterstützen. Danach ist auch die Bereitschaftspolizei bundesweit konzipiert. Wir haben diese Unterstützung erst kürzlich wieder anlässlich der Sicherheitskonferenz in München erfahren, wo eine Vielzahl von Hundertschaften des Bundes und anderer Bundesländer bei uns zur Unterstützung im Einsatz waren. Diese Sicherheitskonferenz ist insgesamt, was die innere Sicherheit anbetrifft, so friedlich wie schon lange nicht mehr über die Bühne gegangen. Wir haben im Lauf der Jahre gute, wirkungsvolle Einsatzkonzepte entwickelt, die dazu führen, dass es offensichtlich viele Chaoten gar nicht mehr als reizvoll ansehen, hier in München anzutreten.

(Beifall bei der CSU)

Keiner kann garantieren, dass das auf Dauer so bleibt. Aber es zeigt, dass der Weg offensichtlich in Ordnung war. Deshalb sind wir natürlich bereit, diese Hilfe zu geben, wenn uns andere Länder darum bitten. Es ist richtig, was Herr Kollege Pohl gesagt hat. Solche Hilfe darf nicht die Folge davon sein, dass andere gar nicht mehr in ihre Polizei investieren. Aber ich denke, die Einsatzlage in Hamburg war so weit klar.

Ich will es deutlich ansprechen, Frau Schulze. Die Richtung, in die Sie diese Angelegenheit in Ihrem Diskussionsbeitrag gedreht haben, ist unsäglich – da mache ich keinen Hehl daraus.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das ist wirklich eine schlimme Entgleisung. Es ist erstens deplatziert, das hier ganz locker-flockig auszuführen nach dem Motto: Da hätte man hier auch über irgendetwas anderes reden können; wozu redet ihr heute überhaupt über dieses Thema?

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aktuelle Stunde!)

- Ja, das ist aktuell. Ich meine schon, dass es aktuell ist, darüber zu reden, wenn Polizeibeamte so behandelt werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie vor allen Dingen dem, was Herr Kollege Florian Herrmann hier ausgeführt hat, etwas präziser zugehört hätten. Er hat nämlich sehr deutlich gemacht, dass es ihm überhaupt nicht um irgendwelche Einsatzsituationen geht, von denen Sie gesprochen haben, und dass es ihm nicht um die Frage geht, was es da vielleicht für ein politisches Umfeld gibt. Es geht uns in Bayern auch nicht

darum, darüber zu befinden, ob alles, was in Hamburg mit der Roten Flora etc. geschehen ist, richtig war oder nicht. Darüber soll die Hamburger Bürgerschaft diskutieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Aber das alles kann niemals Rechtfertigung für Gewalt gegen Polizeibeamte sein. So haben das auch zum Beispiel Herr Kollege Gantzer und andere ausgeführt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aber Sie haben es daran aufgehängt!)

Herr Kollege Florian Herrmann hat hier vor allem ausgeführt, dass, wenn Sie sich informieren, was da eigentlich los ist, Sie sehen, es geht da gar nicht um Demonstrationen zu Sachthemen, an deren Rand es dann vielleicht mal zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Es geht ganz offensichtlich im Kern um Extremisten, die von langer Hand brutale Gewaltangriffe auf Polizistinnen und Polizisten planen und eiskalt durchführen und die das Demonstrationsanliegen, das vielleicht andere mit guten Gründen im Blick haben, zur eiskalten Planung und Exekutierung totaler Gewalt gegen Polizeibeamte missbrauchen.

(Beifall bei der CSU)

Darum geht es. Das ist offensichtlich. Das zeigen auch die Aufnahmen von Hamburg, die Videos und dergleichen. Deshalb müssen wir uns damit auseinandersetzen. Deshalb müssen wir uns in der Tat schützend vor unsere Polizeibeamten stellen. Deshalb ist es wichtig, dass wir dafür Dank sagen, dass sich die Beamten dort hingestellt haben. Mancher Polizeibeamte könnte sich im Innersten sagen: Wozu muss ich in Hamburg in einer solchen Situation für solche Dinge den Kopf hinhalten? Die Beamten haben einen klaren Auftrag bekommen und sind diesem Auftrag nachgekommen. Sie sind auch nicht ausgewichen, sondern haben ihren Auftrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Hamburger Bürgerinnen und Bürger geleistet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür sage ich unseren Polizeibeamten ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Beamten haben nicht nur unser Bekenntnis zur Solidarität verdient; wir müssen Ihnen auch ganz praktisch helfen. Ich möchte in kurzen Worten sagen: Für unsere USK-Einheiten haben wir seit Längerem spezielle Einsatzanzüge und spezielle Körperschutzprotektoren. Das ist gut so. Wir haben aber dabei festgestellt, dass es notwendig ist, auch die übrigen Ein-

satzhundertschaften unserer Bereitschaftspolizei für solche Situationen besser auszurüsten. Damit es keine Missverständnisse in der Öffentlichkeit gibt: Das bedeutet nicht, dass diese Ausstattung in Zukunft der Normalfall sein soll oder dass die Bereitschaftspolizei bei jedem Einsatz in einer solchen Montur auftreten wird. Aber die Beamten müssen diese Ausstattung im Schrank zur Verfügung haben, damit sie, wenn sie zu einem Einsatz kommen, wo Gewalt zu befürchten ist, auf solche Einsatzanzüge zurückgreifen können.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass Sie in den Raum gestellt haben, bei den Beratungen über den Nachtragshaushalt konkrete Mittel für die Nachbeschaffung der entsprechenden Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein wichtiges Signal an die Beamtinnen und Beamten, gerade im Rückblick auf diesen Einsatz und im Hinblick darauf, dass so etwas jederzeit wieder passieren kann. Wir wissen, was am 1. Mai in Berlin abläuft. Dafür müssen wir unsere Beamten gut ausstatten. Vielen Dank für diese klare Inaussichtstellung. Vielen Dank auch dafür, dass dieses Parlament, jedenfalls in seiner großen Mehrheit, heute ein deutliches Signal gegeben hat, dass es an der Seite unserer Polizei steht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Vor der Mittagspause rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Den Antrag der GRÜNEN, "Honig vor Verunreinigung mit Genpollen schützen!", sollten wir nach der Mit-

tagspause aufrufen. Sind Sie damit einverstanden, oder besteht der Wunsch, dass ich diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause aufrufe? – Sie sind damit einverstanden. Dann machen wir jetzt die vorgesehene Mittagspause eine Viertelstunde früher. Ich bitte Sie, um 13.15 Uhr wieder rechtzeitig im Plenarsaal zu sein.

(Unterbrechung von 12.24 bis 13.18 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung wieder auf und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen (Drs. 17/670)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften! (Drs. 17/686)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Güll von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute nur eine kleine Veranstaltung mit den Bildungspolitikern. Das ist aber nichts Seltenes. Wir machen trotzdem in der Tagesordnung weiter, wie der Herr Präsident angekündigt hat.

Ich möchte hier Folgendes feststellen: Seit gestern wissen wir, dass Herr Ministerpräsident Seehofer angekündigt hat, die Causa Lehrerstellen selbst zu lösen, sodass unser Kultusminister Spaenle ab sofort in diesem Hause offensichtlich nur noch die zweite Geige spielen wird.

(Zuruf von der SPD: Bratsche!)

Nicht so genau wissen wir aber weder vom Kultusministerium noch von der Staatsregierung, um wie viele Lehrerstellen es sich insgesamt tatsächlich handelt. Wir wissen nur aus einer Agenturmeldung, dass keine

Lehrerstellen gestrichen werden und dass sie an den Schulen bleiben. Das wissen wir jetzt. Wir wissen auch, dass dies eine Geste gegenüber den für die Bildung Verantwortlichen ist.

Was sind jetzt die Fakten? Versuchen wir noch einmal, die Fakten aufzulisten. Fakt ist zunächst Folgendes: Wollte die Staatsregierung Lehrerstellen einsparen? Damit ist auch Fakt, dass der Herr Kultusminister mit seiner ursprünglichen Ankündigung, 830 Stellen zum August 2014 streichen zu wollen, die Wahrheit gesprochen hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Kein Kommunikationsproblem!)

- Kein Kommunikationsproblem. Er hat einfach gesagt, was Sache ist.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein Glaubwürdigkeitsproblem!)

Fakt ist zweitens, dass die SPD-Fraktion die Lehrerverbände gemeinsam hier im Haus versammelt und ein ganz klares Signal dafür gesetzt hat, dass wir um jede Lehrerstelle so lange kämpfen werden, bis sie gesichert ist.

(Beifall bei der SPD)

Drittens ist Fakt, dass wir immer noch nicht wissen, um wie viele Stellen es sich handelt, weil es dazu noch keine Aussagen gibt. Natürlich sind wir in der SPD auch angesichts der Entscheidung, dass die Stellen bei den Schulen bleiben sollen, erleichtert, weil die Aufgaben, die unter anderem auch Ministerpräsident Seehofer beschrieben hat, offensichtlich eindeutig vorliegen: Ausbau der Ganztagsbetreuung, Anstrengungen zur Inklusion, individuelle Förderung. In unserem Antrag haben wir noch eine Reihe von Gründen nachgeliefert: Abbau der großen Klassen an Realschulen und den Gymnasien. An 1.600 Realschulen und Gymnasien haben wir noch Klassen mit mehr als 31 Schülern. Wir wollen die Unterrichtspflichtzeit der Referendare reduzieren. Wir wollen die Schulleiter entlasten, kleine Grundschulen sichern und einen Demografiezuschlag für den ländlichen Raum bekommen. Diese Liste kann ich fortsetzen. Hier gibt es wirklich Aufgaben.

Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle will ich auch sagen, dass der Staat diese Aufgaben vorgibt. Es sind keine Aufgaben, die die Schulen vorgeben. Das übergibt der Staat, also die Staatsregierung, den Schulen als Auftrag. Daher ist es nur recht und billig, dass der Staat sagt, mit welcher Anzahl von Stellen diese Aufgaben an den Schulen erfüllt werden sollen,

und deshalb ist es dringend notwendig, eine verlässliche Aussage zu diesen Stellen zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Bei all der Freude hier müssen wir fordern – deshalb gibt es diesen Dringlichkeitsantrag -, dass Klartext gesprochen wird, um welche Stellen es sich wirklich handelt. Da aber brauchen wir nur den Haushalt zu lesen, wie es unser Herr Kultusminister auch getan hat. Da kommt man einfach auf 829, 830 Stellen im Jahr 2014. Wenn man genauer hinschaut – das wird der Herr Kultusminister heute sicher bestätigen -, geht es nicht nur um 829, sondern auch noch um die 773 Stellen, von denen im Haushalt eigentlich schon für 2013 angekündigt worden war, dass sie gestrichen sind, deren Streichung aber offensichtlich – so auch der Haushaltsvermerk – bis 2014 vollzogen werden kann, die also noch da sind. Also werden wir bis zum 1. August 2014 tatsächlich über 1.602 zusätzliche Stellen sprechen müssen, die noch bei den Schulen bleiben. Das sind Fakten aus dem Haushalt und ist nicht irgendwie so dahingesagt. Das sind Fakten aus dem Haushalt.

Deshalb ist auch der zweite Teil unseres Dringlichkeitsantrags zwingend notwendig, wonach das Kultusministerium jetzt sagen soll, wer die Stellen umsetzt. Es geht um ein Angebot an die vielen Referendare, die morgen entlassen werden – es werden 630 an der Zahl sein -, und an die 2.000, die jetzt schon auf den Wartelisten stehen. Diesen Lehrerinnen und Lehrern, die vom bayerischen Staat bestens ausgebildet sind, ist ein Angebot zu machen, wie sie in die Stellenbesetzung einbezogen werden können.

Klar ist auch unsere Forderung, dass die Stellen als nachhaltige Planstellen und nicht in Form kurzfristiger Aushilfsverträge für ein, zwei Jahre besetzt werden müssen. Die Aufgaben, die beschrieben worden sind, gehen in die Zukunft. Daher brauchen wir Lehrerstellen in die Zukunft hinein, und das können wir nur über Planstellen lösen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte, dass Sie, Herr Kultusminister Spaenle, uns heute klipp und klar sagen, um welche Stellen es sich handelt, welchen Plan Sie mit den Stellen haben und bis wann das Hohe Haus eine Antwort auf die Frage bekommt, wie Sie die Stellen auf die Aufgaben und auf die Schularten verteilen. Vorher werden wir dieses Thema nicht ad acta legen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich kündige an, dass die SPD-Fraktion dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN zustimmen wird, auch wenn er nur einen Teil unseres Antrags enthält; aber die Richtung stimmt. Also werden wir ihm zustimmen. Ich bitte Sie, auch unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu beiden Dringlichkeitsanträgen eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Nun haben Sie, Herr Kollege Gehring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat eigentlich die CSU-Fraktion oder Herr Seehofer vorgestern entschieden? Denn man hatte uns schon vor zwei Wochen gesagt, dass die Stellen da sind und die kw-Vermerke wegfallen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein reines Kommunikationsproblem war das!)

Das wurde als Kommunikationsproblem bezeichnet. Nein, die CSU und die Staatsregierung haben in den letzten zwei Wochen ein gehöriges Glaubwürdigkeitsproblem und nicht nur ein Kommunikationsproblem offenbart. Nun ist diese Woche beschlossen worden: Die Stellen sind da und bleiben. Das heißt, sie waren weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie waren schon bei den vorletzten Haushaltsverhandlungen weg. Wir, die wir Haushaltsverhandlungen geführt und uns mit dem Haushalt beschäftigt haben, haben schon 2012 gesehen, dass die Stellen weg sind, und wir haben es im Haushalt 2013/2014 gesehen. Bis vor Kurzem haben wir immer gehört, dass die Stellen noch kw-Vermerke haben, aber da bleiben.

Wenn jetzt schon die kw-Vermerke infrage gestellt worden sind und der Kultusminister versprochen hat, dass die Stellen bleiben, offenbart der Beschluss der CSU-Fraktion vom Montag, dass vielleicht die Stellen da waren, aber das Geld weg war. Das Geld hatte der Finanzminister schon in seine Rechnungen einbezogen.

Es war, können wir sagen, ein Erfolg der drei Oppositionsparteien, der Lehrerverbände und der Öffentlichkeit, die gehörig Druck gemacht haben, um durchzusetzen, dass die Stellen und voraussichtlich auch das Geld erhalten bleiben. Vielleicht hatten wir das Glück, dass es bald Wahlen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um Stellen und um viel Geld. Ich verstehe die Haushaltspolitiker der CSU durchaus, die von finanziellen Belastungen sprechen; momentan ist die Rede von 50 Millionen Euro. 50 Millionen Euro sind 800 Lehrerstellen in einem Jahr oder 200 Stellen in vier Jahren, die eigentlich an die Hochschulen gegangen wären. Wenn wir jetzt von 50 Millionen Euro sprechen, bedeutet das die Finanzzusage für ein Jahr. Aber wir haben keine Gewähr, dass die Stellen für die nächsten Jahre finanziert sind. Deswegen unser Antrag, die Finanzierung dieser Stellen im Nachtragshaushalt nachzuweisen und vorzumerken; denn Haushaltspolitik ist langfristige Politik, und eine Haushaltspolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn das Geld langfristig stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Ärger hat in den letzten Tagen gleichzeitig mit dem Thema Stellenstreichungen die Nachricht geführt, dass junge Referendare nicht eingestellt werden. Etwa 80 % der jungen Leute, die jetzt fertig geworden sind, zum Teil mit Supernoten wie 1,0, haben keine Stelle bekommen. Diese Diskrepanz versteht kein Mensch.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag zum einen, auf diese Stellen Referendare einzustellen. Es gibt einen genügend großen Bedarf. Wenn gesagt wird, ein Referendar passt nicht fachlich genau auf eine bestimmte Stelle, muss man erwidern: Wir haben für Lehrerinnen und Lehrer, die Deutsch studiert haben, genügend Arbeit in der Sprachförderung von Migranten und auch in der Sprachförderung am Gymnasium und an Realschulen. Es besteht also nicht das Problem, dass diese jungen Leute nichts tun können. Sie müssen nur eingestellt werden.

Wir fordern in unserem Antrag – darüber haben wir uns im Ausschuss schon unterhalten –, dass die Unterrichtsverpflichtungshöchstzeit für Referendare reduziert wird. Sie müssten 11 Stunden unterrichten, faktisch unterrichten viele Referendare 17 Stunden. Sie rationalisieren sich damit ihre Arbeitsstellen weg und machen die Arbeit, die die Stelleninhaber machen sollten. Deswegen fordern wir in unserem Antrag, diese Unterrichtszeiten zugunsten der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber, die dann mit dem Referendariat fertig sind, zu reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Jahren und Wochen vieles an Trickereien, an Widersprüchen und an Zahlenspielerien erlebt. Deshalb können wir heute nicht zufrieden sein. Wir werden sehr genau schauen, was im Nachtragshaushalt passiert, ob dort kw-Stellen verschoben werden, verschwinden und an anderer Stelle auftauchen. Wir

brauchen für die nächsten Jahre endlich Haushaltsdisziplin und Haushaltswahrheit.

Der Ministerpräsident hat große Ziele verkündet: Ganztagsgarantie, Grundschulgarantie. Wir alle wissen, dass das Stellen kostet. Deshalb erneuern wir unsere Forderung. Die Bedarfe müssen auf den Tisch. Wir müssen wissen, wie viele Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Dann können wir über Politik reden, und dann können wir über die Schwerpunkte reden; denn sonst folgen wir nur den Zahlenspielerien und Trickereien des Kultusministers, und dazu sind wir nicht mehr bereit. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Professor Dr. Waschler von der Christlich-Sozialen Union das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Bildung ist ein Megathema in Bayern, und das ist gut so.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Feststellung über- rascht uns!)

Ich stelle weiterhin fest: Die individuelle Förderung unserer Kinder mit ihren jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten ist unser oberstes politisches Ziel.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha! Seit wann?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt, über den Sie jetzt im Vorgriff debattieren,

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir stellen nur die jetzige Haushaltslage fest!)

ist schon immer ein geeignetes Instrument gewesen, um Akzente zu setzen.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe meinen Vorrednern aufmerksam gelauscht. Ich habe die sogenannten Dringlichkeitsanträge aufmerksam gelesen und mir beim Kollegen Güll ein schönes Wort – das einzige auf meinem Blatt – vermerken können, weil es neu war. Über dieses Wort habe ich mich sehr gefreut, und es lautet: Freude; Freude über die Richtung, die hier passt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Jetzt, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Oppositionsbank – Herr Kollege Rinderspacher, lassen Sie mich doch heute einmal vollständig ausreden. Es freut mich natürlich sehr – das gilt auch für die Opposition –, wenn Erfolg immer wieder einmal viele Väter hat. Aber hier ist es einzig und allein eine Weichenstellung, die die CSU-Fraktion getroffen hat.

(Lachen der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Diese Weichenstellung ist eindeutig darauf bezogen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das glauben Sie wohl selbst nicht!)

dass im Schuljahr 2014/2015 bei aller wüsten Polemik, die Sie hier verbreiten, keine einzige Stelle eingezogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat den Haushalt beschlossen beim letzten Mal? Das war die CSU-Fraktion!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stellen, die aufgrund des weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden – ich nenne hierzu den Fachbegriff "demografische Rendite" –, verbleiben auch für den Rest der laufenden Legislaturperiode im System, sie verbleiben bei den Schulen. Das ist ein Weg in die richtige Richtung.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit ist eindeutige Klarheit bis zum Jahr 2018 geschaffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat die Streichungen beschlossen?)

Wenn Sie fragen, wer das beschließt, Herr Kollege von der SPD-Fraktion, dann sage ich Ihnen: Den Nachtragshaushalt wird das Hohe Haus endgültig beschließen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war doch die CSU! Sie haben doch den jetzigen Haushalt beschlossen!)

Ich bin gespannt, ob die SPD-Fraktion mitstimmen wird. Wir werden das sehr genau beobachten.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Fest steht, dass die CSU-Fraktion weitere wichtige bildungspolitische Ziele an den Schulen erreichen wird.

Es besteht über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit, egal, ob Ganztagsausbau oder Erhalt der rechtlich selbstständigen Grundschulstandorte. Ein weiteres großes Thema sind Inklusion und der Ausbau individueller Lernzeiten. Das alles sind wichtige Punkte, um nur einige zu nennen.

Wir befürworten ausdrücklich etwas für die parlamentarische Diskussion außerordentlich Gutes und Richtiges: Wir werden einen jährlichen Bericht des Kultusministers im Bildungs- und im Haushaltsausschuss über die Verwendung der Stellen, die durch den Schülerrückgang freigeworden sind, erbitten. Wir werden uns Bericht erstatten lassen, ob die von mir genannten Ziele erreicht worden sind, und darüber dann auch debattieren können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Dr. Waschler, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Am Ende, weil sich vielleicht das eine oder andere erledigt. Deshalb möchte ich das insgesamt hier entfalten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wenn Sie, Herr Halbleib, Ihre Meldung aufrechterhalten, dann ist das eine Zwischenbemerkung am Ende der Rede des Kollegen Professor Waschler. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Der zweite Punkt, der bereits angeschnitten worden ist und auf den auch Kollege Güll hingewiesen hat, betrifft die Referendare. Dem Dringlichkeitsantrag hierzu wird seine Fraktion mit den GRÜNEN zustimmen. Ich stelle hierzu klar und deutlich fest – wir hatten darüber auch im Ausschuss entsprechend diskutiert: Wir nehmen jeden einzelnen Fall und wir nehmen jede einzelne Petition sehr ernst. Wir müssen allerdings bei allen Entscheidungen, die wir auf den Weg bringen, immer die Zukunft und die weiteren Jahrgänge im Blick haben.

Deshalb haben wir alle Anträge abgelehnt, die eine Einstellung über den Bedarf hinaus gefordert haben; es wäre nur ein Einmaleffekt. Wir müssen ganz klar erkennen, dass zum aktuellen Einstellungstermin im Februar nur die aktuellen Bedarfe – Pensionierungen, die aktuell sind – gedeckt werden und verschiedene andere kleine Effekte vorhanden sind. Das ist aber nicht vergleichbar mit der Gesamtsituation im Herbst.

Zum Weiteren ist die Situation in den einzelnen Fächerkombinationen am Gymnasium sehr unterschiedlich. Darauf möchte ich im Detail nicht eingehen, da wir es im Ausschuss ausführlich behandelt haben.

Tatsache ist und bleibt: Entscheidend ist der Bedarf. Entscheidend muss es sein, dass wir all denen, die sich im Studium in der ersten Phase der Lehrerbildung befinden, weiterhin verdeutlichen, dass wir in manchen Fächerkombinationen – konkret Deutsch/Englisch – auch dringend den Blick auf die außerschulischen Felder eröffnen müssen, das heißt also in Richtung einer Doppelqualifikation. Hierzu nenne ich als Stichwort: Polyvalenz. Das müssen wir uns noch intensiver anschauen und auch prüfen, inwieweit sich über den Erwerb des Masters an den Universitäten hier das eine oder andere für die, die sich im Studium befinden, noch eröffnet.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir brauchen eine genaue und differenzierte Betrachtung, gern eine umfassende Diskussion im Ausschuss und einen genauen Blick auf die Auswirkungen in der Zukunft; denn unsere Aufgabe ist es nicht nur heute, sondern in den nächsten Monaten und Jahren, die hohe Qualität von Bildung in Bayern auch in der Zukunft zu sichern. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Waschler. – Jetzt hat Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Professor Waschler, ich verstehe ja, wenn's politisch nass hineingeht, dass man sich umso mehr mit einem herausgedrückten Kreuz hier hinstellt und umso lauter deklamiert, was die CSU-Fraktion angeblich schon immer wollte und machte.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest: Die CSU-Fraktion in diesem Bayerischen Landtag hat mit Beschluss des Staatshaushaltes dafür gesorgt, dass 1.600 Lehrerstellen wegfallen. Das ist der Beschluss dieser CSU-Fraktion. Das war der erste Punkt.

Zum zweiten Punkt. Bisher wurde das Problem der Lehrerstellen – so wurde es dargestellt von Ihrem Ministerpräsidenten, den diese Fraktion auch gewählt hat – als Kommunikationsproblem bezeichnet und nicht als Stellenproblem. Es sei kein Beschlussproblem, sondern ein Kommunikationsproblem. Das ist doch der Punkt, der heute zum Vorschein kommt. Wir haben diesbezüglich Druck gemacht, die Lehrerverbände haben Druck gemacht, und auch die Elternverbände haben Druck gemacht. Das ist doch der Grund. Wir haben Sie bei einem Wahlbetrug ertappt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben Sie bei einer Glaubwürdigkeitslüge ertappt. Das ist doch die Wahrheit, die hinter diesem Verhalten steckt. Ich bin dankbar, dass die Korrektur der Fehler jetzt kommt, aber man muss den Zusammenhang sehen. Sie haben bisher das Gegenteil beschlossen und bis vor wenigen Tagen auch noch daran festgehalten, dass alles nur ein Kommunikationsproblem sei. Das ist die CSU, wie sie leibt und lebt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe vorher einen Begriff gebraucht, der auch jetzt wieder passt. Es ist nämlich eine wüste Polemik, die Sie gerade von sich gegeben haben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das ist das Problem der Opposition: Sie sind in der Vergangenheit, wir sind in der Zukunft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das glauben Sie ja selber nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Herr Kollege Professor Waschler. Herr Kollege Dr. Fahn hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Erstens: Ich möchte zum einen bestätigen, was Herr Halbleib gesagt hat, nämlich dass das jetzt von der CSU und vom Ministerpräsidenten zurückgenommen wurde, ist ein Erfolg der Opposition und der ganzen Lehrerverbände, die solch einen Druck gemacht haben. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Das möchte ich hier ganz klar betonen.

Zweitens: Sie haben als Ihre Politik immer ausgegeben, die CSU sei in Bayern für die Erhaltung der Grundschulen. Ich möchte nachfragen: Es gibt 364 unselbstständige Grundschulen. Gilt dieses Versprechen auch für die 364 unselbstständigen Grundschulen in Bayern oder nur für die selbstständigen? Das haben Sie bisher noch nie gesagt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Dr. Fahn. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Fahn, Sie müssen nur hinhören, können es natürlich

aber auch im Protokoll nachlesen. Es steht eindeutig geschrieben, und so habe ich es auch gesagt: Für die rechtlich selbstständigen Grundschulen gilt die Garantie für die Legislaturperiode. Wie Sie darauf kommen, dass das nie gesagt worden wäre, bleibt Ihr Geheimnis.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Waschler. Als Nächster hat Herr Günther Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Waschler, ich bin Ihnen ungemein dankbar. Ich habe jetzt gerade die erste deutliche Aussage und das klare Bekenntnis der letzten Wochen und Monate zum Thema Lehrerstellen von Ihnen gehört;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn Sie haben gesagt, die Schulstellen würden im Schulsystem bleiben. In zahlreichen Debatten im Ausschuss und im Plenum waren nämlich weder Sie noch der Kultusminister in der Lage, hierzu in den letzten Wochen eine Aussage zu machen. Es war ein Herumgeeiere ohne Ende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie nehmen das Wort "Freude" in den Mund und sagen, das habe die CSU bewerkstelligt. Ich muss jedoch ganz klar festhalten: Ohne diesen Teil des Parlaments, ohne die Opposition und den Druck, den wir durch zahlreiche Anträge im Bildungsausschuss und im Plenarsaal ausgeübt haben, würde keine einzige Lehrerstelle bleiben, wo sie jetzt bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der CSU: Das ist doch nicht wahr!)

Wenn ich die letzten Wochen rekapituliere, fühle ich mich, ehrlich gesagt, ein bisschen an die Börse erinnert; denn auch dort geht es um fiktives Geld. Das brauchen wir auch. Aber in unserer Diskussion geht es um die Streichung oder Beibehaltung von Lehrerstellen und um die Zukunft der Referendarinnen und Referendare, die nach fünf Jahren Studium vor dem Nichts stehen. Es geht natürlich auch um die Zukunft der Schülerinnen und Schüler an den bayerischen Schulen. Zunächst hat man mir 371 gekürzte Stellen bestätigt, dann kamen weitere 832 zu streichende Stellen und 196 an die Hochschule zu verschiebende Stellen hinzu. Angesichts dieses Hin und Her kann man bei der Lehrerstellenbörse in Bayern durchaus wie an der Börse von einer hohen Volatilität sprechen,

also von einer großen Schwankungsbreite. Wir hatten also jeden Tag neue sogenannte Leerverkäufe und Luftbuchungen. Wir standen kurz vor dem Börsencrash.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lehrerstellen wurden zu immer anderen Kursen gehandelt. Aber insgesamt kann man, um beim Börsenjargon zu bleiben, von einem "Bärenmarkt" sprechen, nämlich von einem ständig sinkenden Kurs auf dieser Lehrerstellenmarkt Börse.

Fakt ist, dass noch immer der Doppelhaushalt 2013/2014 gilt und dem Hohen Haus noch kein Nachtragshaushalt vorliegt. Wir FREIEN WÄHLER spekulieren ungern. Wir spielen nicht mit dem Geld anderer; ich will das Stichwort Landesbank nennen. Wir spielen nicht mit der Zukunft anderer; Stichwort Lehrerstellendebatte. Denn um wieder auf das Bild der Börse zurückzukommen: Das Schlimmste, was an der Börse und den Finanzmärkten passieren kann, ist der Verlust an Vertrauen. Für diesen Verlust an Vertrauen bei den Eltern, Lehrern, Schülern und Bürgern in Bayern sind allein die CSU und deren Minister Spaenle verantwortlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Eltern, Lehrer und Schüler – wir ohnehin – sind misstrauisch und haben in die bayerische Bildungspolitik kein Vertrauen. Wir FREIEN WÄHLER sind weiterhin sehr, sehr skeptisch. Erst dann, wenn wir im Nachtragshaushalt alle Lehrerstellen tatsächlich schwarz auf weiß gesichert sehen, glauben wir auch Ihre Versprechungen. So haben die beiden Dringlichkeitsanträge von SPD und den GRÜNEN unsere volle Unterstützung; denn beide Anträge haben in etwa die gleiche Schlagrichtung, wie auch verschiedene Anträge von uns in den vergangenen Wochen. Aber meine Bitte ist: Schaffen Sie Vertrauen und Verlässlichkeit für die bayerische Bildungspolitik; denn nur so können wir hier in eine gute Zukunft gehen. Sie sagen, dass die CSU schon dort wäre. Ich habe eher den Eindruck, die CSU träumt noch davon. Stimmen Sie deswegen unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Sache ist ganz klar.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Die CSU-Fraktion hat mit ihrem Grundsatzbeschluss genau das, was ich und viele andere in den letzten Wochen deutlich gemacht haben, gesagt: dass der Haushalt des Jahres 2014 dann abgerechnet werde, wenn der Nachtragshaushalt durch den Beschluss der Mehrheitsfraktion und die damit zusammenhängenden Grundsatzaussagen auf dem Tisch des Hohen Hauses liege. Keine andere belastbare Äußerung haben Sie in den vergangenen Wochen zur Frage, wie in Bayern die Entwicklung der Lehrstellensituation ist und sein werde, gemacht.

Die Grundsatzaussage der Fraktion, die ich ausdrücklich begrüße, nämlich dass wir die gesamte Kapazität der durch den Schülerrückgang rechnerisch frei werdenden Lehrstellen im Bildungssystem belassen, ist für das Schulsystem präzisiert worden. Sie ist mit dieser Präzisierung für die gesamte Dauer der Legislatur noch einmal bekräftigt worden.

(Beifall bei der CSU)

Damit ist also bis zum Ende der Legislatur – das ist eine Festlegung der Regierungsfraktion über zwei Doppelhaushalte hinweg inklusive des noch zur Verabschiedung anstehenden Nachtragshaushalts – für stabile Rahmenbedingungen in der Lehrerversorgung in Bayern gesorgt.

Die Anträge der Kollegen der Opposition sind natürlich im Rahmen der von ihr geführten Debatte zwar nachvollziehbar, aber überflüssig.

(Zuruf von der SPD: Aber von Ihnen losgetreten!)

Die Fraktion hat eindeutig festgelegt, dass zu Beginn des kommenden Schuljahres keine Lehrstelle wegfällt. Mit dieser Präzisierung hat sie den Verbleib der demografischen Rendite in vollem Umfang unterstrichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Professor Piazzolo zu?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ja.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Sie haben gerade von Klarheit gesprochen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr und frage Sie: Es geht heute auch um Lehrstellen, die im Schulsystem bleiben. Mir geht es aber jetzt um die

Stellen an Hochschulen. Dort sollten angeblich 200 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Ich frage Sie – ich bitte um Klarheit -: Wie viele Stellen waren es? Werden diese 200 Stellen wirklich an den Hochschulen eingerichtet, auch wenn die Lehrstellen im Schulsystem bleiben? Wenn diese Stellen an die Hochschulen kommen, hätte ich gerne gewusst: Wie viele Stellen kommen dorthin? Wenn ja, wo und an welche Hochschulen kommen diese Stellen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Piazzolo. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Zunächst legt die Beschlussfassung der CSU-Fraktion fest, dass wir den Bestand an Lehrstellen, der bei etwa 86.600 liegt, zu Beginn des kommenden Schuljahres unverändert fortführen.

Die zweite Frage betrifft die Stellenentwicklung, die im Bereich der Personalhaushalte der bayerischen Hochschulen stattfinden wird. Sie wird sich konkret an der Entwicklung der Studierendenzahl orientieren. Sie wissen, dass wir im Moment die zweite Phase des Hochschulpaktes abwickeln, die im Kern aussagt, dass der Bund und die Länder im Prinzip zu jeweils 50 % die Aufwüchse der Studierendenzahlen in den Ländern unterstützen. Das heißt, Stellenkontingente, die im Haushalt bereits grundgelegt sind, werden mit dem Nachtragshaushalt freigeschaltet. Der abzurufende Bedarf von Hochschulen, der zum jetzigen Zeitpunkt, was das Wintersemester angeht, logischerweise noch nicht erkennbar ist, wird bis zu mehreren hundert Stellen betragen. Das ist das, was ich immer deutlich gemacht habe: Die Planstellen sind dann genau nach dem Bedarf, den die einzelne Hochschule aufgrund der Einschreibezahlen anmeldet, abrufbar und stehen entsprechend dem Stellenaufwuchs im Einzelplan 15 im Stellenplan des Jahres 2015 weiter in vollem Umfang zur Verfügung. Diese Mechanik gilt bis 2017.

Wie Sie wissen, hat die Große Koalition vereinbart, dass man im Prinzip die Pakte fortführen will, weswegen ich davon ausgehe, dass die dritte Phase des Hochschulpaktes mit einer ähnlichen Grundaussage stattfinden wird, nämlich dass wir gemäß der Entwicklung der Studierendenzahlen für die einzelnen Länder entsprechende zusätzliche Planstellenkapazitäten zur Verfügung haben werden. Das heißt, im Einzelplan 15 stehen sowohl jetzt, also im beschlossenen Stammhaushalt, als auch dann durch den Beschluss des Nachtragshaushaltes

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

je nach Entwicklung der Studierendenzahl weiter entsprechend zusätzliche Planstellenkapazitäten zur Verfügung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, entschuldigen Sie, dass ich Sie noch einmal unterbreche. Ich habe zwei weitere Wortmeldungen. Herr Kollege Güll, handelt es sich um eine Zwischenfrage oder um eine Zwischenbemerkung? – Zu einer Zwischenfrage sind Sie der Erste, dann kommt Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Staatsminister, heute ist die Stunde der Wahrheit. Erstens. Wir haben von Ihnen gehört, dass wir Klartext bekommen. Ich frage Sie deshalb noch einmal. Sie sprechen jetzt von der gesamten demografischen Rendite von 2.762 Stellen, also auch von den 773 Stellen, die eigentlich schon letztes Jahr weggefallen sind. Die beziehen Sie hier ganz bewusst mit ein. Können Sie das mit einem klaren Ja beantworten?

Zweitens. Habe ich richtig gehört, dass Sie garantieren, dass diese 2.762 Stellen, also die demografische Rendite der Jahre 2013 und 2014, über die Legislatur bis 2018 bleiben? Garantieren Sie das? Darüber, was mit künftigen Renditen ist, wollen Sie sich heute nicht äußern. Ist dies auch richtig?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Erstens. Im Staatshaushalt des Jahres 2013 beläuft sich der Gesamtsaldo aus zusätzlich eingebrachten Stellen und wegfallenden Stellen auf ein Plus von gut 270 Stellen. Dies ist im Einzelplan 05 für das Haushaltsjahr 2013 zu verzeichnen.

Zweitens. Die demografische Rendite steht für den gesamten Doppelhaushalt nach der Präzisierung des Beschlusses der CSU-Landtagsfraktion ungeschmälert für den Einsatz an den Schulen zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Landtagsfraktion mit ihrem präzisierten Grundsatzbeschluss festgelegt – das wird natürlich in den vor uns liegenden zwei Doppelhaushalten umzusetzen sein –, dass die Kontingente der in den Doppelhaushalten 2015/2016 und 2017/2018 zu identifizierenden Stellen der sogenannten demografischen Rendite, die immer gemäß der aktuellen Schülerprognose zusammen mit dem Finanzministerium und dem Kultusministerium auf eine konkrete Kopffzahl festgelegt wird, in vollem Umfang im Schulsystem verbleiben werden.

Drittens, zur Frage der Situation der Referendare und wie man darauf reagieren möchte: Wir haben eine Si-

uation, wie sie Kollege Waschler beschrieben hat. Wir haben je nach Fachverbindung und Schularten ganz unterschiedliche Absolventenzahlen sowie eine auf der Schülerprognose beruhende Bedarfssituation. Wir haben ein Phänomen, das ich schon vor 14 Tagen angesprochen habe. Einerseits haben wir als eines von drei Ländern noch den freien Zugang zum Referendariat für Absolventen aus allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet, dass auf dem Höhepunkt fast 10 % der Referendarinnen und Referendare an den bayerischen Gymnasien aus anderen Ländern zu uns kamen. Wenn man so will, war das eine negative Mobilität, da in 13 von 16 Ländern ein freier Zugang zum Referendariat nicht gegeben ist.

Auf der anderen Seite haben wir den freien Zugang zum Studium. Es gibt einen einzigen Fall, in dem der freie Zugang zum Studium und zu Lehramtsstudiengängen beschränkt werden darf. Dabei geht es nicht um die Frage der möglichen Verwendungsorientierung, also um die Frage, was der Staat vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers einstellen kann und wird. Das ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Die einzige mögliche Beschränkung des Zugangs zum Lehramtsstudium liegt wie bei vielen anderen Studiengängen allein in der Studienplatzkapazität. Das gibt es in verschiedenen Fällen im Bereich der Grundschullehrämter. Bei allen anderen Lehrämtern ist der Zugang zum Studium aber frei. Deswegen überlegen wir – ich habe das schon angekündigt –, ob man den freien Zugang zum Referendariat eventuell wie in 13 anderen Ländern beschränken sollte, das heißt, dass man aufgrund bestimmter Regelungen, die man in Analogie zu den anderen Ländern treffen müsste, den Zugang zur zweiten Phase, nach welchen Kriterien auch immer, nach der möglichen Bedarfsorientierung plus – in Anführungszeichen – einen Zuschlag oder Ähnliches beschränkt. Das ist ein Schritt, den wir im Moment prüfen.

Außerdem geht es um den Unterrichtsbeitrag der Referendarinnen und Referendare. Bis vor wenigen Jahren mussten die Referendare im Rahmen ihrer Referendarstätigkeit, mit einem Salär abgegolten, 11 Pflichtunterrichtsstunden erbringen. Das ist natürlich Teil der Ausbildung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Pflichtstundenzahl wurde um eine Stunde reduziert. Im Moment werden bis zu 17 Stunden, das heißt sieben Stunden zusätzlich, entgolten. Auch hier wurde in Auftrag gegeben, zu berechnen, was eine Reduzierung um eine, zwei oder drei Stunden an Kapazitäten ausmacht.

Die Frage, wie wir vorgehen, umfasst zwei Aspekte. Aufgrund der sehr, sehr hohen Zahl an Referendaren ist auch die Zahl derer, die den Dienst aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht antreten, relativ hoch. Insbesondere treten solche Referendarinnen und Referendare den Dienst nicht an, die aus anderen Ländern stammen, wenn sie aufgrund von Nachrückverfahren oder Ähnlichem in ihrem Heimatbundesland die Möglichkeit zur Teilnahme an der Referendarausbildung erhalten. Das Problem hinsichtlich der Unterrichtssituation liegt dann darin, dass die Gesamtkapazität, die durch die Referendare erbracht wird, logischerweise einen Teil des Unterrichtsvolumens darstellt. Je mehr Referendare nicht antreten, umso schwieriger ist es, diesen Unterricht, der dann ersetzt werden muss, auszugleichen. Damit verknüpfen wir auch Überlegungen, wie wir die Situation verbessern können.

Insbesondere geht es um das Thema, wie man für eine möglichst große Zahl an Lehramtsstudiengängen den Zugang zu einem Master-Abschluss strukturiert, nicht nur für den Einzelnen, ermöglichen kann. Dies geht bis hin zur Frage, ob das auch für Grundschullehramtsabsolventen und -absolventinnen unter Einbeziehung eines Teils der Referendarszeit möglich ist, wenn dies akademisch begleitet wird. Ein entsprechender Arbeitsauftrag dazu wurde vergeben.

Eine schulartenspezifische Eignungsfeststellung ist an verschiedenen Universitäten möglich. Insofern widmen wir uns auch dem Thema, wie die arbeitsmarktaugliche Nutzung eines Lehramtsstudiums außerhalb der Anstellungsmöglichkeiten verbessert werden kann.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben zwei Wortmeldungen. Die erste stammt vom Kollegen Gehring, der sich schon länger gemeldet hatte. Bitte schön, Herr Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Minister, eigentlich handelt es sich um eine Zwischenfrage. Mit Ihrer Schwabinger Sprachgeschwindigkeit, die ich als Allgäuer uneingeschränkt bewundere, sind Sie ganz schnell zu anderen Themen übergegangen. Ich möchte aber auf den Punkt zurückkommen, bei dem Kollege Piazzolo war, nämlich auf die Stellen, die für den Hochschulbereich vorgesehen waren. Es geht um 200 Stellen. Sie waren schon verbucht und wurden vom Einzelplan 05 auf den Einzelplan 15 umgebucht oder befanden sich zumindest in der Finanzplanung des Finanzministers. Sie haben zwar viel über Bund-Länder-Finanzierung gesprochen, was interessant ist; es stellt sich aber die Frage,

was mit diesen 200 Stellen geschieht, mit denen die Hochschulen schon rechnen konnten. Dies bedeutet 50 Millionen Euro über vier Jahre. Was ist mit diesen 50 Millionen Euro? Werden sie jetzt aus einem anderen Haushaltskapitel genommen, aus einem anderen Etat, oder gehen sie den Hochschulen verloren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich mache noch darauf aufmerksam: Als Nächster hatte sich noch Kollege Hofmann zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Sie haben jetzt aber noch nicht das Wort. Zunächst antwortet der Staatsminister auf den Kollegen Gehring. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Die 196 Stellen sind, wenn Sie so wollen, Teil der demografischen Rendite, zu deren Verbleib im Schulsystem die CSU-Fraktion einen klaren Beschluss gefasst hat.

Die Entwicklung der Stellenzahl an den Hochschulen wird bis 2017 durch den Hochschulpakt geregelt, sofern es um studienplatzabhängige Stellenzuweisungen geht. Insofern geht den bayerischen Hochschulen keine einzige Stelle verloren. Ich habe schon vor zwei Wochen die Aussage getroffen, dass durch die Entsperrung im Nachtragshaushalt jene Mittel, die in den Doppelhaushalt bereits eingestellt sind und die im Zusammenhang mit der Bund-Länder-Finanzierung Bayern zur Verfügung stehen, es uns ermöglichen, bis zu 400 zusätzliche Planstellen zu schaffen – entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahl und der Abrufung durch die einzelnen Hochschulen und zusätzlich zu der Mehrung, die laut Doppelhaushalt ohnehin vorgesehen ist.

Die Verhandlungssituation ist komplex. Das Kontingent für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird in Verhandlungen zwischen Hochschule Bayern e. V. und dem Wissenschaftsministerium bestimmt, der Anteil der Universitäten zwischen Universität Bayern e. V. und dem Wissenschaftsministerium ausgehandelt. Dann ist das zur Verfügung stehende Kontingent klar.

Entsprechend klar noch einmal die Antwort: Die Beschlüsse, die die Fraktion gefasst hat, werden mit entsprechenden Planstellen, die nicht einmal befristet sind, und Mitteln dauerhaft unterlegt, wenn das Hohe Haus so entscheidet.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Herr Kollege Hofmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Herr Minister, ich bin relativ neu in diesem Haus. Deswegen habe ich folgende Frage: Der Antrag der SPD-Fraktion sieht vor, die Staatsregierung aufzufordern, Lehrkräften ein Stellenangebot zu machen. Sind Sie mit mir der Meinung, dass es ein relativ seltsames Verständnis von Parlamentarismus ist, die Staatsregierung aufzufordern, Angebote zu unterbreiten, bevor ein Nachtragshaushalt verabschiedet, geschweige denn beraten worden ist, das heißt, bevor wir überhaupt die finanzielle Grundlage geschaffen haben?

(Inge Aures (SPD): Man merkt, dass er neu im Landtag ist!)

Sind Sie mit mir der Meinung, dass hier offensichtlich mit den Befürchtungen und Zukunftsängsten der Referendare gespielt werden soll?

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Über die Qualität der Debatte in der linken Hälfte des Hauses bilde ich mir ein persönliches Urteil; Sie dürfen sich das Ihre bilden.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sie sitzen doch auch auf der linken Seite! – Zuruf von der SPD: Er will Staatssekretär werden!)

Es ist zwar nett, aber überflüssig, uns aufzufordern, zur Verfügung stehende Lehrerplanstellen Bewerbern anzutragen; denn die entsprechende Praxis ist seit Langem Übung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das gilt auch für die entsprechenden Möglichkeiten, die mit dem Beschluss des Nachtragshaushalts zur Verfügung stehen werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt. Zu beiden Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich rufe jetzt zur namentlichen Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/670 auf. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Für die Stimmabgabe in namentlicher Form sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14.03 bis 14.08 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, das Ergebnis außerhalb des Saals auszuzählen.

Wir kommen sofort zur nächsten namentlichen Abstimmung, diesmal über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/686. Die Abstimmung ist wiederum eröffnet. Ich bitte Sie, Ihre Stimme abzugeben. Für die Abstimmung sind diesmal drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 14.09 bis 14.12 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Damit schließe ich die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und Ihnen zu gegebener Zeit mitgeteilt. Ich fahre in der Tagesordnung fort und bitte, die Plätze einzunehmen. Wenn dies geschehen ist, bin ich in der Lage, den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen (Drs. 17/671)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik schützen - Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen! (Drs. 17/677)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern vor Genmais schützen! (Drs. 17/687)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern! (Drs. 17/688)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Dr. Herz. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anscheinend ist das Thema Gentechnik in diesem Hause eine unendliche Geschichte. Zunächst zu den Fakten: Vor einiger Zeit haben wir über die Zulassung der Maissorte MON 810 gesprochen. Anschließend haben wir die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora thematisiert, die ebenfalls zur Diskussion stand und letztendlich von der EU genehmigt wurde. Zunächst stand die Maissorte 1507 zur Disposition, die jetzt anscheinend nicht mehr zur Disposition steht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind wir schon beim Punkt. Die vier anwesenden Fraktionen in diesem Hohen Hause haben gebetsmühlenartig wiederholt: Wir sind gegen die grüne Gentechnik. Wir wollen sie nicht. Wir brauchen sie nicht. 80 % der Bevölkerung sagen: Gentechnik ist etwas schwer Erklär- und Nachweisbares. Angesichts des immer noch vorhandenen Lebensmittelüberschusses brauchen wir diese noch nicht völlig erforschte Technik nicht.

So weit, so gut, könnte man meinen. Letzte Woche stand im EU-Agrarministerrat die Abstimmung zu der Maissorte 1507 an. Kurz vorher bin ich bei einem sehr wichtigen Verband in Bayern gewesen. Dieser hat seinen Vortrag mit der Überschrift begonnen: Merkel, das Ferkel. In solche Niederungen der Formulierungskunst möchte ich mich nicht hinabgeben. Damals sollte jedoch klargestellt werden, was von der Bundesregierung in Brüssel vorgesehen ist. Das ist absolut nicht in Ordnung. Das zeigt eindeutig, dass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, in Berlin einen entscheidenden Einfluss verloren haben. Das werden Sie sicher ablehnen. Die CSU stellt den Landwirtschaftsminister, der zugegebenermaßen ein artfremder Kollege ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist etwas unglücklich, dass wir eine Serie von Landwirtschaftsministern haben, die keinen sogenannten Stallgeruch haben. Das ist insgesamt eine bedenkliche Entwicklung. Ein Landwirtschaftsminister sollte aus dem Metier kommen und die Probleme verstehen können. Wenn wir ab und zu wieder Minister

berufen könnten, die das Ganze gelernt haben, wäre das nicht von Nachteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So weit, so gut. Ich habe Herrn Minister Friedrich in Berlin auf der Grünen Woche gehört. Von seinen Ausführungen war ich positiv überrascht. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind eben zwei paar Stiefel: Reden und Handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Das ist doch Unsinn!)

Aufgrund des Drucks aus dem Forschungsministerium – das habe ich mir sagen lassen – hat die Bundesregierung entschieden, eher für die Gentechnik zu sein. Der Landwirtschaftsminister und einige Mitarbeiter haben gesagt, sie seien zwar dagegen, die Bundeskanzlerin habe jedoch entschieden. Leider sitzen Sie von der CDU/CSU und der SPD in diesem unsäglichen Boot drin. Ich weiß, dass Sie hier zustimmen. In Brüssel ist jedoch angekommen: Wir Deutsche sind für eine kraftvolle Enthaltung. Das war ein klares Signal für die Leute in Brüssel. Die Deutschen sind nicht ganz unwichtig. Wenn es um Forschungsgelder geht, sind wir noch einer der wichtigsten Ansprechpartner. Wenn wir auf gut Deutsch sagen: Macht doch, was ihr wollt, dann macht Brüssel das eben. Damit haben wir Brüssel einen Freifahrtschein gegeben. Brüssel kann entscheiden, den Anbauinteressen der US-amerikanischen Firma nachzugeben. Die klein- und mittelbayerische Landwirtschaft schaut wieder einmal mit dem Ofenrohr ins Gebirge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, ob der Kollege vom Oberbayerischen Bauernverband, mit dem wir häufig diskutieren, anwesend ist. Jürgen, du bist in dieser Position ja eine durchaus erfahrene Person. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dich dies sehr glücklich stimmt. Ich muss betonen: Beinahe in jeder Debatte in diesem Haus reden wir über das Thema Gentechnik. Alle Fraktionen außer der jetzt nicht mehr anwesenden FDP haben einmal entschieden, gegen die grüne Gentechnik zu sein. Weshalb diskutieren wir nach wie vor bei jeder Plenardebatte über dieses Thema, Herr Huber? Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund geht es eindeutig auch um Glaubwürdigkeit. Dort oben sitzen Bürger und hören zu. Was sollen sie von uns halten, wenn wir uns einmal in dieser Woche gegen Gentechnik entscheiden und dann am nächsten Tag aus Brüssel hören, dass

sich die CSU, die an der Regierung beteiligt ist, enthalten hat? Was sollen die Bürger davon halten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sehe darin alles andere als eine nachhaltige Politik. - Eine weitere Tatsache setzt allem die Krone auf. In Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag habe ich erfreut gelesen, dass Sie endlich bereit sind, dem europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen beizutreten. Das ist ein erster positiver Schritt. Allerdings haben wir darüber erst letzte Woche im Zusammenhang mit einem Antrag diskutiert. Ich glaube, diesen Antrag haben die GRÜNEN eingebracht. Das kann doch keine Politik sein. Das zeugt aber davon, dass in Bayern eine kraftvolle Opposition wichtiger denn je ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Denn der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen nur aufgrund dieses massiven Drucks erfolgt ist. Zunächst einmal sage ich ein Dankeschön. Aber Sie können doch nicht Woche für Woche nur Lippenbekenntnisse zu gentechnikfreien Regionen verkünden. Leider ist der Herr Ministerpräsident jetzt nicht anwesend. Die Vorgänge zeigen eindeutig, dass der Einfluss der CSU in Berlin auf ein Minimum gestutzt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn dem nicht so wäre, hätten Sie es gerade vor dem Hintergrund, dass es einen neuen Bundeslandwirtschaftsminister gibt, schaffen müssen zu betonen: Liebe Angela Merkel, ich habe bei deiner Grünen Woche wunderbare Uckermarker Weidemastbullen gesehen; damit diese Weidemastbullen weiterhin so prächtig gedeihen, brauchen wir gentechnikfreie Regionen, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Europa. – Das wäre ein Signal gewesen. Diese Chance haben Sie eindeutig verpasst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Horst Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre dies ein Anlass für einen

Feiertag. Feiertage ermöglichen, wie wir gehört haben, in sich zu gehen. Um über Lebensverschulden zu sprechen, braucht man Ruhe. Es wäre Anlass für einen Feiertag, wenn der Anlass an sich nicht so traurig wäre.

Keine drei Jahre nach unseren Anträgen zu einem gentechnikfreien Bayern ist heute tatsächlich der Tag gekommen, an dem die Kollegen von der CSU einschwenken und neben Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern endlich bereit sind, als kraftvolles Zeichen der Entschlossenheit dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beizutreten und daran mitzuwirken.

Wir haben bereits 2009 beantragt, Freilandversuche und Gentechnik auf bayerischen Fluren zu verhindern. Das wurde vom aktuellen Heimatstaatssekretär Füracker abgelehnt mit einer Begründung, die zeigt, dass offensichtlich dazugelernt wurde: Die Behauptung, Bayern sei gentechnikfrei, ist eine populistische Vision der SPD. – Herr Albert Füracker, ich danke dafür, dass Sie sich unserer Vision angeschlossen haben. Umso mehr ist heute auch ein Tag der fröhlichen Besinnung.

(Beifall bei der SPD)

Selbst zum Thema Gentechnikfreiheit waren wir nicht untätig und haben in den letzten drei Jahren Anträge gestellt. Diese sind von Ihnen immer abgelehnt worden.

Zu den nicht mehr anwesenden Kollegen von der FDP sage ich in memoriam nichts mehr. – Sie haben argumentiert, man könne nicht zustimmen, weil die Bauern immer noch Gensojaschrot verfüttern würden. Dieses Argument war zwar berechtigt, aber wir müssen dafür sorgen, dass diese Praxis zurückgeht. Sie haben gesagt, eine Zustimmung würde eine Illusion bedeuten. Voraussichtlich werden die Bauern auch morgen und übermorgen noch diesen Schrot verfüttern müssen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Aber zumindest dürfen Sie dieses Argument nicht mehr heranziehen. Ihr Handeln zeigt, dass es ein fadenscheiniges Argument war. Jedenfalls sitzen wir jetzt gemeinsam in einem Boot.

Mir ist wichtig, dass bei Ihnen von heute an Anspruch und Wirklichkeit zusammengeführt werden; denn im Juni 2013 hat die Mehrheit in diesem Haus einen Antrag von uns abgelehnt, in dem wir gefordert haben, dass Pachtverträge über staatliche Flächen mit der Klausel versehen werden, dass auf diesen Flächen gentechnikfrei angebaut werden muss. Liebe Kollegen von der CSU, auch dieser Antrag ist von Ihnen abgelehnt worden. Mit Ihrem heutigen Antrag, dem wir natürlich zustimmen werden, haben wir eine ge-

meinsame Arbeits- und Geschäftsgrundlage gefunden, um mächtig gegen die eingetretenen Vorgänge anzugehen und nicht nur ein Signal zu setzen.

Hierzu gibt es auch den Antrag der FREIEN WÄHLER. Herr Dr. Herz hat soeben die SPD geschont. Sie wird in der schriftlichen Fassung nicht geschont. Das geschieht zu Unrecht; denn die SPD hat zur Gentechnikfreiheit im Bund und, wie soeben geschildert, auch im Land, immer eindeutige Positionen vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es war immer klar, dass wir anderweitige Maßnahmen ablehnen.

Ich richte ein Wort an die FREIEN WÄHLER: Sie sind nicht in der Lage, einen Koalitionsvertrag im Bund zu schließen; das hat der Wähler so entschieden. Sie haben in diesem Zusammenhang schon manches getan, was uns davon überzeugt hat, dass Sie Ihr Abweichen von den Koalitionsverträgen möglicherweise immer damit begründen, dass es eine Kanzlerrichtlinie gibt. Doch wenn man sich in einem solchen Verbund befindet, muss man auch Kröten schlucken. Deswegen sind wir im Landtag gemeinsam angetreten, um als Reaktion auf diese geschluckte Kröte vernünftige Konsequenzen zu ziehen. Daher werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag enthalten. Im Hinblick auf die dargestellten Lösungen stimmen wir vollkommen mit Ihnen überein. Aber was soll das, dass Sie uns dann, wenn wir eine Gemeinsamkeit beschwören und zusammenfinden, gegen das Schienbein treten? Das ist unkollegial und nichts als reines Wahlkampfgetöse.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Arnold, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner zu?

Horst Arnold (SPD): Nein.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner nach Ihrer Rede. Einverstanden?

Horst Arnold (SPD): Mit einer Zwischenbemerkung bin ich einverstanden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: In Ordnung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Ich füge eine abschließende Bemerkung hinzu. Uns bietet sich jetzt die Gelegenheit, uns auf das gemeinsame Europa zu besinnen. Bei diesem Thema gäbe es Anlass, auf Europa zu schimpfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ministerrat haben insgesamt nur fünf Mitglieder zuge-

stimmt. Vier haben sich enthalten. Die übrigen der 28 Länder sind dagegen. Problematisch ist, dass das Europaparlament mit breiter Mehrheit ebenfalls gegen diese Technologie gestimmt hat. Wir müssen gemeinsam politisch dafür sorgen, dass die Regelungen auf Verwaltungsebene umgesetzt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich etwas daran ändert, dass ein Kommissar trotz einer überzeugenden politischen Mehrheit das Gegenteil dessen tun kann, was demokratisch veranlasst wäre. Wir müssen also ein kraftvolles Signal für die Europapolitik geben und dürfen nicht behaupten: In Brüssel wird nur aus reiner Willkür gehandelt. – Wir müssen in den Parlamenten weiter zusammenarbeiten. Wenn das geschieht, gehe ich davon aus, dass das gemeinsame Eintreten für ein gentechnikfreies Bayern von Erfolg gekrönt wird.

Ein Wort sage ich zu den Problemen, die die jetzige Rechtslage aufwirft. Es gibt die Position der Bauern, und es gibt die Empfehlungen der Europäischen Union, die der Frau Bundeskanzlerin den Anlass gegeben haben, zuzustimmen, weil es den Menschen nicht schaden würde. Allein die Zulassung dieser Sorte führt zu nicht zu bewertenden immensen Haftungsproblemen bei den Bäuerinnen und Bauern. Davor müssen wir sie schützen. Darüber hinaus sind die Auswirkungen auf das Saatgut bzw. auf die Ernährungskette nicht getestet worden. Hier wie die Frau Bundeskanzlerin zu sagen, ich stimme deswegen zu, weil es den Menschen nicht schadet, ist zu kurz gesprungen.

Die Große Koalition steht am Anfang. Wir werden der Großen Koalition, soweit die SPD dazu in der Lage ist - und das ist sie -, in dieser Hinsicht ebenfalls auf die Sprünge helfen. Gemäß unserem Motto "Schon immer gegen die Gentechnik" sind wir auch heute gemeinsam im Boot und stimmen dem Antrag der GRÜNEN und Ihrem Antrag zu und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Liebe FREIE WÄHLER, lassen Sie uns das nächste Mal wieder gemeinsam und ohne Fußtritte vorgehen. Wir enthalten uns zu Ihrem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Herr Kollege Steiner hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Steiner, Sie haben das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Darf ich Sie an etwas erinnern? Sie haben gerade gesagt "Schon immer gegen die grüne Gentechnik". Es waren Ihr Bundeskanzler und eine SPD-geführte Bundesregierung, die das erste Mal dreißig Tonnen MON-810-Mais für den Anbau in

Deutschland zugelassen haben. Ihre Bundestagskollegen haben sich auch jetzt bei der aktuellen Abstimmung der Stimme enthalten. Das wollte ich Ihnen nur noch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Horst Arnold (SPD): Ja, daran dürfen Sie mich erinnern. Darf ich Sie daran erinnern, dass Ihre jetzige Wirtschaftsministerin Frau Aigner als Bundeslandwirtschaftsministerin nahezu nichts unternommen hat, um dieser Situation Einhalt zu gebieten? Darf ich Sie daran erinnern, dass dann im Jahr 2009 der Anbau des Saatguts von Monsanto unter erheblichen Widerständen, aber mit unserem Zuspruch, verboten wurde? Wir waren immer aktiv in der Diskussion. Insofern muss ich sagen: Bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen, denken Sie an das Wort vom alten Gustav Heinemann: Vier zeigen auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Gentechnik ist es so eine Sache. Eigentlich mag sie keiner. Manchmal hat man sogar den Eindruck, es gibt einen Wettlauf, wer die Gentechnik am wenigsten mag. Diesen Eindruck hat man bei der heutigen Diskussion wieder. Bei diesen Wettläufen sind CSU und SPD immer mit dabei, zumindest wenn man die Pressemitteilungen der letzten Zeit für bare Münze nimmt. Doch nach den Ereignissen der letzten Wochen kann man an diese Botschaften nicht mehr so recht glauben; denn jetzt reden hier alle von der Enthaltung der Bundesregierung in Brüssel. Aber es gab vorher eine Abstimmung im Bundestag. Es wurde über einen Antrag der GRÜNEN abgestimmt, der genau ein Ziel hatte, nämlich ein Nein der Bundesregierung zu Mais 1507 in Brüssel. Leider hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unseren Antrag fast einstimmig abgelehnt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion war leider auch nicht besser. Dabei wäre das die Gelegenheit gewesen, die Bundesregierung auf Linie zu bringen. Mit einem starken Votum im Bundestag wäre die Enthaltung in Brüssel noch zu stoppen gewesen. Hier, Herr Arnold, sind wir bei Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es sehr schade. Nun liegt das Kind im Brunnen. Schadensbegrenzung ist angesagt. Jetzt auf einmal ertönt sie wieder, die starke Stimme aus Bayern.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Vorher hat man sie nicht gehört. In Bayern entscheiden wir, was angebaut wird, sagt der Herr Scheuer. Und König Horst bläst auch wieder die Backen auf.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Darin sind sie stark!)

Hätte er das mal getan, als noch etwas zu entscheiden war. Nun muss auf einmal ein nationales Anbauverbot her. Doch was der Herr Friedrich hier verspricht, ist eine Mogelpackung; denn erstens machen Pollen an Ländergrenzen nicht halt. Zweitens gibt es die berühmte Opt-out-Klausel bereits, mit der Regionen bestimmen können, dass sie das in ihrer eigenen Region nicht haben wollen. Diese Klausel gibt es, aber sie wird nicht umgesetzt, weil sie bisher in Brüssel von Deutschland blockiert wird. Das Europaparlament jedenfalls hat diesen Weg schon lange frei gemacht. Wenn Sie diese Klausel in Brüssel und im Bund jetzt durchsetzen wollen, ist etwas mehr Anstrengung als bisher nötig. Ein Weiter-so reicht jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit lautet: Was Sie bisher auf Bundes- und europäischer Ebene getan haben, ist nicht genug. Was ist eigentlich mit unserem Landwirtschaftsminister? Die CSU wollte doch unbedingt einen Bundeslandwirtschaftsminister stellen. Aber was hat Herr Friedrich bisher getan? Ich habe jedenfalls nichts mitbekommen.

(Unruhe)

Ja, er hat sich enthalten und den Weg frei gemacht für die Zulassung dieses Gen-Maises. Das müssen Sie einfach zugeben.

(Erwin Huber (CSU): Ihr habt ja keine Ahnung!)

Aber natürlich müssen wir jetzt zur Schadensbegrenzung handeln. Auch in Bayern müssen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um den Anbau dieser Maissorte noch zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt so tun, als wäre das ein Kinderspiel, dann heißt das auch, die Menschen anzulügen; denn so einfach ist es jetzt nicht mehr. Ich muss auch erwähnen, dass Sie, CSU und SPD gleichermaßen, die Menschen in Bayern tief enttäuscht haben. Das brauche ich hier wohl nicht extra zu erwähnen. Wie ge-

sagt, auch hier in Bayern könnten wir viel mehr tun. Bayern muss endlich dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten. Das hat die CSU bisher standhaft verweigert; das letzte Mal vergangene Woche im Landwirtschaftsausschuss. Jetzt haben Sie einen Antrag eingebracht, der genau das fordert. Aber mal ehrlich: Mit diesem Antrag lenken Sie nur von Ihrem Versagen im Bund und in Brüssel ab. Trotzdem gilt: Für Einsicht ist es nie zu spät. Und das freut uns. Vielleicht hat das auch etwas mit den bevorstehenden Kommunalwahlen zu tun. Diesbezüglich sind Sie alle doch reichlich nervös.

(Unruhe)

Letzte Woche haben Sie das Problem jedenfalls nicht gehabt. Bayern könnte auch das Bayerische Naturschutzgesetz ändern. Wenn es Schutzabstände zu allen schützenswerten Gebieten gäbe, wäre das ein wirksames Mittel zur Verhinderung des Gentechnikbaus. Die Österreicher machen uns das vor. Dann machen wir es doch einfach auch mal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu guter Letzt: Machen Sie Ernst mit Ihrer Ablehnung der Gentechnik. Reden Sie nicht nur, handeln Sie auch! Stimmen Sie unserem Antrag zu zum Schutz Bayerns, zum Schutz unserer kleinteiligen Landwirtschaft und zum Schutz unserer Imker.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit 2010 hat sich einiges geändert. In Bayern werden seitdem keine gentechnikveränderten Pflanzen mehr freigesetzt. Die staatlichen Versuche wurden eingestellt. Kein Landwirt hat seitdem bayernweit eine Anbaugenehmigung beantragt. Dass sich der Berufsstand zunächst in dieser Materie nicht einig war, das wissen die, die mit der Landwirtschaft in engerem Kontakt stehen.

Die aktuell gefassten Beschlüsse der EU zum Gentechnikbau stoßen deshalb bei uns auf harsche Kritik. Wir setzen auf den Erhalt von Sortenvielfalt, die Wiederbelebung der Arbeit unserer Pflanzenzüchter und mehr Chancen auf einen geordneten Nachbau. Deshalb haben wir uns auch schon vor zwei Jahren eindeutig gegen eine EU-Saatgutverordnung positioniert. Wir möchten keine Patente auf Tiere und Pflan-

zen. Bereits heute konzentriert sich das Saatgutgeschäft zu unserem Leidwesen auf wenige Großkonzerne. Das können wir natürlich nicht gutheißen. Wir können diesem Prozess aber entgegentreten und uns widersetzen, wenn Bauern, Handel und Verbraucher ganz gezielt an einem Strang ziehen und den Markt dahin gehend in Bewegung bringen, dass Gentechnik zunehmend mehr Ablehnung erfährt.

Bisher gibt es keine einzige Studie, die beweist, dass Gentechnikpflanzen harmlos für unsere Gesundheit sind und ohne negative Folgen für Tier- und Pflanzenwelt bleiben. Vor allem unsere Imker sind hier in berechtigter Sorge. Das wird ja auch immer wieder angeführt, auch von Ihrer Seite. Wenn Honig geringste Spuren von Genmaispollen enthält, gilt er als gentechnisch verändert. Es werden eine Sicherheitsprüfung und eine gentechnikrechtliche Zulassung erforderlich. Das ist ein aufwendiges Verfahren. Ansonsten wäre der Honig nicht verkehrsfähig.

Deswegen gibt es von unserer Seite ein klares Nein zum Gentechnikbau in Bayern. Dass wir nicht mit einem Schlag Importe gentechnisch veränderten Sojas stoppen können, werden Sie wohl verstehen. Das würde zu einem Futternotstand bei unseren Landwirten führen. Aber Sie kennen auch hier die Initiative unseres Landwirtschaftsministers, was Sojaanbau angeht, und auch die Verträge, die er mit Brasilien geschlossen hat, damit hier gentechnikfreies Soja zur Verfügung steht. Das sind kleine Ansätze, die sicher gute erste Spuren hinterlassen. Aber uns muss klar sein, dass dieser Prozess etwas länger andauern wird.

(Horst Arnold (SPD): Embryos!)

Lieber Herr Aiwanger, Sie und Ihre Kollegen kritisieren, unserem Ministerpräsidenten fehle es im Bund an Durchsetzungskraft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Ich muss Ihnen sagen: Sie haben im Bund überhaupt keine Zulassung dafür erhalten, mitzureden oder mit am Tisch zu sitzen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden aus Bayern eine klare und konsequente Marschrichtung verfolgen. Wir werden dafür sorgen, dass die Landbewirtschaftler nicht zu Marionetten weniger Großkonzerne degradiert werden und dass der Verbraucher verantwortungsbewusst im Blick behalten wird. Wir wollen dieses Selbstbestimmungsrecht mit der sogenannten Opt-out-Klausel erreichen. Wir bitten deshalb um Unterstützung unseres Antrags und

lehnen den Antrag der FREIEN WÄHLER ab, weil er in einer unverschämten Sprache formuliert ist. Den anderen Anträgen werden wir zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Hubert Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie regieren jetzt in Berlin mit einer schwarz-roten Koalition und haben dort einen Koalitionsvertrag formuliert, in dem auf Seite 123 als erster Satz steht: "Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an". Meine Damen und Herren, auch von der SPD, das ist nicht deutlich genug. Sie erkennen die Vorbehalte gegen die grüne Gentechnik an. Auf der Grundlage dieses Satzes ist Frau Merkel diejenige, die die Bestimmungen bricht und sich nicht an Vereinbartes hält.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben es doch gar nicht nötig, sich hinter Frau Merkel zu verstecken und zu sagen, sie habe die Richtlinienkompetenz. An dieser Stelle ist eindeutig formuliert, dass Sie, wie die Mehrheit der Bevölkerung, die grüne Gentechnik nicht wollen, wenn ich noch richtig lesen kann. Ich frage mich: Was sind denn Koalitionsverträge und Wahlversprechen überhaupt noch wert, wenn man den Leuten vor der Wahl sagt, man erkenne ihre Bedenken an, und wenn man, sobald man glaubt, die Bevölkerung sei mit einer olympischen Sendung im Fernsehen abgelenkt, nach Brüssel geht und dort kraftvoll für eine Enthaltung stimmt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist beschämend, wie hier in Deutschland regiert wird. Deshalb sagen wir: Sie haben gegenüber Merkel zu wenig Durchsetzungskraft bewiesen. Leider ist es so, dass der Herr Ministerpräsident hier total versagt hat. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen hat er gesagt, er würde den Koalitionsvertrag nicht unterschreiben, wenn nicht die Ausländermaut hineingeschrieben würde. Warum sagt er nicht mit derselben Deutlichkeit, dass er sich an den Koalitionsvertrag halten wird, der der Bevölkerung versprochen wurde? Da dort Gentechnik abgelehnt wird, sollte er sagen: Liebe Frau Merkel, deswegen müssen wir dagegenstimmen.

Meine Damen und Herren, 19 Staaten der EU sind gegen die Gentechnik-Anbaupläne, die dort verhandelt wurden. Frankreich hat Deutschland händerin-

gend um Unterstützung ersucht und gebeten, gemeinsam Nein zu sagen. Der Bundeslandwirtschaftsminister gehört nicht irgendeiner fremden Partei an, sondern Ihrer Partei. Der Bundeslandwirtschaftsminister hätte durch die Länder reisen und für die bayerische Richtung der Gentechnik-Ablehnung werben müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Er hätte sich nicht verstecken und sagen dürfen: Frau Merkel will es anders, jetzt müssen wir uns eben enthalten. Ihr Landwirtschaftsminister hat total versagt. Er hat einen großen Mist gebaut.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Er hätte um Zustimmung ringen müssen, um ein gemeinsames Auftreten gegen die Gentechnik zu erreichen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das hat er ja gemacht!)

Sie haben mit dem letzten Satz Ihres Antrags, den Sie vorgelegt haben, eine Falle aufgestellt, in die die meisten wahrscheinlich wieder hineintappen werden. Sie haben im letzten Satz formuliert, dass Sie beim Freihandelsabkommen mit den USA auf dem Niveau der EU verhandeln wollten. Was ist denn das Niveau der EU nach diesen Beschlüssen? - Das Niveau der EU bedeutet Zulassung des Gen-Anbaus. Auf dieser Ebene dürfen Sie nicht verhandeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie müssen nach der bayerischen Linie verhandeln, die da lautet: Wir wollen keinen Gen-Anbau. Sie sollten nicht sagen: Der Antrag hört sich schön an, wir schreiben im vierten Spiegelstrich, dass wir auf EU-Niveau mit den Amerikanern verhandeln wollen. Die werden sich totlachen und sagen: Hurra, die öffnen uns die Türen, weil die EU-Kommission jetzt auch die Türen öffnen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Abgeordneter Erwin Huber (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger - -

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Am Ende meiner Rede können Sie Fragen stellen. – Meine Damen und Herren, was Sie hier abliefern, und das mit einer

traurigen Kontinuität, ist das Vorgehen, in Bayern anders zu reden, als in Berlin und Brüssel zu handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute schimpfen Sie in Oberfranken über diese dummen Leitungstrassen, die Sie im Sommer letzten Jahres selbst verhandelt haben. Sie schimpfen über die Privatisierung der Trinkwasserversorgung, von der Ihr Spitzenkandidat für die Europawahl, Herr Ferber, im Oktober 2012 gesagt hat: Wir können nichts mehr dagegen machen; die Wasserprivatisierung wird kommen; sie ist beschlossen: das können wir nicht mehr stoppen. Das waren die Aussagen von Herrn Ferber noch vor einem guten Jahr.

Meine Damen und Herren, Sie haben dem Länderfinanzausgleich in der jetzigen Formulierung zugestimmt; jetzt klagen Sie dagegen. Das bedeutet, Sie klagen ständig gegen sich selbst und schimpfen ständig über sich selbst. Bisher haben Sie nur das Glück, dass sich der Bürger immer wieder einwickeln lässt und dass sein Kurzzeitgedächtnis häufig nicht ausreicht, um zu erkennen, dass Sie selber vor einem halben Jahr das Haus angezündet haben, das jetzt von der Feuerwehr, bei der Sie wieder mit dabei sind, gelöscht werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie fordern jetzt die Opt-out-Klausel. Ja, die brauchen wir. Aber um im Bild zu bleiben, meine Damen und Herren: Sie haben das Haus angezündet. Wenn das Haus brennt, sagen Sie: Wir müssen einen Notausgang planen. Sie müssen aber erst den Ausgang planen, bevor Sie die Zündhölzer in die Hand nehmen. Sie haben es andersherum gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie haben sich kraftvoll enthalten und damit der Kommission den Ball zugespielt. Die Kommission will die Gentechnik zulassen. Jetzt schreien Sie nach der Opt-out-Klausel: Bitte holt uns hier raus. Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar: So kann man Politik nicht machen. Wir werden diese Themen weiterhin massiv bringen und Sie weiterhin mit Ihrem eigenen Politikversagen konfrontieren, so leid uns das tut. Aber im Interesse der bayerischen Bevölkerung müssen wir das tun. Wir stimmen den Anträgen von Rot und Grün auf Beitritt zum Europäischen Netzwerk für gentechnikfreie Regionen zu und lehnen den Antrag der CSU ab, weil wir nicht auf EU-Niveau mit den Amerikanern verhandeln wollen, sondern auf deutschem oder bayerischem Niveau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. Herr Kollege Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe jahrzehntelang in diesem Hohen Haus dafür gekämpft, dass die Niederbayern ein hohes Ansehen haben.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider vergeblich, Herr Huber! Das Gegenteil haben Sie erreicht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Erwin Huber (CSU): Die Niederbayern haben eine hohe Intelligenz. Ich habe Sie dabei ertappt, dass Sie diesen Anspruch der Niederbayern beschädigen und kaputt machen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also Sie bestimmen das Niveau der Niederbayern? Bravo!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erwin Huber (CSU): Diese billige Art, auf Stimmenfang zu gehen, wird an der klugen bayerischen Bevölkerung scheitern. Der Bundeslandwirtschaftsminister musste sich in Brüssel deshalb enthalten, weil es innerhalb der Koalition in Berlin keine Übereinstimmung gab.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider. Das ist das Problem!

Erwin Huber (CSU): Sie haben noch nie Regierungsverantwortung gehabt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen wäre das besser gewesen?!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger!

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er soll eine Frage stellen und nicht über mich herfallen. Dann kann ich auf demselben Niveau antworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, nicht Sie, sondern Herr Kollege Huber hat jetzt das Wort. Bitte unterbrechen Sie ihn nicht, lassen Sie ihn ausreden, und lassen Sie ihn seine Zwischenbemerkung machen. Danach haben Sie

genug Zeit, darauf zu reagieren. - Bitte schön, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, würden Sie vielleicht Herrn Kollegen Aiwanger darüber aufklären, dass eine Intervention dazu da ist, eine Bemerkung zu machen, und nicht dazu, eine Frage zu stellen. Wer nicht einmal die Geschäftsordnung des Landtags kennt, braucht sich nicht so aufzumandln wie Sie.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): O mei, Herr Huber!

Erwin Huber (CSU): Ich muss jetzt dem Kollegen von der SPD recht geben. Er hat eine ehrliche und saubere Position vertreten. Er hat dargestellt, dass die SPD genauso wie die CSU eine andere Abstimmung wollte, dass man in einer Regierungskoalition aber nur nach dem Prinzip des Konsenses arbeiten kann. Anders geht es nicht, weil sich sonst jede Koalition auflösen würde.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Ihr habt doch die Mehrheit!)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sowohl die SPD, für die ich jetzt auch einmal sprechen darf, als auch die CSU in Berlin eine andere Position hatten, dass es in der Regierungskoalition in Berlin darüber kein Einvernehmen gab und dass es deshalb die zwingende und logische Konsequenz war, dass sich der Landwirtschaftsminister der Stimme enthielt. Er hat aber ganz deutlich gesagt, dass er anderer Meinung ist. Wer hier das Gegenteil behauptet, bläst sich auf, mandelt sich auf und verbreitet die Unwahrheit, wie Sie, Herr Aiwanger, es gerade getan haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Niederbayern unter sich!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Huber. Herr Aiwanger, Sie haben jetzt das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Huber, ganz kurz zum niederbayerischen Niveau, das Sie in den Landtag gebracht zu haben meinen. Sie haben als Niederbayer hier sehr viel kaputt gemacht, weil Sie die Milliardenschäden in der Landesbank auch mit verantworten müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Wenn das ein niederbayerischer Beitrag gewesen sein soll, dann sei es so.

Wie haben Sie sich bei der Ausländermaut aufgemandelt! Sie haben gesagt, andernfalls würde kein Koalitionsvertrag unterschrieben. Hätten Sie es doch bei dem viel wichtigeren Thema Genmais nur annähernd so probiert. Da haben Sie sehr schnell gesagt: Wenn die Merkel nicht mitmacht, brauchen wir auch nicht mitzumachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe nicht mitbekommen, dass Sie sich gegen den Genmais annähernd so aufgelehnt hätten wie gegen die Weigerung, die Ausländermaut in den Koalitionsvertrag zu schreiben. Damit war Ihr Widerstand gegen die Merkel'sche Position unehrlich. Ich bleibe bei meiner Position: Sie hätten im Interesse der bayerischen Bevölkerung mehr tun können. Deshalb trauen wir Ihnen auch dann nicht über den Weg, wenn Sie sagen, Sie wollen in Bayern selber bestimmen, wie es mit der Gentechnik weitergeht. Dazu kann ich nur sagen: schwarze Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat der Kollege Dr. Otto Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon einiges gesagt worden. Lieber Herr Aiwanger, wenn es nicht so gelaufen wäre, wie es gelaufen ist, hätten Sie überhaupt keinen Anlass gehabt, hier zu sprechen und sich so zu ereifern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider! Ich hätte hier lieber nicht gesprochen!)

Wir sollten heute das sehen, was wir erreicht haben und was uns verbindet.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nichts!)

Ich will ganz bewusst darauf hinweisen, dass wir im Landtag vor fünf Jahren, im Februar 2009, einen Beschluss gefasst haben, dass wir in Bayern die grüne Gentechnik nicht haben wollen. 2010 sind wir auch aus den Freilandversuchen ausgestiegen. Das wurde schon erwähnt. Die Ablehnung der grünen Gentechnik verbindet also alle Parteien seit fünf Jahren. Unterschiede sahen wir bisher nur darin – das werden wir auch in Zukunft so sehen -, dass Sie von "gentechnikfrei" und wir von "gentechnikanbaufrei" sprechen. Darin waren wir uns auch letzte Woche in der Debatte im Umweltausschuss noch nicht einig. Heute haben wir den Antrag gestellt, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" beizutreten. Diese Hal-

tion ist nicht von einer Sekunde auf die andere entstanden. Sie hat sich schon seit längerer Zeit entwickelt. Unser zuständiger Umweltminister Dr. Marcel Huber hat darüber schon länger mit uns gesprochen.

Warum ändern wir jetzt unsere Haltung? - Die Bundesregierung hat sich am Dienstag im EU-Ministerrat beim Antrag, den Genmais Pioneer 1507 zuzulassen, der Stimme enthalten, statt ihm mit einem deutlichen Nein entgegenzutreten. Deshalb sehen wir heute mehr denn je die Notwendigkeit, auf einem anderen Weg zum Ziel zu kommen. Dieser Weg ist nicht neu. Er bezieht sich nicht nur auf die grüne Gentechnik, sondern er ist ein grundsätzlicher bayerischer Weg. Wir wollen bei bestimmten Sachverhalten in Bayern selbst entscheiden. Wir wollen auch über den Einsatz grüner Gentechnik in Bayern selbst entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir dieses Ziel auf dem Weg über die Bundesregierung nicht erreichen, suchen wir nach Verstärkung und nach Bündnispartnern. Dies sehen wir im Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa. Kollegin Gudrun Brendel-Fischer hat schon darauf hingewiesen: Wir können die Gentechnikfreiheit noch nicht gewährleisten, weil 80 bis 90 % unserer Futtermittel immer noch aus gentechnisch veränderten Sojapflanzen gewonnen werden. Mit unserem Landwirtschaftsminister verfolgen wir aber das Ziel, die Eiweißversorgung sukzessive selber zustande zu bringen. Jetzt geht es darum, pragmatisch vorzugehen. Das ist der Grund dafür, dass wir unseren Antrag so formuliert haben. Ich brauche nicht zu wiederholen, warum wir den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen, den Antrag der FREIEN WÄHLER aber ablehnen. Dieser Antrag enthält sehr viel Polemik, die uns von einer Zustimmung abhält.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Steinberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Kollege Hünnerkopf, eine kurze Bemerkung noch als Antwort an meinen niederbayerischen Kollegen Erwin Huber. Heute ist die Stunde der Niederbayern, was mich sehr freut.

Ich frage mich, wie ein solches Abstimmungsergebnis zustande kommt, wenn sich die Große Koalition, wenn sich Abgeordnete der CSU, der CDU, der SPD und der GRÜNEN einig sind, dass sie die Gentechnik nicht wollen. Wieso kommt dann so ein Abstimmungsergebnis zustande? Wieso haben dann alle gegen den Antrag der GRÜNEN gestimmt? Die meisten

waren dagegen. Der Minister war dagegen. Wer hat dann entschieden, dass man sich im Ministerrat der Stimme enthält? Ich meine, Frau Merkel war es. Da haben sich alle Bundestagsabgeordneten nicht mit Ruhm bekleckert. Ich finde das sehr schade. Auch die Leute draußen verstehen diese Vorgehensweise nicht. Wenn sich die Parlamentarier schon einig sind, können sie auch einheitlich abstimmen.

Ich habe jetzt noch eine Frage an den Kollegen Hünnerkopf zum Dringlichkeitsantrag der CSU. Im vierten Spiegelstrich der Ziffer 2 – Kollege Aiwanger hat darauf hingewiesen – steht, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA das hohe Sicherheitsniveau der EU für den Bereich der grünen Gentechnik nicht abgesenkt wird. Sie sprechen vom hohen Sicherheitsniveau der EU. Wir sagen dagegen, dass das Sicherheitsniveau der EU aufgrund des letzten Beschlusses gerade nicht so hoch ist, um es als schützenswert anzusehen. Deshalb meine Frage: Wären Sie vielleicht bereit, diesen Spiegelstrich abzuändern oder zu streichen? Dann könnten wir dem Antrag zustimmen. Wenn wir dem Antrag in dieser Form zustimmen würden, würden wir bestätigen, dass das Schutzniveau der EU hoch genug ist und wir es so beibehalten wollen. Das ist gerade nicht unsere Absicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Liebe Kollegin, es ist klar, dass diese Formulierung eine solche Interpretation offenlässt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist die Opt-out-Klausel!)

Freuen Sie sich nicht zu früh, lieber Kollege Aiwanger. Wir verfolgen auf der anderen Seite doch auch das Ziel, dass wir selber über die Gentechnik befinden können. Ich möchte Ihnen darin nicht zustimmen, dass das Sicherheitsniveau der EU nicht hoch genug sei. Vor dem Hintergrund der Aspekte, die alle zu berücksichtigen sind, ist das Sicherheitsniveau sehr hoch, auch wenn das grundsätzliche Nein zur grünen Gentechnik darin nicht zum Ausdruck kommt. Wir suchen die Möglichkeit – so muss ich es jetzt sagen –, selber über die Gentechnik entscheiden zu können. Deshalb wollen wir darauf Einfluss nehmen, dass nicht alles das, was die Amerikaner wollen, in Europa zum Tragen kommt. Ich schlage vor, dass wir diesen Spiegelstrich herausnehmen und uns zu gegebener

Zeit damit differenzierter befassen. Damit wäre dieser Absatz gestrichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben jetzt klare Verhältnisse. Der Absatz ist nach Aussage von Herrn Dr. Hünnerkopf gestrichen, und der Antrag wird in dieser Form zur Abstimmung gestellt. Besteht damit Einverständnis? – Gut. Ich bedanke mich sehr herzlich.

Als Letzter hat nun der Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass auch ich als Oberbayer dazu etwas sage.

(Rosi Steinberger (GRÜNE): Wenn es sein muss!)

Wir haben in der letzten Stunde eine große Menge an

(Volkmar Halbleib (SPD): - niederbayerischen Emotionen gespürt!)

Genörgel gehört: Wer hat das als Erster abgelehnt? Wer hat Schuld? Wer hat irgendwie versagt? Um derlei Themen ging es. Ich möchte jetzt aber zur sachlichen Diskussion zurückkommen.

Ich will auch etwas richtigstellen. Sie haben immer wieder gesagt, dass die CSU hier nicht so eindeutig einzuschätzen sei. Ich darf daran erinnern, dass sich die CSU-Fraktion in ihrer Herbsttagung 2007 in Banz in einem Positionspapier erstmals quasi auf der Basis der Position, die wir heute haben, festgelegt hat. Seit 2010 ist Bayern gentechnikanbaufrei. Warum die Sachen jetzt anders werden, resultiert jetzt daraus, dass – nicht so, wie die Kollegin Aigner, CSU, Agrarministerin bis vor Kurzem – MON 810 verbieten konnte aufgrund dessen, dass man noch bestimmte Dinge nachreichen musste. Wir haben jetzt den Fall, dass TC1507 von der EU zugelassen werden sollte, und die Bundesregierung braucht dazu eine Position.

Das Leben geht auch außerhalb Niederbayerns weiter, Kollege Aiwanger. Deutschland ist ein föderales Land. Ich habe schon in den Koalitionsverhandlungen gemerkt, dass es in dieser Beziehung innerhalb Deutschlands eine deutliche Diskrepanz zwischen den Ländern gibt. Zum Beispiel haben die östlichen Länder wie Sachsen-Anhalt eine völlig andere Agrarstruktur. Sie wollen diese Technologie haben und können sie gut brauchen. Wir in Bayern mit unserer kleinteiligen Landwirtschaft können diese Technologie aber nicht brauchen.

Daraus resultiert ein Dissens innerhalb der Bundesregierung. Wenn sich die Bundesregierung – Kollege Huber hat das ganz nüchtern erklärt – in einem Punkt nicht einig ist, enthält sie sich der Stimme. So ist es leider. Ich bin über die Entscheidung der Bundesregierung wirklich nicht glücklich; denn sie entspricht nicht dem Willen der bayerischen Bevölkerung, der bayerischen Bauern und der bayerischen Imker. Aber man muss sie als politischen Sachverhalt einfach akzeptieren. So ist das eben im Föderalismus.

Bevor man jetzt herumnörgelt und jemandem die Schuld zuweist, muss man fragen: Was machen wir jetzt? Wie bringen wir es fertig, den Interessen der Bevölkerung des Freistaats Bayern gerecht zu werden?

Diesen Weg haben wir vor uns. Wir wollen – die Kollegin und der Kollege haben es beschrieben – die Entscheidungen in der Region selbst treffen. Das ist übrigens keine Idee, die die Kommission nicht haben will. Im Gegenteil, Kommissar Dalli und auch sein Nachfolger Tonio Borg haben genau vorgeschlagen, die Entscheidung in dieser Angelegenheit den Regionen zu überlassen. Das ist der Weg, den wir jetzt anstreben. Ich freue mich, dass ich heute ein starkes Votum dieses Hauses bekomme, daran zu arbeiten und bei der Europäischen Kommission einen Weg zu finden, der diese Möglichkeit eröffnet, damit wir das zulassen können, was wir wollen, und nicht das zulassen müssen, was uns von außen vorgeschrieben wird.

Noch zu dem zweiten Teil des Pakets, zu dem Beitritt zu einem Netzwerk der Regionen, die ohne Agrogentechnik arbeiten wollen. Es ist richtig, dass die CSU bis zuletzt, noch vor zehn Tagen, gesagt hat, wir halten es für inkonsequent, in einem Land, in dem noch ein großer Teil der Landwirtschaft darauf angewiesen ist, gentechnisch veränderten Sojaschrot zu importieren und zu verfüttern, zu erklären, wir seien eine gentechnikfreie Region. Das ist aufgrund der Ansicht, die bisher vertreten wurde, inkonsequent und wurde von der CSU klar abgelehnt. Aber wir haben heute eine andere Situation.

Ich habe mich gestern bei der Meinungsbildung dafür verwendet, dass wir uns zusammenschließen müssen, anstatt uns auseinanderzudividieren, damit wir die Interessen Bayerns in dieser Beziehung gemeinsam umsetzen können. Dazu dient das Signal, sich in Europa Verbündete zu suchen, die in der gleichen Situation sind wie wir, nämlich auch selber Sojaschrot kaufen müssen, sich aber ganz klar gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Freiland stellen.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, ein Zeichen zu setzen. Wir wollen, dass sich Bayern dem Netzwerk anschließt. Ich habe dabei überhaupt kein schlechtes Gewissen, dass diese Meinung jetzt ein bisschen anders ist als die, die man bisher hatte. Sie ist wohl begründet. Wir brauchen jetzt dieses Zeichen, und das erwarte ich auch von Ihnen. Wir brauchen keine Diskussion, von der in der Öffentlichkeit übrig bleibt: Da sind sie sich wieder gegenseitig an die Gurgel gegangen. Wir brauchen heute ein kraftvolles Zeichen, dass dieses Parlament der Bayerischen Staatsregierung einheitlich den Auftrag gibt, die Dinge jetzt auf den Weg zu bringen, damit wir in Bayern selber entscheiden können. Treten Sie als Zeichen dafür dem Netzwerk bei. Das ist die Botschaft, die heute von diesem Parlament in großer Einigkeit ausgehen sollte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die hätte schon früher ausgehen sollen, Herr Minister!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister Dr. Huber, ich habe zwei Meldungen zu Zwischenfragen, eine von Herrn Kollegen Aiwanger und die zweite von Herrn Kollegen Arnold.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich bin schon fertig.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte um Entschuldigung. Dann ist zunächst Herr Kollege Aiwanger an der Reihe.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister, in der Begründung des CSU-Antrags steht: "Der Anbau von in der EU zum Anbau zugelassenen GVP kann von Bayern derzeit rechtlich nicht verhindert werden ...". Was werden Sie als Umweltminister tun, wenn Landwirte in Bayern solchen Mais anbauen wollen? Sagen Sie dann: Das EU-Recht gibt es her, ich kann da nichts mehr tun, oder werden Sie eine Gesetzeslücke suchen oder alles Mögliche versuchen, um das noch zu verhindern, ähnlich wie Sie das mit den Stromtrassen machen? Da könnten Sie auch sagen, das ist auf Berliner Ebene beschlossen, und wir müssen sie akzeptieren. Dort aber sagen Sie: Wir bestimmen in Bayern selber, der Bund hat sich da nicht einzumischen, und wir machen das. Genauso könnten Sie sagen: Wir in Bayern versuchen trotzdem, ein Hintertürchen zu finden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Kollege Aiwanger, Sie werden nicht verlangen können, dass ein bayerischer Staatsminister sagt, er hält sich nicht an ein Gesetz.

Aber ich sage Ihnen, in Beurteilung dessen, wie der Weg in der Rechtsetzung jetzt weitergeht, wird es eine Zulassung der EU für TC 1507 im Jahr 2014 nicht so früh geben, dass ein Anbau noch möglich ist, weil der Maisanbau irgendwann vorbei ist. Das heißt, für 2014 ist das erledigt. Ich glaube, dass wir dann genügend Zeit haben, das zu schaffen, was wir wollen, nämlich es in Bayern selber zu gestalten, d.h. die Entscheidung nach der Möglichkeit des Opt-out selber treffen zu können.

Dafür werden wir alles tun. Allerdings haben Sie natürlich recht, wenn Sie sagen: Wenn die Rechtslage so ist, werden wir das auch machen müssen. Aber Sie dürfen mir glauben, wir suchen nach einem rechtlich sauberen Weg, es zu verhindern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Arnold, Sie haben noch das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatsminister, kann ich, nachdem Sie jetzt den Gesinnungswandel der Staatsregierung und der CSU-Fraktion anschaulich erläutert haben, davon ausgehen, dass in Zukunft Pachtverträge mit Flächen des Freistaats Bayern mit der Klausel versehen werden, dass ein Gentechnikanbau nicht erlaubt ist? War das ein konkretes Wort, an dem man sich festhalten kann, oder müssen wir da wieder einen Antrag stellen?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich glaube nicht, dass ich Ihnen das versprechen kann. Aber es würde natürlich Sinn machen. Sprechen Sie darüber einmal im Parlament!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse über den ersten Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen", Drucksache 17/671, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum nächsten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Arnold, Karl und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 17/677, betreffend "Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik schüt-

zen – Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen!" Bei diesem Antrag ist folgende Korrektur vorzunehmen: Die Wörter "und somit" werden durch die Wörter "mit dem Ziel," ersetzt. Der Antrag hat dann den Wortlaut:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" umgehend beizutreten mit dem Ziel, Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik zu schützen.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Diese sehe ich nicht. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich komme zum nächsten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 17/687, betreffend "Bayern vor Genmais schützen!". Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Brendel-Fischer, Dr. Hünnerkopf und anderer und Fraktion (CSU), Drucksache 17/688, betreffend "Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern!". Bei diesem Antrag sind zwei Korrekturen vorzunehmen.

Unter Ziffer 2 erfolgt die Streichung der Wörter "wie bisher". Hier heißt es nun: "Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass ...". Ferner wird, wie vereinbart, der vierte Spiegelstrich gestrichen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist auch dieser Antrag mit diesen Korrekturen einstimmig angenommen worden und dieser Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung von Einkünften aus
Nebentätigkeit für kommunale Wahlbeamte und
kommunale Wahlbeamtinnen jetzt! (Drs. 17/672)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Gehring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war so, wie sich der Rest der Republik Bayern vorstellt, eine Szene wie aus einem Heimatfilm in der malerischen Voralpenlandschaft: eine Geburtstagsfeier mit spätbarocker bayerischer Herrschaftlichkeit. Alle Honoratioren sind da: der Ministerpräsident, der Kardinal, der Sparkassendirektor, die fesche Bezirksvorsitzende, und der Landrat hält als Sonnenkönig Hof. Alle kennen sich, alle sind bei den Schwarzen und haben es gemütlich.

Die Kosten dieses zutiefst bayerischen Festes betragen 110.000 Euro. 77.000 Euro finanziert von der örtlichen Sparkasse, 33.000 Euro finanziert vom Landkreis. Was ist das für ein Bild von Bayern? Welches Bild bayerischer Politik gibt das ab? Die Hauptdarsteller auf dem Bild sind allesamt CSU-Politiker. Spätbarocke Herrschaftlichkeit reicht nicht aus, um das zu erklären. Nein, hier haben die Beteiligten die Bodenhaftung verloren, das Maß verloren, den Anstand gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und gegenüber den Sparerinnen und Sparern verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt, nachdem die Causa Kreidl als Partyaffäre öffentlich geworden ist und das Kind in den Brunnen gefallen und abgesoffen ist, reagieren die CSU-Oberen. Der Seehofer lässt den Kreidl fallen und sagt die Termine ab, er distanziert sich, weil die Wahl bevorsteht, und die CSU-Bezirksvorsitzende Ilse Aigner sagt: An dieser Stelle helfen nur Transparenz und Aufklärung, die niemand anders als Jakob Kreidl selbst herstellen kann und muss.

Nein, liebe Frau Aigner – sie ist leider nicht anwesend –, an dieser Stelle hätte es auch geholfen, wenn der Parteivorstand rechtzeitig hingeschaut und auf den Tisch gehauen hätte, wenn er rechtzeitig für Transparenz und Aufklärung gesorgt hätte. Das wäre die Aufgabe der Bezirksvorsitzenden gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist denn mit dem Ehrenkodex, den Theo Waigel für die CSU formuliert hat? Spielt dieser überhaupt noch eine Rolle? Gilt dieser für die schwarzen Provinzfürsten in unserem schönen Bayernland nicht? Offensichtlich nicht. Theo Waigel formulierte fünf Gebote, ich will nur zwei nennen: Das zweite Gebot fordert einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern. Gegen dieses Gebot hat der Miesbacher Sonnenkönig im großen Maß und mehrmals, nämlich gleich bei drei Geburtstagsfeiern, verstoßen. Das vierte Gebot von Theo Waigel lautet: Geschenke bitte ablehnen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen hier nicht von der Flasche Rotwein, die der Beamte im Miesbacher Landratsamt ablehnen muss, sondern wir sprechen von einer geschenkten Geburtstagsfeier für seinen Chef im Wert von 110.000 Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sind die Maßstäbe verloren gegangen. Ehrenkodex? – Fehlanzeige.

Das trifft auch auf die Sparkassen zu. Sie sind kommunale Unternehmen, öffentliche Einrichtungen, aber 70.000 Euro für ein Geburtstagsfest auszugeben, ist für eine Sparkasse nicht angebracht – Kundenbindung hin oder her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unter "Sparen" verstehen wir zumindest in Schwaben etwas anderes. Wir als Sparer bringen das Geld zur Sparkasse, damit sie das Geld zusammenhält und nicht verprasst, damit sie die Kommunen, den Mittelstand und kommunale Einrichtungen unterstützt und die Bürger mit günstigem Geld versorgt sowie Überschüsse für soziale Zwecke und kulturelle Aufgaben verwendet. Es ist längst überfällig, dass auch für die Sparkassen angemessene Verhaltensregeln formuliert werden und sich die Sparkassen bei aller lokalen Eigenständigkeit daran halten.

Es gibt auch ein Beispiel, das uns betrifft: Es gibt den Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen. In diesem Gremium sitzen 24 Landtagsabgeordnete. Es gibt hierfür 5.000 Euro plus Reisekosten für zwei Sitzungen. Wir halten das nicht für angemessen und wohnen deshalb diesem Gremium nicht bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einer Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung ist es sehr schön formuliert, liebe Kolleginnen und Kollegen: "Politiker sind moralisch keine besseren oder schlechteren Menschen als der Durchschnitt der Bevölkerung." Weiter heißt es: "Gleichwohl ist auch der Politiker der wesenhaften Unvollkommenheit des

Menschen unterworfen." Ja, unvollkommen sind Politiker, und deswegen brauchen sie Regeln.

Herr Kreidl schadet mit seinem Verhalten allen kommunalen Mandatsträgern und allen Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 16. März. Das sind über alle Listen hinweg durchweg engagierte Leute, gute Leute, ehrenwerte Leute, und wir sind alle froh, dass sie kandidieren, und Einzelne wie der Kreidl und Konsorten schaden den 98 % der Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf diese Art und Weise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wegen dieser 98 % brauchen wir Verhaltensregeln, brauchen wir Transparenzregeln, um ein falsches Bild von kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten in der Öffentlichkeit zu korrigieren. Durch Kreidl und andere entsteht dieses Bild der Spezlwirtschaft, durch die Verflechtung zwischen kommunalem Amt und anderen wirtschaftlichen Interessen. Dann schaut es so aus, als ob man sich gegenseitig etwas schuldig wäre und als ob die eine Hand die andere waschen würde.

Deshalb stellen wir den Antrag auf Veröffentlichung von Einkünften aus Nebentätigkeit für kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte und fordern Sie auf, das Gesetz entsprechend zu ändern. Allein Landrat Kreidl hat über 20 Nebentätigkeiten. Er ist zum Beispiel Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse, im Verwaltungsrat des Sparkassenverbandes, im Beirat der Immobiliengesellschaft der Kreissparkasse, Präsident des Landkreistages, im Verwaltungsrat der BayernLB, im Rundfunkrat usw.

Es geht uns hierbei nicht nur um Kreidl, sondern es geht wirklich um die Nebentätigkeiten und um die Ämter, die richtig und wichtig sind, die oft Folge eines Landrats- oder Bürgermeisteramtes sind und zu denen zum Beispiel auch die Aufsichtsräte in kommunalen Betrieben und Einrichtungen gehören.

Wir wissen auch, dass ein Teil dieser Einkünfte abgeführt werden muss, aber nicht in allen Fällen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Transparenz und darauf, zu wissen, für wen der Bürgermeister oder Landrat neben seinem Hauptamt sonst noch zuständig ist und was er dafür bekommt. Übrigens sind diese Grenzen der zulässigen Nebeneinkünfte für kommunale Wahlbeamte in den letzten Jahren deutlich erhöht worden. Auch die Ablieferungsfreibeträge sind deutlich erhöht worden. Wir fordern daher nichts anderes als eine gesetzliche Neuregelung für kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen, wonach deren Einkünfte aus Nebentätigkeiten zu veröffentlichen sind, wenn diese im Monat den Betrag von 1.000 Euro oder im Jahr den

Betrag von 10.000 Euro übersteigen. Natürlich wird dann auch angegeben, was abgeführt wird.

In der letzten Legislaturperiode gab es übrigens im Rahmen der Diskussion das Gegenargument des Kollegen Bausback, der damals noch nicht Minister war, dass das nicht möglich sei, weil es für die Landtagsabgeordneten nichts Ähnliches gebe. Mittlerweile liegt diese Regelung vor. Die von uns vorgeschlagene Regelung für Nebeneinkünfte kommunaler Wahlbeamter und Wahlbeamtinnen entspricht der unlängst hier im Bayerischen Landtag für die Mitglieder des Landtags vorgenommenen Regelung. Wir sind davon überzeugt, dass das, was für die Landtagsabgeordneten richtig ist, auch für die kommunalen Wahlbeamter richtig ist. Die Veröffentlichungspflicht dient auch dazu, dass die Nebentätigkeit kommunaler Wahlbeamter nicht negativ besetzt wird. Sie macht aber auch deutlich, wo sich Einzelne maßlos und schamlos bereichern und ihre öffentlichen Aufgaben missbrauchen. Dann haben die Bürgerinnen und Bürger bei Kreidl und Konsorten die Möglichkeit, am 16. März das zu tun, wozu sie in der Demokratie die Macht haben, nämlich abzuwählen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. Nächster Redner ist Herr Max Gibis. Bitte schön, Herr Gibis.

Max Gibis (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag ist tatsächlich nichts Neues. Das wurde auch von Herrn Gehring gesagt. Ich habe gehört, wie Sie argumentiert und diesen Antrag auch mit dem Vorfall begründet haben. Ich muss sagen: Wenn das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, schon Gültigkeit hätte, dann hätte dies im aktuellen Fall keine Auswirkungen gehabt, weil es hier um etwas ganz anderes geht. Andere Anträge wurden bereits in der letzten Legislaturperiode im Rahmen des KWBG eingebracht, aber abgelehnt, weil damals kein Bedarf für eine solche Regelung bestand. An dieser Tatsache hat sich bis heute nichts geändert. Auch heute besteht keinerlei Veranlassung, überzogene und schnell formulierte Neuregelungen einzuführen. Wegen dieser fehlenden Notwendigkeit muss man diesen Antrag und seine Begründung durchaus als einen etwas undurchdachten und unausgereiften Schnellschuss bezeichnen.

Jetzt, fünf Wochen vor der Kommunalwahl, den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl zu vermitteln, dass sich unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, unsere Landrätinnen und Landräte mit irgendwelchen Nebeneinkünften finanziell bereichern, ist meines

Erachtens zum einen ein Angriff auf die Arbeit unserer Kommunalpolitiker. Zum anderen ist dies ein Versuch, sie pauschal unter Generalverdacht zu stellen.

Eine Regelung zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften ist weder erforderlich noch sinnvoll, schon gar nicht mit diesem aus der Hüfte geschossenen Dringlichkeitsantrag; denn Nebentätigkeiten der kommunalen Wahlbeamten müssen ebenso wie die aller anderen Beamten im Sinne des Beamtengesetzes grundsätzlich genehmigt werden. Für die Genehmigung solcher Nebentätigkeiten ist eben das kommunale Entscheidungsgremium zuständig und verantwortlich, also Gemeinderat, Stadtrat oder Kreisrat. Wenn diese Gremien das Gefühl haben sollten, dass das dienstliche Interesse durch diese Nebentätigkeit in irgendeiner Art und Weise beeinträchtigt wird, dann werden sie die Genehmigung in Eigenverantwortung versagen. Insoweit besteht hier auf politischer Ebene in Bezug auf die Nebeneinkünfte der kommunalen Wahlbeamten durchaus Transparenz.

Zudem sollte man hier den Gleichbehandlungsgrundsatz beachten. Es besteht keine Rechtfertigung dafür, dass kommunale Wahlbeamte ihre Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Auch die anderen Beamten unterliegen keiner solchen Veröffentlichungspflicht. Wer eine praktische kommunale Erfahrung hat, weiß, dass man als Bürgermeister oder Landrat schon aufgrund seines Amtes zahlreiche zusätzliche Aufgaben bei kommunalrelevanten Institutionen und Verbänden, also kraft seines Amtes, bekommt. Sicherlich ist dieses Amt oft mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung verbunden. Aber in keinem Fall setzt der Bürgermeister oder Landrat die Höhe der Aufwandsentschädigung für sich selbst fest. Auch in diesen Fällen wird die Aufwandsentschädigung immer von den legitimierten Aufsichts- und Verbandsgremien festgesetzt. Hier ist also eine ausreichende Transparenz gegeben.

Es gibt bereits Regelungen, wonach Einkünfte aus Nebentätigkeiten ohnehin nach oben gedeckelt sind. Diese Grenzen sind in der letzten Legislaturperiode angehoben worden. Man muss aber fairerweise dazu sagen: Diese Grenzen sind angehoben worden, weil sie seit 1974 nicht mehr erhöht worden sind. Somit bestand auch hier Handlungsbedarf. Durch diese Deckelung und die Abführungspflicht ist gewährleistet, dass Einkünfte aus Nebentätigkeiten nicht ausufernd und in irgendwelche Höhen steigen, die nicht mehr vertretbar sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass dann, wenn es für eine Neuregelung tatsächlich Bedarf gäbe, zuallererst das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden gesucht werden muss; denn wir können dieses

Thema nicht auf Grundlage eines Dringlichkeitsantrags ohne Beratung mit den kommunalen Spitzenverbänden beschließen.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Antrag haben Sie wieder einmal unter Beweis gestellt, wie Sie sich die Zusammenarbeit mit unseren Kommunen vorstellen, nämlich in ständigem Misstrauen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns: die CSU macht Politik mit und für die Kommunen, Sie leider ohne sie.

(Beifall bei der CSU)

Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass Sie heute bei den Kommunen so wenig Vertrauen genießen. – Aus den genannten Gründen, auch wegen der beschriebenen fehlenden Notwendigkeit, werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Gibis. Ich darf die Gelegenheit nutzen, Ihnen zum Geburtstag und zu Ihrer ersten Rede im Hohen Haus gratulieren. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CSU)

Der nächste Redner ist Dr. Herbert Kränzlein, bitte schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat soll dieser Antrag, den Herr Gehring für die GRÜNEN vorgetragen hat, nach der hier gebrauchten Wortwahl wohl eher eine Art Lex Kreidl werden. Das wäre für diesen Landrat, dessen Namen die CSU, wie ich glaube, inzwischen wieder vergessen hat, zu viel der Ehre.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es ein Stück Themaverfehlung, alles damit zu begründen, was der Herr Kreidl bei dieser Geburtstagsfeier falsch gemacht hat; denn ich vermute, bei Ihrem Antrag geht es um ungefähr 3.000 kommunale Wahlbeamte. Diesen Wahlbeamten soll man gerecht werden, wenn man solch einen weitreichenden Antrag einbringt.

Wir haben natürlich ein Problem, das schon angesprochen werden muss. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung von einer "Paragrafenbremse" gesprochen. Er will keine Gesetzesänderungen und am Ende der Legislaturperiode nicht mehr Gesetze und Verwaltungsvorschriften als heute. Man muss vorweg sagen: Diese Einlassung des Minister-

präsidenten führt offensichtlich dazu, dass von den Kollegen der CSU auf der rechten Seite alles, was in diese Richtung geht, abgelehnt wird. Das ist ungefähr so intelligent, wie wenn der BMW-Vorstand beschließen würde, ab heute keine neuen Modelle in Auftrag zu geben und an vorhandenen Fahrzeugen keine Veränderungen vorzunehmen, weil noch genügend alte Fahrzeuge unterwegs sind.

(Beifall bei der SPD)

Es ist die vornehmste Aufgabe eines Parlaments, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, und es ist die Aufgabe der Regierung und der Ministerialbürokratie, damit zu arbeiten. Hier wird etwas angestrebt, das völlig gegen das ist, womit wir zu tun haben. Ich sage das an dieser Stelle deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil man aus der Ministerialbürokratie hört, wenn man genau hinhört – Sie müssten es eigentlich besser hören als wir –, dass auf Dauer überhaupt keine vernünftige Arbeit mehr möglich sein wird. Dieser Antrag könnte von Ihnen schon zum Anlass genommen werden, darüber nachzudenken, was wir im Parlament überhaupt zu machen haben; aber sei es darum.

Um es vorwegzunehmen: Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu, wobei die konkrete Ausgestaltung der Änderung des Kommunalen Wahlbeamtengesetzes natürlich noch genau durchdacht werden muss und einiges zu bedenken ist, zum Beispiel, wo wir veröffentlichen. Veröffentlichungen alleine führen ja noch nicht zu mehr Transparenz.

Es geht um die Offenlegung von Nebentätigkeiten. Damit soll etwas klar sein: Wir haben unter den kommunalen Wahlbeamten Ehrenamtliche und Hauptamtliche. Die Ehrenamtlichen leben in der Regel von einem anderen Beruf. Wenn wir von Nebeneinkünften sprechen, sind damit Angaben zu den Einkünften aus diesem Beruf nicht erfasst. So viel zu den Nebenamtlichen.

Es geht darum, was man als hauptamtlicher Bürgermeister, Landrat oder eventuell Stadtrat angeben muss. Heute schon besteht die Anzeigepflicht – das wurde gesagt – gegenüber dem Dienstherrn. Bei Überschreitung der Freigrenzen ist ein großer Teil der Gelder dem Dienstherrn abzugeben. Was der Hauptamtliche behalten darf, behält er nur unter Berücksichtigung von steuerlichen Freigrenzen, und bei der Einkommensteuererklärung muss er alles darüber hinausgehende versteuern. Das heißt: Geben wir in der Öffentlichkeit nur an, welche Nebeneinkünfte dieser Bürgermeister oder Landrat hat, würde ein ziemlich falscher Eindruck entstehen. Die Summen sind nicht deckungsgleich mit dem Betrag, den er am Ende be-

halten darf. Die Veröffentlichung müsste also ziemlich aufgefächert erfolgen, damit man überhaupt ein richtiges Bild bekommt.

Angesichts der Situation muss man schon sagen: Es gibt keine Berufsgruppe, keinen Stand außer offensichtlich dem der Politiker, der alles so weit offenlegen muss wie hier gefordert. Ich erinnere mich: Als ich vor 25 Jahren Amtsrichter war, fand die Volksbefragung statt. Die GRÜNEN standen an der Spitze der Bewegung, die schon die harmlosesten Fragen zum Haushalt als unzulässig erachtet hat. Von daher ist der Gesinnungswandel, der jetzt eingetreten ist, schon interessant, indem man meint, Politiker müssten alles jederzeit offenlegen.

Da ich selber Bürgermeister war, habe ich Verständnis und meine, dass die Bürgermeister bei diesem neuen Gesetz nicht ganz unberechtigte Sorgen haben könnten; denn aus der Veröffentlichung von Nebenverdiensten erwachsen in der Regel – das ist zwar unvernünftig, aber es passiert – Neid und Missgunst, und meistens sind sich Stammtische und Medienkommentare, die ins gleiche Horn stoßen, einig, wenn sie das Lied vom überbezahlten und übertsorgten Politiker anstimmen und breitgewalzte Vorurteile weiterwalzen. Gerechterweise muss man nämlich sagen, dass es in der Tat – dies wurde angesprochen – verdammt wenig schwarze Schafe unter den kommunalen Wahlbeamten gibt. Wenn das eine schwarze Schaf – der Begriff "schwarz" ist durchaus zweideutig – jetzt zu dem heutigen Antrag führt, wenn es also eine unanständige Selbstbedienung bei einem war, soll man nicht unbedingt sagen: Weil das so ist, müssen wir befürchten, dass es viele machen, und damit sie es nicht machen, gehen wir in die Öffentlichkeit.

Ich nehme an, dass die GRÜNEN vielleicht auch deswegen vorgeprescht sind, weil sie bis heute, soweit ich weiß, kaum Bürgermeister stellen und sie die Situation, die dort auftritt, auch nicht face to face besprechen können. Man ist dann immer leicht mit Forderungen da. Uns fällt das nicht so leicht, weil das die Kollegen sicher auch als ein gewisses Misstrauen unsererseits empfinden. Das hat die CSU ja angemerkt.

Die CSU macht etwas immer falsch. Sie kommt immer zu spät, nämlich dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen und wenn der Skandal eingetreten ist. Das Schlimmste, was momentan passieren kann – das zeigt doch die Erfahrung der letzten Jahre und vor allem des letzten Jahres –, ist Geheimniskrämerei. Geheimniskrämerei ist das am wenigsten geeignete Mittel, um der öffentlichen Kritik an vermuteten hohen Nebeneinkünften von Politikern zu begegnen. Diese Geheimniskrämerei führt nur dazu, dass die

Fantasie blüht und dass Fantasievorstellungen in der Bevölkerung die Runde machen.

Jeder Bürgermeister – Landräte weniger, bei ihnen geschieht dies gelegentlich aber auch – wird mehrmals im Jahr von Schülergruppen besucht. Das gehört zur Heimat- und Sachkunde. Alle Schülergruppen – ich habe es nie anders erlebt – haben als eine der vorbereiteten, mit dem Lehrer ausgearbeiteten Fragen die Frage gestellt: Wie viel verdient der Bürgermeister? Ich meine, man muss sich nicht verstecken. Was er verdient, steht sowieso im Gesetz. Ich sage aus meiner eigenen Erfahrung: Was ich daneben als Kreisrat, als Verwaltungsrat am Klinikum, als Vorsitzender eines Zweckverbandes, als Aufsichtsrat einer kommunalen GmbH bekommen habe, wurde in den verschiedenen Gremien immer öffentlich festgesetzt und war immer wieder einmal Gegenstand öffentlicher Berichterstattung. Ich sage: Warum auch nicht? – So viel Geld ist dabei übrigens gar nicht rübergekommen. Die Öffentlichkeit hat dies stillschweigend zur Kenntnis genommen, und damit war Ruhe. Allein die Ruhe, die eintritt, wenn Klarheit herrscht, ist schon wichtig.

Größtmögliche Transparenz wird zunehmend mehr zum politischen Geschäft gehören; man kommt nicht mehr darum herum. Das muss man in diesem Job aushalten; das müssen ein Landtagsabgeordneter, ein Bundestagsabgeordneter, ein Minister, aber auch Landräte und Bürgermeister aushalten.

Von der CSU wurde zu Recht angemerkt: Besser wäre es gewesen, wenn wir schon vorher die kommunalen Spitzenverbände gefragt hätten. Das sollen wir nachholen. Wir müssen die von dort eingehenden Argumente im Gesetzgebungsverfahren auch unbedingt berücksichtigen. Das wäre notwendig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber Sie stimmen schon einmal vorher zu, oder?)

– Das konkrete Gesetz sehen wir uns an, lieber Kollege Kreuzer. Von Ihrer Seite erwarte ich mir – weil ich neu bin, erlaube ich mir, dies zu sagen – nicht immer ein ödes Nein, nur weil die falsche, nämlich die linke Seite Ja gesagt hat. Das bringt uns eigentlich nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten nach dem Sinn der Sache fragen. Der Sinn der Sache ist die Transparenz, die der Politik guttut. Ihr Ja könnte auch eine Buße für ein schwarzes Schaf sein, das uns jetzt wieder diese Debatte eingebracht hat. Herr Kreidl ist überhaupt der Ausgangspunkt der heutigen Debatte.

Geben Sie also, liebe Kollegen von der CSU, der Ministerialbürokratie wieder einmal die Chance, eine gut durchdachte Gesetzesänderung zu machen. Das ist nämlich deren und unsere Aufgabe. Bleiben Sie nicht immer bei Ihrem sturen Nein.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist reiner Wahlkampf, was Sie hier machen!)

Sie werden es beim nächsten Skandal ja doch wieder über den Haufen werfen müssen. Sie haben es beim Abgeordnetengesetz genauso machen müssen, getrieben von außen. Bevor wir getrieben werden, sollten wir selbst die Initiative ergreifen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Streibl. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute, bei diesem Antrag geht es nicht darum, dass irgendeine Fraktion Buße für irgendetwas tun soll, sondern es geht um das, was das Ziel jeglicher Politik sein soll. Das Ziel jeglicher Politik sollte das Gemeinwohl sein. Das Gemeinwohl ist das, worum wir ringen und worum auf allen politischen Ebenen gerungen wird, sei es auf der kommunalen Ebene, sei es auf der Kreisebene, sei es im Bezirk, sei es im Land, sei es im Bund oder in Europa. Alles, was den Anschein erweckt, als ob das Gemeinwohl für uns nicht mehr im Zentrum stünde, ist politikschädlich, ist für uns und für jeden Politiker schädlich. Davor müssen wir uns schützen, und dagegen müssen wir uns wehren.

Wenn der Bürger den Eindruck gewinnt, dass wir nicht mehr für das Gemeinwohl tätig wären, verliert er das Vertrauen in die Politik. Dann ist es auch völlig egal, ob es ein Bürgermeister, ein Landrat, ein Abgeordneter, ein Minister oder ein Bundespräsident ist, der dieses Vertrauen verliert. Für die Bürger ist es immer der gleiche Schaden; er geht davon aus, dass man sich nicht mehr für seine Belange einsetzt. Dieser Vertrauensverlust schlägt auf alle durch, die – auf welcher Ebene auch immer – politisch tätig sind. Darüber müssen wir uns klar sein. Von daher sitzen wir letztlich alle in einem Boot.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Ziel muss es sein, das Vertrauen wiederzuerlangen. Der Weg dorthin ist mehr Offenheit, mehr Transparenz. Wir, die Mitglieder dieses Hauses, haben uns Transparenzregeln gegeben; ich hoffe, jeder hat gewusst, worüber er abgestimmt hat. Wir

sehen aber, wie schwer es ist, diese Offenheit wirklich zu leben.

Der Antrag der GRÜNEN geht in die richtige Richtung. Aber es ist nicht Aufgabe der Staatsregierung, hierzu ein Gesetz zu erarbeiten. Ein solches Gesetz sollte aus der Mitte dieses Hauses kommen und von einer großen Mehrheit getragen sein. Einbezogen werden sollten auch diejenigen, die es letztlich betrifft, die das Gesetz leben müssen. Das bedeutet konkret: Auch die kommunalen Spitzenverbände sind einzubeziehen. Ein Gesetz, das gegen den Willen derjenigen beschlossen wird, die es betrifft, wird auf Widerstand stoßen; es ist letztlich ein leeres Gesetz. Wir müssen um das nötige Verständnis werben und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landrätinnen und Landräte mitnehmen, damit sie erkennen, dass es auch in ihrem Interesse liegt, sich vor schwarzen Schafen schützen zu können.

Wir sollten eher versuchen, eine gemeinsame Initiative mit dem Ziel eines sinnvollen Gesetzes auf den Weg zu bringen. Ein solches Gesetz dient nicht nur allen, die in der Politik tätig sind, sondern letztlich auch dem Gemeinwohl und dem Bürgersinn, dem wir doch alle verpflichtet sind.

Von daher werden wir den Vorschlag ablehnen. Dieses Thema ist uns zu wichtig, als dass wir es mit einem Dringlichkeitsantrag am Donnerstagnachmittag schnell beschließen sollten. Es bedarf hierzu wirklich fundamentaler Arbeit; denn das Thema geht uns alle an, nicht nur einen Landrat im Voralpenland.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Streibl. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/672 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD sowie eine Stimme aus der CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist eine Minderheit, Frau Präsidentin! – Gegenruf von der CSU: Die FREIEN WÄHLER sind auch dagegen!)

Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Kohnen und andere und Fraktion der

SPD betreffend "Ankündigungen in Taten umsetzen – mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen", Drucksache 17/670: Mit Ja haben 68 gestimmt, mit Nein haben 87 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nachgezogener Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gehring und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften!", Drucksache 17/686: Mit Ja haben 68 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)
Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (Drs. 17/673)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
LEP: Komplette Neufassung statt Teilfortschreibung (Drs. 17/689)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Weiterentwicklung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) auf solide Grundlage stellen (Drs. 17/690)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein neues Landesentwicklungsprogramm für Bayern! (Drs. 17/691)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Kirchner. Bitte schön, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Staatsregierung hat das neue Landesentwicklungsprogramm am 1. September 2013 in Kraft

gesetzt. Das neue Bayerische Landesplanungsgesetz war bereits über ein Jahr zuvor, am 1. Juli 2012, in Kraft getreten. Wir haben hiermit für Bayern ein gutes Ergebnis erreicht. Zum einen wurde die Landes- und Regionalplanung umfassend reformiert und an die neuen Entwicklungen angepasst. Zum anderen können wir damit die künftigen Herausforderungen gut annehmen. So weit, so gut.

Allerdings ist ein wichtiges Vorhaben der Reform bislang nicht erfüllt worden. In der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm wurde bestimmt, dass im Jahr 2014 eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms für die Festlegung der Mittel- und Oberzentren einzuleiten sei. Dies wurde am 20. Juni 2013 im Zusammenhang mit der Zustimmung des Landtags zum Landesentwicklungsprogramm so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zuerst generell eine Anmerkung zu den Zentralen Orten: Die Zentralen Orte in Bayern haben eine wichtige Funktion. Das Zentrale-Orte-System dient der flächendeckenden Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, zum Beispiel Gesundheit und Bildung. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen alle erforderlichen Einrichtungen in zumutbarer Entfernung, das heißt vor Ort vorfinden. Hierzu ist auch Folgendes festzustellen: Schon bei der letzten Fortschreibung des LEP hatte der Landtag eine neue Festlegung der Zentralen Orte für erforderlich gehalten. Im Jahr 2012 wurde mit dem neuen Bayerischen Landesplanungsgesetz eine Bereinigung von früher sieben auf drei Einstufungen – Grundzentren, Mittelzentren, Oberzentren – vorgenommen.

Die Grundzentren werden von den Regionalen Planungsverbänden festgelegt. Aber jetzt kommen wir zu dem Punkt: Die Mittel- und Oberzentren wurden vorläufig aus dem letzten LEP übernommen. Das war jedoch mit dem klaren Auftrag verbunden, im Jahr 2014 die überfällige umfassende Neubewertung bezüglich der verschiedenen Einstufungen vorzunehmen. Nachdem die Anträge auf Aufstufung zurückgestellt worden sind, gibt es mittlerweile 8 Anträge zu Oberzentren und 50 Anträge zu Mittelzentren.

Der Landtag hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode den dringlichen Wunsch nach einem Gutachten als Fachbasis der LEP-Fortschreibung geäußert. Dieser Wunsch ist mittlerweile parteiübergreifend wiederholt worden – das möchte ich doch ins Bewusstsein rufen –, zuletzt in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 23. Januar 2014.

Wegen der Aktualität des Landesentwicklungsprogramms sollte die Teilfortschreibung unverzüglich in Angriff genommen werden. Das Gutachten muss dringend erstellt werden. Wir brauchen zeitnah eine Grundlage für die Neufestlegung der Zentralen Orte. Das Gutachten soll auf die zentralörtlichen, sozioökonomischen und kulturellen Verflechtungen der verschiedenen Zentren eingehen. Uns ist durchaus bewusst, dass Vergabe und Erstellung ein komplexer Prozess ist, der Zeit benötigt. Dennoch muss es möglich sein, dass noch in diesem Jahr der Fortschreibungsentwurf des Landesentwicklungsplans vorgelegt wird und das Anhörungsverfahren beginnt.

Noch ein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition – es gibt noch drei nachgezogene Dringlichkeitsanträge –: Die Anträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER werden wir heute ablehnen. Eine komplette Neufassung ist aus Gründen der Rechtssicherheit nicht zielführend. Darüber hinaus war sich das Parlament in der letzten Legislaturperiode darin einig, dass das Ganze keinen Sinn macht. Sehr geehrte Damen und Herren aus den Fraktionen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER, vor Kurzem waren Sie im Wirtschaftsausschuss noch dafür, jetzt sind Sie dagegen. Sehr geehrte Damen und Herren der SPD-Fraktion, wir haben Ihnen angeboten, Ihren Antrag zu unterstützen, vorausgesetzt Sie führen eine Modifizierung mit der Streichung des zweiten Absatzes durch. Leider haben Sie abgelehnt. Deswegen können wir Sie an dieser Stelle nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Muthmann. Herr Muthmann, bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der CSU, es ist wahrlich nichts Neues, die Staatsregierung aufzufordern, das Zentrale-Orte-System zu überarbeiten. Diesen Auftrag hat die Staatsregierung seit dem Jahr 2007. In dieser Zeit hat der Landtag in der damals noch bekannten Zusammensetzung die Staatsregierung aufgefordert, endlich das Zentrale-Orte-System zu überarbeiten. Schon damals schien dieses überarbeitungsbedürftig. Seit dem Jahr 2007 ist nichts geschehen. Dass sich die CSU-Landtagsfraktion dazu veranlasst sieht, die Staatsregierung über einen Dringlichkeitsantrag zu einer solchen Überarbeitung aufzufordern, macht deutlich, welche Bereitschaft seitens der Staatsregierung und im Kreise der CSU-Fraktion an den Tag gelegt wird – offenbar keine. Allerdings geht dieser Antrag nach unserer Überzeugung nicht weit genug. Gerade haben wir von Herrn Kirchner gehört, dass die CSU-Fraktion offen-

bar den Rest des Landesentwicklungsprogramms, so wie es Ende letzten Jahres verabschiedet wurde, als ausreichend erachtet, um die landesplanerischen Aufgaben in Bayern für die nächsten Jahre begleiten und steuern zu können. Das ist nach unserer festen Überzeugung nicht der Fall. Ich darf auf die Debatte von heute Vormittag verweisen. Angesichts der höchst unterschiedlichen Entwicklungen in Bayern wurden vielfache Befürchtungen geäußert.

Deswegen können wir diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben, weil er nicht weit genug geht. Selbstverständlich bedarf es eines Gutachtens als Grundlage für eine Gesamtüberarbeitung. Im Rahmen der Gesamtüberarbeitung ist die Behandlung des Zentrale-Orte-Systems ein integraler Bestandteil. In den Debatten haben wir immer darauf hingewiesen, dass Landesplanung ohne ein Konzept zu den Zentralen Orten, ohne ein Konzept, was die Zentralen Orte haben an Versorgungsleistungen und Infrastruktur zu erbringen haben, ohne ein Konzept, wie der Staat die Kommunen in ihrer Versorgungsaufgabe unterstützen kann, nicht geleistet und entwickelt werden kann.

Deshalb werden wir uns an dieser Stelle enthalten, weil die Anträge der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD deutlich machen, dass dies nur ein Zwischenschritt hin zu einer Gesamtüberarbeitung sein kann. Deshalb bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag. Wir werden den Anträgen von SPD und GRÜNEN zustimmen, weil wir darin übereinstimmen, welche Aufgaben die Landesplanung in den nächsten Jahren erfüllen muss. Das ist mehr als die Erstellung eines Gutachtens zum Zentrale-Orte-System. Deswegen enthalten wir uns beim Antrag der CSU und stimmen den restlichen Anträgen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der CSU-Fraktion, es ist mir eine große Freude, dass mein Nachfragen im Ausschuss am 23. Januar, was aus dem Gutachten, das uns Minister Zeil für Juni angekündigt hat, geworden ist, dazu geführt hat, dass Sie sich als CSU-Fraktion verpflichtet sehen, die Staatsregierung zum Jagen zu tragen. Anscheinend ist Ihnen die Art, wie die Staatsregierung derzeit ihre Politik betreibt, unheimlich geworden. Diese Politik ist nicht mehr von Notwendigkeiten oder Beschlüssen des Landtages geprägt, sondern einzig und allein von wahltaktischen Überlegungen.

(Beifall bei der SPD)

Das möchte ich exemplarisch am LEP deutlich machen. Herr Kollege Muthmann hat bereits gesagt, dass in der letzten Legislaturperiode eine Teilfortschreibung der Zentralen Orte beschlossen worden ist. Daraus wurde dann eine Gesamtfortschreibung. Leider kam der drohende Wahltermin zur Landtagswahl dazwischen. Das ist kein guter Zeitpunkt, um möglicherweise einem Bürgermeister bezüglich seiner zentralen Örtlichkeit auf die Füße zu steigen. Also hat man das Thema Zentrale Orte verschoben, drei geschweifte Klammern um alte Kategorien gemacht und sonst nichts geändert. Man hat jedoch beschlossen, § 3 a der Verordnung zum LEP 2014 zu überarbeiten, dann aber ganz bestimmt. Jetzt haben wir wieder ein Problem. Jetzt sind Kommunalwahlen. Dort stehen wieder die gleichen Bürgermeister mit den gleichen Füßen, auf die man nicht steigen will. Was macht man? - Man ignoriert den Auftrag des Landtages, ein Gutachten zu erstellen, und hofft, dass es niemand merkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine stringente zukunftsorientierte Politik, das ist billigster Populismus. Deshalb begrüße ich den ersten Teil des CSU-Antrags ausdrücklich, weil er unsere Forderung unterstützt. Ich hoffe, dass die Staatsregierung auf ihre eigene Landtagsfraktion hört.

In unserem Antrag vom 10. Dezember zum Landesentwicklungsprogramm haben wir deutlich gemacht, dass es nicht nur darum gehen kann, diesen einen Teil des LEP fortzuschreiben. Stattdessen brauchen wir eine komplette Neufassung mit großer Öffentlichkeitsbeteiligung. Das Gutachten, das die Aufgabe von Zentralen Orten, ihre Verflechtungen und die daraus folgende Finanz- und Infrastrukturausstattung behandeln muss, ist dafür eine wichtige Grundlage und muss deshalb schnellstmöglich vorgelegt werden.

Als SPD-Fraktion haben wir bei der Betrachtung der Rolle der Zentralen Orte eine andere Logik als die, die im aktuellen LEP dargelegt wird. Das aktuelle LEP geht von der momentanen Situation und Ausstattung der Orte aus und verteilt sie in Kategorien. Wir möchten das umgekehrt machen. Mithilfe der Zentralen Orte möchten wir ein Netz der Daseinsvorsorge über ganz Bayern aufspannen mit den Zentralen Orten als Knotenpunkte in diesem Netz. Aus dieser Netzfunktion folgt: Was muss der Staat an Ausstattung garantieren, damit die Zentralen Orte ihre Aufgaben erfüllen können? Dies erfordert, wie beim Klima- und Flächenschutz, vieles andere mehr – eine komplette Neufassung.

(Beifall bei der SPD)

Leider hat sich die CSU-Fraktion nicht dazu bereit erklären können, den zweiten Satz in ihrem Antrag zu streichen, sodass nach diesem Antrag nur eine kleine Detailfortschreibung und keine Gesamtfortschreibung möglich ist. Deshalb müssen wir uns bei diesem Antrag enthalten. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER, der unserem Antrag vom 10. Dezember entspricht, stimmen wir zu. Das gilt auch für den Antrag der GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU-Fraktion zum LEP hat uns heute doch überrascht. Die Teilfortschreibung ist beschlossene Sache, genauso wie das entsprechende Gutachten. Das Gutachten ist an sich sinnvoll. Deshalb werden wir den Antrag heute nicht ablehnen. Zwar handelt es sich um einen Dringlichkeitsantrag, aber eine Dringlichkeit erkennen wir hier nicht. Die Dringlichkeit haben wir in den letzten acht Jahren sogar schmerzhaft vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits 2006 hat die CSU angekündigt, das LEP hinsichtlich einer Neuordnung der Zentralen Orte zu ändern. Der damalige Wirtschaftsminister Erwin Huber, mit dem ich jetzt gemeinsam den Wirtschaftsausschuss leiten darf – wenn ich die Bemerkung anbringen darf: Wir sind ein echtes Dream-Team, Herr Huber -, hat jedoch leider versäumt – jetzt folgt eine Kritik -, rechtzeitig die nötigen Reformschritte einzuleiten.

In der letzten Legislaturperiode waren wir zusammen mit der CSU insgeheim froh, dass sich die FDP dieses unleidigen Themas angenommen hat. Herr Minister Zeil hat schließlich 2013 ein LEP vorgelegt, das jedoch schlichtweg peinlich ist. Die Resonanz der Fachwelt und die Vehemenz der Ablehnung waren erschreckend. Ich führe den Inhalt einiger Rückmeldungen an: raumordnerische Ziele nicht erreicht, keine tragfähige Konzeption, schwere inhaltliche Defizite, keine Vision, wird den hohen Anforderungen nicht gerecht. – Ich könnte die Liste weiterführen. Die Resonanz hatte auf jeden Fall immer den gleichen Tenor.

Schließlich wurde von allen Seiten ein Neustart empfohlen. Herr Zeil hat sich aber durchgesetzt. Man hatte das Gefühl, dass eigentlich auch Ihnen, liebe CSU-Fraktion, nicht wohl dabei gewesen ist, als Sie jeweils zustimmen mussten.

2013 gab es tatsächlich eine Neueinteilung der Zentralen Orte. Doch wie so oft hat die verwirrte Staatsregierung die Reihenfolge bei einer ordentlichen Planung durcheinandergebracht. Sie handelte nach dem Motto: Wir ändern nun schnell die Einteilung der Zentralen Orte und lassen 2014 ein Gutachten erstellen, damit wir erfahren, wie man eine Einteilung fundiert vornehmen kann. – Der Hintergrund dieser Haltung lag klar in den anstehenden Wahlen. Der Wahlkalender ist zum Symbol des Handlungsprinzips der CSU geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Verhalten von Ihnen kann man auch bei den heutigen Abstimmungen beobachten. Sie bringen einen Antrag gegen den Einsatz grüner Gentechnik ein. Sie wollen das Thema einfach vom Tisch haben; denn vor den Kommunalwahlen sollen nur noch bequeme Entscheidungen getroffen werden. Aber dann, wenn es darauf ankommt, kneifen Sie. Sie kneifen nicht nur bei der Energiewende, Sie kneifen auch bei diesem wichtigen Thema Gentechnik. Im Bund stimmen Sie dafür, und hier in Bayern sind Sie auf einmal wieder dagegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kneifen, und das schadet unserem Land. Deshalb behaupte ich auch heute: Die CSU schadet Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt fordern Sie das besagte Gutachten. Man muss befürchten, dass Horst Seehofer es wieder in der Schublade verschwinden lässt, weil es sicherlich unbequeme Wahrheiten enthält. Die Frage lautet, ob es in Seehofers Schublade überhaupt noch Platz gibt. Ich nenne die Stichwörter Windatlas, Bayernplan, Gebietskulisse. Zu all dem gibt es Konzepte und Gutachten, die wegen diverser Wahlen verschwunden sind.

Wenn wir uns heute über Zentrale Orte unterhalten, muss eine fundierte und ehrliche Einstufung erfolgen. Insgesamt erfüllen 300 Gemeinden, die im LEP als Zentrale Orte ausgewiesen sind, nicht die Anforderungen eines Zentralen Ortes. Wir brauchen eine ehrliche Überprüfung, ob die Oberzentren und Mittelzentren wirklich noch die Kriterien erfüllen. Es darf nicht nur Aufwertungen, also Wahlgeschenke, geben, sondern es muss auch Herabstufungen geben.

Besonders kritisch sehen wir, dass sich die Zahl der Zentralen Orte, in denen Einzelhandelsgroßprojekte angesiedelt werden können, von 475 auf 920 erhöht und damit nahezu verdoppelt hat. Diese Entwicklung muss korrigiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Anbindegebot muss unbedingt wieder strenger werden. Wir halten es deshalb für dringend notwendig, ein neues LEP aufzusetzen. Einen entsprechenden Antrag haben wir heute gestellt. Wir bieten Ihnen die Zusammenarbeit dafür an. Sie als CSU müssen keine Angst mehr vor der FDP haben. Sie können Zeils LEP dorthin treten, wo es hingehört, nämlich in die Tonne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute wurde erwähnt, dass gewisse juristische Gründe dagegen sprechen. Wenn man jedoch Ihr Handeln in den letzten Monaten betrachtet, erkennt man, dass Sie sich nie über juristische Spitzfindigkeiten beschwert haben; Sie verkünden einfach: Wir machen das. - Dann handeln Sie hier bitte auch so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einem neuen LEP muss vor allem der demografische Wandel eine zentrale Rolle spielen. Im neuen LEP müssen klare Wort zur Mobilität und zur Vernetzung im ländlichen Raum stehen. Im neuen LEP müssen der Klimawandel und die Energiewende stärker in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen etwa Vorrangflächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz und substanziellen Raum für die Windkraft. Im neuen LEP brauchen wir ein tragfähiges und umweltfreundliches Tourismuskonzept. Wir brauchen Instrumente, damit die Ortskerne nicht weiter ausbluten und keine Supermärkte auf der grünen Wiese den Flächenfraß vorantreiben. Wir brauchen dringend Konzepte und Ziele, um den Flächenverbrauch in unserem Land wirklich zu reduzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können alle leeren Phrasen aus dem LEP streichen. Dadurch wird es deutlich dünner. Im vorliegenden LEP gibt es viel zu viele Worthülsen und Grundsätze. Wir brauchen aber klare Ziele. Nur sie helfen den Planern vor Ort wirklich weiter. Eine komplette Neufassung des LEP stellen wir uns schlank und konkret vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Abstimmung über den Antrag der CSU werden wir uns deshalb heute enthalten. Den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER stimmen wir zu. Wir fordern Sie als CSU heute auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Stimmen Sie einer Neuauflage des LEP zu und treten Sie das missglückte LEP von 2013 in die Tonne!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Stümpfig. Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Albert Füracker zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Füracker.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben sehr vieles über das neue LEP gehört, aber uns verbleiben noch zwölf Minuten Redezeit. Nachdem dies heute der letzte Tagesordnungspunkt ist, kann ich diese Zeit für sehr grundsätzliche Ausführungen nutzen.

(Unruhe)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben gehört, wie die Debatte im letzten Jahr verlaufen ist und wie es zum jetzt vorliegenden LEP kam. Im Übrigen ist sein Umfang nur ein Drittel so groß wie der des LEP von 2006. Man kann also mitnichten behaupten, dass gar nichts verändert wurde und alles furchtbar geblieben ist. Das LEP wurde im September 2013 in Kraft gesetzt, und jetzt haben wir Februar 2014. Aufseiten der Opposition meinen wohl alle, dass das LEP schon wieder ganz neu gefasst werden müsste. Ich stelle jedoch fest, dass jedenfalls im letzten Vierteljahr all das Furchtbare, was Sie angekündigt haben, noch nicht in Gänze eingetreten ist. Deswegen sollten wir uns darauf verständigen, das, was wir im letzten Jahr vereinbart haben, auch fortzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Im Bayerischen Landtag haben wir vereinbart, dass wir im Jahr 2014 das Zentrale-Orte-System fortschreiben wollen. Wir haben vereinbart, ein Gutachten erstellen zu lassen. Ebenso wie damals im September bei der Inkraftsetzung der Verordnung wissen wir heute, dass es dabei nicht auf vier Wochen hin oder her ankommt. Dennoch gehen wir natürlich mit der notwendigen Verve an die Sache heran.

Diese Beschlusslage ist in den heutigen Anträgen abgebildet. Dazu gibt es nicht viel Neues zu sagen, außer dass, wie im letzten Jahr bei der Debatte über das LEP, die Meinungsvielfalt nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern auch bei den unmittelbar betroffenen Kommunen eine recht große zu sein scheint. Wenn man mit den kommunalen Spitzenverbänden spricht, bekommt man jeweils die Antwort, die der angesprochene Verband seiner Klientel zuzugedenken möchte. Deswegen kann niemand von uns für sich in Anspruch nehmen, sozusagen mit einem Fingerschnippen eine Lösung zu bieten, die allen große Freude bereitet. Wir sollten jetzt Schritt für Schritt so vorgehen wie vereinbart. Das Gutachten wird in Auf-

trag gegeben. Ich freue mich, dass heute jedenfalls wesentliche Teile des Bayerischen Landtags noch einmal bekräftigen, dass dieser Weg der richtige Weg ist.

Was gibt es noch zu klären? Der Umfang des Gutachtens ist insofern umstritten, als die einen der Auffassung sind, man solle sich jetzt nur die Begründungen der Gemeinden anschauen, die Aufstufungen beantragt haben. Man solle sich demnach nur mit denjenigen beschäftigen, die konkrete Anträge vorgelegt haben. Die anderen wiederum sind der Auffassung, wir bräuchten eine Untersuchung des gesamten Freistaats Bayern mit allen 2.056 Gemeinden daraufhin, ob es grundsätzlich zusätzliche geeignete Orte gäbe, die Ober- und Mittelzentren werden könnten. Ein Spitzenverband vertritt auch die Meinung, dass man dann eine Grundlagenstudie über alle Grundzentren anfertigen solle. Ob das alle Gemeinden draußen so wünschen, wird noch zu prüfen sein. Wir sind in Kontakt mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das Ministerium ist seit 10. Oktober 2013 für diesen Aufgabenbereich zuständig. Wir werden die Beschlüsse, die wir heute wiederholen und bekräftigen, zeitnah umsetzen. Darauf können Sie sich verlassen.

Eines ist jedenfalls sicher: Die Forderung, jetzt schon wieder alles über den Haufen zu werfen, wie das im Prinzip FREIE WÄHLER und GRÜNE direkt und die SPD zumindest verklausuliert in ihren nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen formuliert haben, obwohl wir die Wirkung des im September in Kraft Getretenen noch nicht abschätzen können, lehnen wir ab. Das LEP ist frisch überarbeitet. Der Kollege sagt, es sei peinlich, was da drinsteht, und stellt dar, was die Fachwelt alles dagegen sagen würde. Dazu sage ich Ihnen nur eines: Sie finden für jede Meinung mindestens einen Professor und einen Gelehrten, die andere Auffassungen vertreten als das, was gerade formuliert ist. All das, was da drinsteht, ist nicht irgendwann in der Nacht im Ministerium geschrieben worden. Vielmehr gab es sehr umfassende Anhörungsverfahren in aller Öffentlichkeit. Über 2.500 Menschen wurden angehört. Der Landesplanungsbeirat war mit der LEP-Fortschreibung beschäftigt. Es gab hier im Landtag ein Experten-Hearing unter Einbindung aller Verbände. Dabei ergab sich immer wieder das gleiche Ergebnis: Keiner war völlig zufrieden mit dem, was dort drinsteht. Das geht schon vor Ort los. Der Bürgermeister, der ein ausgewiesenes Gewerbegebiet hat, ist natürlich immer für ein Anbindegebot. Der andere Bürgermeister, der eine Firma, aber kein ausgewiesenes Gewerbegebiet hat, sagt, das Anbindegebot dürfen wir nicht so eng sehen, Hauptsache, die Firma kommt in meine Gemeinde. In der Debatte zum Einzelhandel wissen wir ganz genau, dass hier der Gemeindegtag eine diametral andere Auffassung vertritt

als der Städtetag. Deswegen sage ich ganz ehrlich: So locker-flockig hier drin zu sagen, das ist alles Mist, was da drinsteht, das muss alles neu gemacht werden, ohne zu sagen, was dann in concreto formuliert werden soll, ist eine ganz einfache Sichtweise und wird dem Problem in keiner Weise gerecht.

(Erwin Huber (CSU): Das ist eine Folter!)

Deswegen bleiben wir dabei. Im Ergebnis ist das LEP 2013 ein tragbarer Kompromiss, der nicht jeden zu 120 % glücklich macht, aber das Problem, wie wir es vorgefunden haben, doch sehr gut einer Lösung nahebringt. Wir lehnen eine völlige Neugestaltung des LEP ab. Wir wollen uns dem Gutachten in derselben Weise nähern, wie es der Bayerische Landtag schon im letzten Jahr beschlossen hat und offensichtlich heute wieder beschließen wird, und mit den Spitzenverbänden die Modalitäten klären. Sie werden sich wundern: Im Jahr 2014 wird diese Frage endlich einer Klärung zugeführt werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!
Das war eine gute Rede!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/673, "Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms" – das ist der Antrag der CSU-Fraktion –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/689, "LEP: Komplette Neufassung statt Teilfortschreibung" – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Vielen Dank. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/690, "Weiterentwicklung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) auf solide Grundlage stellen" – das ist der Antrag der SPD-Fraktion –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/691, "Ein neues Landesentwicklungsprogramm für Bayern!" – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/674 bis 17/676 sowie 17/678 und 17/679 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich komme zum letzten Tagesordnungspunkt dieses Plenartages.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Honig vor Verunreinigung mit Genpollen schützen! (Drs. 17/59)**

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass dieser Antrag in geänderter Form und ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt wird. Ist das richtig? – Ich sehe keinen Widerspruch. Der Antrag kommt in folgender Form zur Abstimmung: Im ersten Spiegelstrich nach dem Wort "Bundesebene" wird das Wort "weiter" eingefügt und das Wort "gentechnikfreien" durch das Wort "gentechnikanbaufreien" ersetzt. Außerdem sollen im vierten Spiegelstrich die Worte "zum Schutz der Bienen und zur Wahrung der Verbraucherrechte endlich" gestrichen und nach dem Wort "umzusetzen" die Worte "mit dem Ziel, Verbündete gegen den Gentechnikanbau in Bayern zu finden" angefügt werden. Ich gehe davon aus, dass der Antrag in dieser Form jetzt zur Abstimmung steht und führe gleich die Abstimmung durch.

Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dieser Antrag in der veränderten Fassung angenommen.

Damit sind wir am Ende dieser Tagesordnung. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 16.17 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sicherer Zugang für Schutzsuchende nach Europa schaffen – Flüchtlingsdramen stoppen!
 Drs. 17/21, 17/623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Misshandlung von Kindern in der Sekte „Zwölf Stämme“
 Drs. 17/55, 17/514 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebehaft in Bayern – rechtswidrigen Zustand umgehend beenden!
Drs. 17/57, 17/615 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stilllegung von Grundlastkraftwerken in Deutschland
Drs. 17/99, 17/502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Datenhandel mit der Debeka: Verbindungen zu Bayerischen Behörden aufklären!
Drs. 17/100, 17/616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Flüchtlingskatastrophen in Europa verhindern – kriminellen Schleppern das Handwerk legen!
Drs. 17/103, 17/624 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Reform des Unterbringungsgesetzes /
Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)
Drs. 17/114, 17/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betriebsstart von SPNV-Wettbewerbsprojekten im Dezember 2013
Drs. 17/375, 17/515

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Probleme bei der Werdenfelsbahn
Drs. 17/395, 17/520

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Bahnbetrieb auf den Strecken München - Salzburg und München - Kufstein
durch die Veolia Verkehr GmbH
Drs. 17/396, 17/521

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen (Drucksache 17/670)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	87	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften! (Drucksache 17/686)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker				Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete				Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	86	0